

Inhalt

Vorbemerkung

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Eine neue Weltordnung, eine jämmerliche Bourgeoisie und die Selbstaufgabe der Linken	3
1. Herabstufung Europas im Zeichen der Neuordnung der Welt	3
2. Die politische Selbstaufgabe der Linken und Kommunisten	9

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Kritik der Leninschen Imperialismustheorie	15
Vorbemerkung	15
I. Einleitung: Lenins Schwierigkeiten zu Kriegsbeginn	16
II. Der Marxismus der II. Internationale	19
1. Ökonomie statt Klassenkampf	19
2. Kolonialer Imperialismus und ein drohender Krieg	21
3. Umschwung zum realen Krieg	22
III. Lenins Theorie des Imperialismus	24
1. Die ökonomische Fundierung: Hilferdings „Finanzkapital“	25
2. Weiterführung als Monopoltheorie durch Lenin	29
3. Imperialismus und Krieg	31
4. Bestechung und der „Verrat“ der II. Internationale	33
5. Der Irrtum der Imperialismustheorie und die Komintern	34
Schlussbemerkung	36

Fritz Gött

Historischer Imperialismus und andere Fragen – eine Spurensuche	39
--	----

Diskussion

Zu dem Buch „Der deutsche Rassenstaat“ (<i>Wilhelm Langthaler</i> und <i>G.T.</i>)	48
--	----

Rezensionen

Domenico Losurdo: Der Kommunismus - Geschichte, Erbe und Zukunft	59
(<i>Peter Miso</i>)	
Tamar Amar-Dahl: Der Siegeszug des Neozionismus (<i>Peter Miso</i>)	67

Vorbemerkung

Mit dem erneuten Schwerpunktthema zum „Imperialismusproblem“ (nach den AzD 95 und 96) befasst sich die vorliegende AzD-Ausgabe sowohl mit der Imperialismustheorie Lenins als auch mit aktuellen globalpolitischen Veränderungen.

Der Leitartikel über die „neue Weltordnung, eine jämmerliche Bourgeoisie und die Selbstaufgabe der Linken“ erörtert die Gründe sowie die Folgen, die der von der Trump-Regierung erklärte Übergang von einer „unipolaren“ zu einer „multipolaren“ Weltordnung hat. Die damit verbundene Herabstufung Europas erschüttert die auf die Nato gegründete „Staatsräson“ der Bundesrepublik von Grund auf und hat die bürgerliche Klasse in Panik versetzt. Ihre einzige Antwort darauf sind hektische Aufrüstungsbeschlüsse ohne Konzept.

Das Pendant dazu bildet eine Linke, die bislang keine Anstrengungen unternommen hat, die Auflösung des außen- und sicherheitspolitischen Fundaments der Bundesrepublik zu analysieren, sondern sich mit Warnungen vor einem „Kriegskurs“ bescheidet. Gleichzeitig entsprechen ihre Forderungen zum andauernden Ukrainekrieg den Positionen der eigenen Bourgeoisie.

Den Hauptinhalt der vorliegenden Ausgabe bildet die Auseinandersetzung mit der Imperialismustheorie, bei deren Erarbeitung Lenin durch die Übernahme von Hilferdings Monopoltheorie im ökonomisch beschränkten Marxismusverständnis der II. Internationale gefangen blieb. Dadurch wurde er u.a. zu der Schlussfolgerung veranlasst, dass der Zusammenbruch der alten Ordnung in der Mitte und im Osten Europas das beginnende weltweite Ende des monopolistischen Kapitalismus bedeuten würde – worauf sich Gründung und Aufgabenstellung der Komintern stützten.

Ergänzt wird der Schwerpunkt durch einen Beitrag von Fritz Gött zu Fragen von Imperialismus und Staatenbildung im Altertum.

Unter „Diskussion“ werden zwei Stellungnahmen zu dem kürzlich erschienen Buch „Der deutsche Rassenstaat“ abgedruckt.

Den Abschluss bilden zwei Rezensionen: Die erste bespricht das posthum erschienene Buch des italienischen Kommunisten Domenico Losurdo über „Geschichte, Erbe und Zukunft“ des Kommunismus. Die andere stellt das Buch von Amar-Dahl über den „Siegeszug des Neozionismus in Israel“ vor und ist ergänzt worden durch ein aktuelles Vorwort zum Vernichtungskrieg in Gaza, den der zionistische Staat gerade gegen die Palästinenser führt.

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Eine neue Weltordnung, eine jämmerliche Bourgeoisie und die Selbstaufgabe der Linken

Am 30. Januar 2025 bekundete der neue Außenminister der Vereinigten Staaten, Marco Rubio, einen grundlegenden Politikschwenk der USA unter der Präsidentschaft Trumps: die Zeit der Unipolarität mit einem einzigen Machtzentrum in der Welt sei vorbei, die USA müssten sich auf die Realitäten einer multipolaren Weltordnung einstellen.¹ Ursächlich für diesen grundlegenden Kurswechsel zur „Multipolarität“ ist die Überforderung der eigenen Kräfte, denn die Vereinigten Staaten haben nicht mehr die Stärke, ihre langjährige globale Vorherrschaft aufrechtzuerhalten.

Ökonomisch erleben sie seit Jahrzehnten einen Niedergang der Industrie, der sie schon vor langem zu einem „Koloss auf tönernen Füßen“ gemacht hat, wie es in den AzD 76/2007 hieß. Nur die Herrschaft über die Finanzmärkte, bedingt durch die Stellung des Dollars als Weltleitwährung, hat es ihnen ermöglicht, die vor allem militärischen Kosten der Vorherrschaft bis heute durch Schuldenaufnahme zu finanzieren. Mittlerweile hat sich die Staatsverschuldung auf 36 Billionen US-Dollar summiert,² mit dem Resultat, dass die jährlichen Zinsen dafür höher sind als die Ausgaben für das Militär.

Gleichzeitig haben sich auch die globalen Machtgewichte verschoben, weg von Europa und hin nach Asien und zum Indopazifik. Während Russland für die USA keine entscheidende Herausforderung darstellt, ist ihnen in China sowohl wirtschaftlich als auch machtpolitisch ein ernsthafter Rivale erwachsen bzw. auf dem Weg dahin, es zu werden.

1. Herabstufung Europas im Zeichen der Neuordnung der Welt

Bereits in seiner ersten Präsidentschaft hatte Trump versucht, einen grundlegenden Kurswechsel vorzunehmen, um auf die globalen Machtverschiebungen zu reagieren und den Wiederaufstieg der USA in die Wege zu leiten („Make America Great Again“ - MAGA). Damals war er noch gescheitert, doch bedingt wohl auch durch Verschiebungen innerhalb der US-Bourgeoisie, ist er mittlerweile in der Lage, sein Programm umzusetzen.

Geostrategisch ziehen die USA sich also aus ihrer bisherigen Vormachtstellung zurück, da deren Aufrechterhaltung zu kostspielig geworden ist. „Die Vereinigten Staaten sind dabei, ihre eigene Weltordnung zu demontieren ..., weil die Existenz als

¹ <https://www.megynkelly.com/2025/01/30/marco-rubio-talks-panama-canal-greenland-ukraine-more-in-exclusive-interview/>

² Etwas über die Hälfte der staatlichen Schuldenpapiere (knapp 20 Billionen) werden von Privatgläubigern in den USA gehalten; Japan besitzt Schuldtitel in Höhe von 1,1 Billionen, China und Großbritannien jeweils etwa 770 Milliarden. Andere Länder folgen mit großem Abstand, darunter Deutschland mit knapp 100 Milliarden Dollar.

hegemoniale Macht nicht mehr lange aufrechtzuerhalten wäre. Die Last wiegt zu schwer.“³ Damit löst sich nicht nur die bislang von den USA bestimmte „regelbasierte Weltordnung“ auf. Im gleichen Atemzug geht der sog. „kollektive Westen“ seinem Ende entgegen, denn die von Trump angekündigte Rückzugsbewegung betrifft in erster Linie Europa.

Zwei Mal sind die USA in einen europäischen Krieg eingestiegen und haben ihn dadurch zum Weltkrieg gemacht, um die Hegemonie über Europa zu erringen. Nach dem zweiten Weltkrieg ist ihnen dies im Zeichen der Gegnerschaft gegen die Sowjetunion mit Hilfe der Nato auch gelungen, und im Zeichen der Gegnerschaft gegen Russland haben sie diese Vorherrschaft mit Hilfe des Ukraine-Kriegs erst vor kurzem noch einmal gesichert.

Doch mit der neuen Präsidentschaft Trump hat Europa seinen bisherigen Stellenwert für die USA verloren, und mit dem alten Kontinent zusammen ist auch der Stellenwert der Nato geschrumpft. Auf dem Boden einer künftigen „multipolaren“ Politik Washingtons spielen Europa und die Nato keine prinzipiell andere Rolle mehr als das Verhältnis zu Russland.

Ein Schicksalsschlag für die deutsche Bourgeoisie

Für die deutsche Bourgeoisie bedeutet der eingeleitete Kurswechsel einen Schicksalsschlag, dessen Folgen sich gerade erst anfangen bemerkbar zu machen.

Im Windschatten der USA konnte (West-) Deutschland nach dem verlorenen Krieg nicht nur seinen ökonomischen Wiederaufstieg vollziehen. Außenpolitisch wurde es unter der Hegemonie der USA ein Teil des sog. „Westens“, militärisch eingebunden in den nordatlantischen Militärpakt, so dass die Bourgeoisie die Mitgliedschaft in der Nato sogar zur „Staatsräson“ der Republik erklärte. Wenn die US-amerikanische Vormacht sich aus dem Nato-Bündnis zurückzieht, geht der bürgerlichen Klasse also das bislang selbstverständliche *außen- und sicherheitspolitische Fundament des Staats verloren*.

Der Bruch trifft über die Außenpolitik hinaus das Wesen der bürgerlichen Klasse, wie sie sich nach 1945 unter der Aufsicht der USA herausgebildet hat.

Nachdem die damalige Bourgeoisie 1848/49 gemeinsame Sache mit dem preußischen Militärstaat gegen die bürgerliche Revolution gemacht hatte, war sie nicht in der Lage gewesen, die Herrschaft im Staat zu übernehmen: im Kaiserreich war sie Juniorpartner des Junkertums gewesen, hatte in der Weimarer Republik die parlamentarische Demokratie bekämpft und im Dritten Reich als Handlanger des Nationalsozialismus fungiert. Erst die totale Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands 1945 ebnete ihr den Weg zur Übernahme der Staatsmacht an der Hand Washingtons in der neu gegründeten Bundesrepublik.

Jedoch brachte Washington nicht den historisch maßgeblichen, mit der Schwerindustrie verwobenen und aus dem Nationalliberalismus stammenden Kern der nationalen Bourgeoisie an die Macht, sondern mit Adenauer an der Spitze einen Minderheitsflügel aus der katholischen Zentrumsbewegung. Sowohl die Distanz zur Nation als auch die

³ Gastkommentar von Adamovich und Hummler: „Donald Trumps große Exit-Strategie“ in der NZZ vom 10.06.2025, S.13

Eine neue Weltordnung

Verbindung mit den USA wurde auf diese Weise sozusagen eingeschrieben in das politische Erbgut der sich seinerzeit neu formierenden Bourgeoisie.⁴

In Distanz zur Nation - für das westliche Bündnis

Zu den ersten historischen Taten dieser Bourgeoisie gehörte die Mitwirkung an der deutschen Spaltung in antagonistischer Übereinstimmung mit Ulbricht und der SED. Während Ulbricht die DDR erhalten wollte, um dort auf Biegen und Brechen den Sozialismus einzuführen, wollte Adenauer den sowjetischen Einfluss auf ein einheitliches Deutschland (mit einer mehrheitlich protestantischen Wählerschaft) verhindern. Also sabotierten beide Seiten gemeinsam den Stalin-Plan von 1952, der eine bürgerliche Gesellschaftsordnung und die Neutralität des vereinten Deutschlands vorsah.

Als die Sowjetunion ihrem Ende entgegenging, eröffnete der Sturz der SED-Herrschaft durch aufbegehrende Arbeitermassen im Jahr 1989 erneut die Möglichkeit zur Wiederherstellung des Nationalstaats, der von einer Mehrheit der bürgerlichen Klasse bereits abgeschrieben worden war.

Eine selbstbewusste nationale Bourgeoisie hätte die Gelegenheit ergriffen, um mit dem Friedensvertrag die Neutralität des vereinten Deutschlands durchzusetzen und durch den Austritt aus der Nato die Vormundschaft der USA abzuschütteln, so dass mit fast vierzigjähriger Verspätung die Lösung der deutschen Frage zustande gekommen wäre, die Stalin 1952 vorgeschlagen hatte. Aber eine solche Bourgeoisie gab es nicht. Der schließlich abgeschlossene Friedensvertrag (Zwei-plus-Vier-Vertrag) schrieb mit der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und dem Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen nicht nur die Ergebnisse des 2. Weltkriegs fest. Sein Zustandekommen war verknüpft mit der fortdauernden Mitgliedschaft des jetzt vereinten Deutschlands in der Nato.

Das Ende eines zaghaften Emanzipationsversuchs

Nach der Wende von 1989/91 unternahm die Bourgeoisie einen Versuch, den eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum in Anknüpfung an die frühere Entspannungspolitik durch eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit Russland zu vergrößern. Im Zentrum dieser Politik stand die „Energiepartnerschaft“ zwischen beiden Ländern mit der Nord-Stream-Gaspipeline als tragender Achse. Von den Regierungen Schröder und Merkel gleichermaßen betrieben, trug die große Mehrheit der Bourgeoisie diese Politik mit.

Auf deren Boden nahm die damalige Regierung Merkel auch die Annexion der Krim durch Russland 2014 de facto hin und unterlief die Aufrüstungsbeschlüsse, welche die Nato als Reaktion darauf fasste. Im selben Atemzug bemühte sie sich gemeinsam mit

⁴ Im Verständnis der Linken gibt es den elementaren klassenpolitischen Bruch von 1945 bis heute nicht. Die damaligen Marxisten, die Kommunisten an der Spitze, waren mit ihren Einschätzungen gefangen im Korsett einer Imperialismustheorie, mit der Lenin den 1. Weltkrieg statt aus den Klassenkämpfen der damaligen Zeit aus der *Ökonomie* (eines sterbenden Monopolkapitalismus) erklärt hatte - siehe die Kritik daran in dieser AzD-Ausgabe; die Faschismustheorie der Komintern setzte dieses Verständnis fort. Auf dieser ideologischen Basis war weder der Unterschied der Bundesrepublik zu den vorangegangenen Staatsformen noch der besondere Charakter der neu formierten Bourgeoisie zu begreifen. Das Resultat war ein immerwährender Imperialismus und Militarismus, womit man meinte, die bürgerliche Herrschaft begreifen zu können.

Frankreich im sog. „Normandie-Format“ (Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine) um eine diplomatische Beilegung der Konflikte im Donbass zwischen Russland und der Ukraine – ohne die USA.

Die USA ihrerseits betrachteten die Annäherung der führenden EU-Mächte an Russland als Gefahr für ihre Vorherrschaft in Europa, weshalb sie im Gegenzug die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine gegen den Widerstand Frankreichs und Deutschlands vorantrieben. Gleichzeitig verkündete der US-Präsident Biden öffentlich, dass er die Inbetriebnahme von Nord-Stream 2 nicht dulden würde – ein diplomatischer Affront, der von den Vertretern des „deutschen Imperialismus“ mit Kanzler Scholz an der Spitze ohne Protest hingenommen wurde.

Als die russische Führung dann am 22. Februar 2022 eine imperialistische Antwort auf die Provokationspolitik der USA gab und ihre Truppen in die Ukraine einmarschieren ließ, hatte die US-Administration ihr Ziel erreicht. Der von der Nuklearmacht Russland begonnene Krieg beendete die Entspannungspolitik zwischen der (Mehrheit der) EU und Russland abrupt und ließ die deutsche Bourgeoisie umgehend wieder unter die Fittiche der USA und ihrer atomaren Schutzgarantie flüchten.

Eine schwere Niederlage

Für die Bourgeoisie bedeutete der Ukraine-Krieg eine schwere Niederlage, denn ihre zaghaften Emanzipationsversuche mithilfe einer „Sicherheitspartnerschaft“ mit Russland wurden dadurch zum Scheitern gebracht. Die Reaktion darauf war die am 27. Februar 2022 von Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“: die beschleunigte Erfüllung der Aufrüstungsbeschlüsse der Nato durch ein „Sondervermögen“ von 100 Mrd Euro sollte die Gefolgschaftstreue gegenüber dem Washingtoner Schutzherrn unter Beweis stellen, und gemeinsam mit der EU und der US-Regierung beschloss man die entschiedene Unterstützung der Ukraine.

Um die Niederlage der deutschen Bourgeoisie zu komplettieren, setzten die USA außerdem im September 2022 die von Biden gemachte Ankündigung um und ließen die Northstream-Leitung sprengen, um so auch für die Zukunft eine auf Gaslieferungen gestützte Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland zu verhindern. Die deutsche Regierung nahm den Anschlag ergeben hin und machte bis heute keine ernsthaften Anstrengungen, um dessen Urheber ausfindig zu machen.

Ebenso nimmt die bürgerliche Klasse hin, dass das von den USA verkaufte LNG-Gas weitaus teurer ist als das russische Pipelinegas, was zu einer entsprechenden Verteuerung der Energiekosten für die industrielle Produktion ebenso wie für die Bevölkerung geführt hat und weiter führt.

Nur für die Mehrheit der Linken war die Welt mit der „Zeitenwende“-Rede des Bundeskanzlers wieder in Ordnung. Dank des beschlossenen Rüstungsprogramms konnte man die Wiederauferstehung des deutschen Imperialismus und Militarismus (die wievielte?) anprangern und bei Strafe der Lächerlichkeit über einen neuen „Ostlandritt“ des deutschen Kapitals schwadronieren.

„Balance of power“ anstelle Vorherrschaftspolitik durch die USA

Nachdem die Bourgeoisie gerade erst einen Salto rückwärts unter die Fittiche der amerikanischen Schutzmacht gemacht hatte, war die erneute Präsidentschaftskandidatur Trumps 2024 daher für sie ein Horrorszenario, hatte dieser doch in seiner ersten Präsidentschaft die Nato in Frage gestellt. Deshalb trommelten die bürgerlichen Medien ein Jahr lang ohne Unterlass gegen Trump – vorgeblich in Sorge um die amerikanische Demokratie –, vor allem aber in Sorge um den Fortbestand der Nato, deren Unerlässlichkeit man gerade erst wieder bekräftigt hatte. Assistenten wurden sie dabei von einer Linken, die sich im „Kampf gegen rechts“, d.h. gegen Trump, von niemandem übertreffen lassen wollte.

Bekanntlich war der Einsatz vergeblich, denn Trump gewann die Wahl nicht nur unangefochten, diesmal war – und ist – er im Gegensatz zur ersten Präsidentschaft auch in der Lage, wesentliche Teile seiner Politik umzusetzen. Außenpolitisch begann er gleich nach der Regierungsübernahme mit dem Ukraine-Krieg. Er kündigte an, dass die Amerikaner ihre militärische Unterstützung der Ukraine beenden würden, dies sei Aufgabe der Europäer. Darüber hinaus würden die USA ihr Engagement in Europa und in der Nato zurückfahren.

Gleichzeitig ging er auf Russland zu – ohne Beteiligung der Ukraine oder Europas –, um mit Putin einen Frieden sowie den Ausbau der amerikanisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Das Vorgehen Trumps ohne Rücksicht auf bisherige Beziehungen dokumentiert den grundlegenden Wandel, der sich gegenwärtig im Verhältnis zwischen Washington, Europa und Moskau vollzieht: „Zu Recht muss die transatlantisch gepolte Elite des alten Kontinents fürchten, dass sich die USA und Russland über ihre Köpfe hinweg einigen werden.“⁵

Welche Strategie Trump dabei verfolgt, wird offenbar, wenn man davon ausgeht, dass die USA kein Interesse daran haben (können), dass Russland die Lücke füllt, die ihr Rückzug aus Europa öffnet. Das bedeutet: wenn sie verhindern wollen, dass Moskau die Hegemonie über den alten Kontinent gewinnt, müssen sie anstelle der bisherigen, zu kostspielig gewordenen Vorherrschaftspolitik zu einer *Gleichgewichtspolitik* übergehen, wie Großbritannien sie lange Zeit gegenüber Kontinentaleuropa betrieben hat. Sie müssen also Sorge dafür tragen, dass Europa und Russland gegeneinander in Stellung gebracht und austariert werden, was gemäß der Logik des Gleichgewichtsdenkens heißt, dass Europa aufrüsten muss, bis es die aktuelle militärische Überlegenheit Russlands ausgeglichen hat.

Begrenzung des Engagements in Europa

Daraus resultiert die Forderung an die Europäer, künftig 5% des jährlichen Bruttosozialprodukts in die eigene Aufrüstung zu stecken, damit eine „balance of power“ erreicht wird. Bis dahin gilt es, zumindest eine reduzierte amerikanische Truppenpräsenz

⁵ Peter Gärtner: Steht ein neues Jalta in Aussicht? In: Marxistische Blätter 2/2025, S.11. Der nur 2 Seiten umfassende Beitrag ist einer der wenigen auf marxistischer Seite, der mit der Trumpschen Kehrtwende das Ende des „kollektiven Westens“ thematisiert.

beizubehalten (deren Kosten als „Schutzgeld“ von den Europäern übernommen werden sollen).

Für die Nato folgt daraus, dass die Trump-Regierung wohl keinen vollständigen Rückzug aus der Nato, geschweige denn deren Auflösung vorhat. Das bisherige Engagement (evtl. inklusive der Führungsrolle) wird zurückgefahren, aber grundsätzlich wird die Nato (zumindest vorerst) als Organisation erhalten bleiben, damit Washington weiterhin Einfluss auf die europäischen Angelegenheiten ausüben kann.

Auf dem Boden dieser Strategie offenbart sich auch die Logik der US-Politik gegenüber der Ukraine: während Trump sich selber aus dem Krieg zurückzieht und als Friedensstifter auftritt, befürwortet er gleichzeitig, dass die Europäer den ukrainischen Staat weiterhin unterstützen, damit dieser den Krieg mit Russland fortführen kann. Die offensichtliche Folge daraus ist, dass sich der Graben zwischen Europa und Russland vertieft und die Gefahr einer künftigen Annäherung verringert wird.

Das persönliche Auftreten Trumps mag irritierend sein. Die von ihm eingeleitete Politik gibt eine durchdachte politische Antwort auf die ökonomische und globalstrategische Überforderung der USA.

Ein fortlaufendes Desaster für Berlin

Die bürgerliche Klasse in Deutschland erlebte auf diese Weise binnen weniger Jahre ein doppeltes Desaster. Zuerst setzten die USA der deutsch-russischen Beziehung mithilfe des Ukrainekriegs ein Ende und beseitigten so den gewachsenen außenpolitischen Handlungsspielraum Berlins. Kaum hatte die Regierung Scholz indessen ihren Treueschwur gegenüber den USA und der Nato erneuert, fing Trump als neuer US-Präsident selber ein Techtelmechtel mit dem Erzfeind der Nato in Moskau an und wertete im gleichen Atemzug die Nato und die eigenen Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten ab.

Wie die solchermassen gleich zweifach düpierte Bourgeoisie darauf reagiert, zeigt ihr Umgang mit dem Ukrainekrieg. Weil Washington die militärische Unterstützung der Ukraine einstellt, springen Deutschland und andere europäische Länder in die Lücke und setzen sich für die Fortsetzung des Kriegs ein. Da das ukrainische Militär aber dafür auch auf Waffen aus US-Produktion angewiesen ist, finanzieren die Europäer, vorweg Deutschland, den Waffenkauf in den USA – und das, während die US-Regierung gleichzeitig mit Russland einen Frieden verhandelt.

Dabei kann die Militärhilfe der Europäer die Niederlage der Ukraine bestenfalls hinauszögern, aber nicht verhindern. Sehenden Auges geht man so auf eine Niederlage zu, die nicht nur die Machtlosigkeit der Europäer, sondern auch die Unfähigkeit ihrer führenden Politiker dokumentieren wird.

Kein anderes Bild ergeben die jüngsten Rüstungsbeschlüsse, die mit Ausgaben in Höhe von 5% des jährlichen BIPs die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa machen sollen (was sie während des kalten Kriegs schon einmal war). Nur – woher sollen die Soldaten für die Bedienung einer vergrößerten Kriegsmaschinerie kommen? Schon jetzt umfasst die Bundeswehr lediglich 180.000 Mann, hat Schwierigkeiten, die der Nato zugesagte Litauen-Brigade auf Kampfstärke zu bringen, und weiß erst recht nicht, wie sie ihre Sollstärke von 200.000 erreichen soll. Gleichzeitig traut man sich

nicht, die Wehrpflicht zu aktivieren, denn das würde bedeuten, in Zeiten des Niedergangs von Staat und Gesellschaft das Wagnis eines Massenheers aus den Reihen des Volkes einzugehen.

Eine jämmerliche Klasse

Aber welche Perspektive bietet sich der bürgerlichen Klasse? Wie reagiert sie auf die Tatsache, dass der Republik das außen- und sicherheitspolitische Fundament abhanden kommt und die auf die Nato gegründete „Staatsräson“ sich auflöst?

Zur ersten Regierungserklärung des neuen Kanzlers Friedrich Merz hieß es in der Frankfurter Allgemeinen vom 22. Mai 2025: „Aber grundsätzliche Ausführungen dazu, wie sich die transatlantischen Beziehungen entwickeln sollen, fehlten in seiner Rede. Dabei ist das die Frage des Jahrhunderts – für Deutschland, aber auch für ganz Europa.“

Das Schweigen des Atlantikers Merz zu der „Frage des Jahrhunderts“ hat seine Gründe. Obwohl die immer brüchiger werdende Basis der „unipolaren“ US-Politik seit langem bekannt ist und Trump bereits in seiner ersten Präsidentschaft die Nato in Frage gestellt hat, hat die Bourgeoisie sich geweigert, Alternativen einer künftigen Außen- und Sicherheitspolitik zu erwägen. Symptomatisch dafür ist der „think-tank“ der Regierung, die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (swp), die zu diesen Fragen in den vergangenen Jahren nicht *einen* Text publiziert hat.⁶

Nunmehr hat die Regierung in aller Hektik neue Aufrüstungsbeschlüsse gefasst. Da Waffen jedoch noch nie ein Ersatz für Politik waren, darf man gespannt sein, welche *politischen* Antworten diese Bourgeoisie finden wird.⁷

Im Prinzip gäbe diese Lage einer marxistischen Linken die Gelegenheit, über die historisch-politische Armseligkeit der bürgerlichen Klasse aufzuklären und ideologisch den Boden für ihren künftigen Sturz zu bereiten. Leider ist die real existierende Linke davon meilenweit entfernt – sie ist nicht mehr als ein Spiegelbild dieser Bourgeoisie.

2. Die politische Selbstaufgabe der Linken und Kommunisten

Nach mehr als drei Jahren Krieg in der Ukraine ist das Debakel jener Kräfte in Deutschland unübersehbar geworden, die sich selbst als links oder kommunistisch bezeichnen. Von uns (AzD / Kommunistische Debatte)⁸ wurde bereits kurz nach Kriegsbeginn die These aufgestellt, dass die genannten Kräfte nicht in der Lage seien, eine klare und eigenständige - von den Herrschenden in der BRD unabhängige - Position zum Kriegsgeschehen in der Ukraine zu beziehen. Diese Prognose hat sich inzwischen vollumfänglich bestätigt. Die Folge dieses theoretischen und politischen Scheiterns war, dass man letztlich bei den zentralen Forderungen zum Ende des Ukraine-Kriegs auf die Seite

⁶ Erst jetzt hat die swp zum ersten Mal einen Beitrag zum Thema veröffentlicht, u.z. am 15.5. 2025 von Heribert Dieter über „Die unterschätzten Risiken in der US-Ökonomie“; <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-unterschaetzten-risiken-in-der-us-oekonomie>

⁷ Das soeben erschienene Manifest zur „Friedenssicherung in Europa“ von Mützenich, Stegner und anderen führenden SPD-Mitgliedern ist das erste öffentlich gewordene Positionspapier zu dieser Frage.

⁸ Siehe dazu AzD 95 vom Oktober 2022

der Nato-Kriegstreiber übergegangen ist. Ausgangspunkt der politischen Irrtümer war ein fehlerhaftes Verständnis vom Charakter des Krieges.

Unsere Position zum Krieg war eindeutig: „Nach Auffassung der AzD-Redaktion handelt es sich auf beiden Seiten um einen reaktionären Krieg, den Russland als Eroberungskrieg unter Berufung auf die Grenzen des großrussischen Zarenreichs führt, die Eigenstaatlichkeit der Ukraine in Frage stellt und die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki zurückweist. Umgekehrt dirigieren die USA den Krieg der Ukraine mit Hilfe der NATO mit dem Ziel, Russland zu schwächen und eine weitere Annäherung zwischen der EU und Russland zu unterbinden, um ihre Vorherrschaft über Europa zu festigen. **Das heißt, es gibt in diesem Krieg keine fortschrittliche Seite, sondern man muss – wie Liebknecht und Lenin im 1. Weltkrieg – für eine Niederlage beider Seiten und den Sturz der jeweiligen Regierungen eintreten.**“⁹ Diese Position haben wir in den folgenden Veröffentlichungen weiter ausgearbeitet, aber in den Grundzügen unverändert beibehalten.

Dagegen versuchten die kommunistischen Organisationen hartnäckig, die Politik der USA oder Deutschlands aus der Leninschen Imperialismustheorie herzuleiten und die politische Wirklichkeit in das Prokrustesbett einer gescheiterten Theorie zu pressen und haben sich damit den Zugang zum Verständnis des politischen Geschehens selbst verschlossen. Sie sehen weder die Kontinuität noch die Brüche in der amerikanischen oder der deutschen Politik und insofern sie diese – nach drei Kriegsjahren - deutlicher hervortretenden politischen Veränderungen im Verhältnis der europäischen Staaten zu den USA bemerken, **können sie sie nicht erklären.**

Das Ansinnen, die Politik der führenden imperialen Mächte direkt aus der Ökonomie dieser Staaten und nicht aus den politischen, geostrategischen und militärischen Interessen der herrschenden Gesellschaftsklassen und ihrer jeweiligen Geschichte herzuleiten, verstärkte unausweichlich die Tendenz zum politischen Sektierertum und in der politischen Praxis wurde damit aber auch der Übergang auf die Positionen der Herrschenden geebnet, da es an einem eigenständigen Fundament zur Interpretation des Geschehens fehlt.

Der unverstandene Kurswechsel der USA

Etwas anders die Kommentare der seriöseren bürgerlichen Quellen. Der Leitkommentar der NZZ vom 31.05.2025 arbeitet die Kontinuität und die Brüche in der US-Politik mit wenigen Worten heraus: „Zugleich hält sich Washington für den Verlierer der Globalisierung. Diese wird für die Deindustrialisierung und einen horrenden Schuldenberg verantwortlich gemacht. Dank der Sonderstellung des Dollars konnte Amerika die Importe bequem auf Kredit finanzieren. Inzwischen geben die USA mehr für Zinszahlungen aus als für Verteidigung. Zudem bröckelt die industrielle Basis, um etwa die US-Marine mit Kriegsschiffen ausrüsten zu können. Auch hier ist offensichtlich, dass Washington nicht ewig tatenlos zuschauen kann. Indem Amerika diese Probleme angeht, ändert es sich. Trump reagierte in der ersten Amtszeit mit Protektionismus. Diesen führte Biden fort,

⁹ AzD Nr. 95, Vorbemerkung der Redaktion

um von Trump reloaded noch übertroffen zu werden. ... Trumps Schocktherapie ist ein Zeichen der Schwäche.“

Diese Schwäche ist der entscheidende Grund für den Kurswechsel der USA im Ukraine-Krieg. Die neue US-Administration kann und will den von ihrer Vorgänger-Regierung angefachten Krieg um Einflussphären in Europa nicht weiter finanzieren. Stattdessen dürfen nun die führenden europäischen Staaten die „Lasten“ dieses Konfliktes alleine tragen und sich zugleich mit ihrer Sanktionspolitik gegen die russische Föderation weiterhin ökonomisch ausbluten und politisch zersplittern, wenn sie diesen Krieg fortsetzen wollen. Die Versuche dieser „Koalition der Willigen“,¹⁰ dies zu tun, geben einen Hinweis auf die Schwäche der „Viererbande“¹¹ und ihrer vermeintlichen Gefolgschaft in der EU. Ohne die immer wieder geforderte Unterstützung durch die USA sieht sich diese „Koalition“ kaum in der Lage, weitere Niederlagen und Rückzüge der Ukraine an der Front zu verhindern, bzw. den von ihr geforderten Waffenstillstand militärisch abzusichern und auszunutzen. Selbst dafür wird die Rückendeckung der USA gefordert.

Darum ist ihre gemeinsame aktuelle Forderung: „Sofortiger Waffenstillstand“ von mindestens 30 Tagen (wenn es geht sogar 60 Tage), ohne dass auch nur Umrisse einer Friedensregelung vorhanden sind. So wird die Forderung eines längeren Waffenstillstandes in der politischen Praxis zu einem Versuch, die an der Front schwächelnde Ukraine weiter im Krieg zu halten. Die „Koalition der Willigen“ ist darum eine **Koalition der Kriegswilligen** auf Kosten der Ukraine und der europäischen Bevölkerung.

Ihre Hauptforderung: „Sofortiger Waffenstillstand“, nicht um den Krieg zu beenden, wie suggeriert wird, sondern um eine Atempause für weitere Waffenlieferungen und Mobilisierungen von Truppen zu gewinnen, die der Ukraine eine weitere, vielleicht diesmal erfolgreichere Fortsetzung des eigentlich verlorenen Krieges nach Ablauf des Waffenstillstandes ermöglichen soll. Die wesentlichen Merkmale dieser Koalition sind pathetische Propaganda-Aktionen und hehre Postulate (gerechter Frieden/ Völkerrecht), bei gleichzeitiger politischer und militärischer Impotenz, um ihre Interessen in der Ukraine aus eigener Kraft umzusetzen.

Die „Linke“ im Gefolge des europäischen Kriegskurses

Und hier kommen die Linke und die Friedensbewegung ins Spiel, die sich diesen Forderungen anschließen, ohne zu bemerken, dass dies die Forderungen und Wünsche der westeuropäischen Imperialisten sind, die diesen Krieg unbedingt fortführen wollen. Dieses Programm wird von der „Koalition der Kriegs-Willigen“ als „Friedensprogramm“ verkauft, um die unruhiger werdende eigene Bevölkerung zu beruhigen und die Friedensbewegung für das Kriegsprogramm zu gewinnen. Und dies hat Erfolg. So fordert die DKP: „Deshalb ist es für den Frieden notwendig: Sofortiger Stopp des Krieges und Waffenstillstand in der Ukraine.“¹² Und etwas ausführlicher die Linkspartei: „Wir verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Krieg und stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine,

¹⁰ Ein vieldeutig interpretierbarer Begriff, wobei offenbleibt, wer denn alles „willig“ und wozu willig ist. Schon die Berufung auf den Begriff, der an die US-Koalition im Irak-Krieg anknüpft, verdeutlicht den reaktionären Inhalt der Verbrüderung.

¹¹ Deutschland, Frankreich, Polen und GB

¹² <https://hamburg.dkp.de/erklaerung-der-dkp-hamburg-zum-krieg-in-der-ukraine>

die ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Wir setzen uns für mehr humanitäre Hilfe ebenso wie diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden ein.“¹³

Das Wesen des Konflikts (imperialistischer Krieg) wird ignoriert. Stattdessen wird der Krieg auf den Begriff „völkerrechtswidrig“ reduziert, um damit den Weg zur Unterstützung der westeuropäischen Kriegstreiber zu ebnen. Aus der „Völkerrechtswidrigkeit“ wird das „Recht auf Selbstverteidigung“ hergeleitet und sich selbst positioniert man „an der Seite der Menschen in der Ukraine“, **womit der Übergang auf die Seite der NATO** kaschiert und ohne schlechtes Gewissen vollzogen werden kann. Was das „Völkerrecht“ ist und was die berechtigte „Selbstverteidigung“ beinhaltet, wird nach NATO-Maßstäben definiert. Es galt und gilt **nicht** für das ehemalige Jugoslawien, für den Irak, für Afghanistan oder den Jemen etc., also für die ehemaligen oder heutigen Gegner der westlichen Allianz.

Die Nutzung des Begriffs des „völkerrechtswidrigen Krieges“ – wobei man hofft, dass sowohl der Überfall auf Jugoslawien, Afghanistan, Irak – um nur einige Beispiele der führenden NATO-Kriege in den letzten Jahrzehnten zu nennen, inzwischen vergessen wurde – ist der Versuch einer schäbigen und wenig glaubhaften Maskierung für den politischen Übergang in das Lager der NATO, einer offenen Parteinahme für ihre Kriegsziele. So „verkleidet“ kann man dann problemlos die Forderung der Ukraine und der kriegswilligen NATO-Mitglieder übernehmen: „Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen.“

Ein „gerechter Friede“?

Was aber ist mit einem „gerechte(n) Frieden“, der hier so vehement gefordert wird, gemeint? Der positiv besetzte Begriff („gerechter Friede“) wird genutzt, um den tatsächlichen Inhalt zu verschleiern: Die Erreichung der (europäischen) NATO-Kriegsziele. So erklärt die Linkspartei: „Ein Friede kann nur ein **gerechter Friede** sein, wir fordern den **Abzug der russischen Truppen** aus der Ukraine. Am Ende eines Friedensprozesses müssen **belastbare Sicherheitsgarantien** für die Ukraine stehen.“¹⁴

Also zuerst ein „Waffenstillstand“ und dann Verhandlungen für einen „gerechte(n) Frieden“. Diese Forderungen entsprechen genau dem, was die „Koalition der Willigen“ von Russland fordert. Für dieses Programm darf die Bevölkerung in der europäischen Union Milliarden Euro an die ukrainischen Oligarchen und europäisch/amerikanischen Waffenproduzenten zahlen. Diese Forderungen als „Friedenskämpfer“ zu verfechten, bedeutet, dass man einen vollständigen Übergang an die Seite der eigenen Bourgeoisie bei der Unterstützung eines imperialistischen Krieges vollzogen hat.

Was ist ein „gerechter Frieden“?

Bereits im ersten Kriegsjahr haben wir in der AzD (Nr. 95) eine klare Position zu den bis heute aktuellen Themen von „Waffenstillstand“ und einem möglichen Friedensschluss bezogen. „In dem aktuellen politisch-militärischen Umfeld des Ukraine-Krieges

¹³ <https://www.die-linke.de/themen/frieden/ukraine-krieg/>

¹⁴ Ebenda

ist nicht die Losung nach einem „sofortige(n) Waffenstillstand und Rückzug aller russischen Truppen“ aufzustellen, sondern ein **Friedenschluss auf dem Boden der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen**“ zu fordern. **Nur im Kontext dieser Zielsetzung macht ein Waffenstillstand Sinn** und kann einen Weg zum Frieden ebnen.“

Und warum stellten wir bereits kurz nach Kriegsbeginn die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht ins Zentrum? Warum benannten wir sie als entscheidenden Punkt für einen gerechten Frieden im Ukraine-Krieg? Warum nicht die bis heute immer wiederholten Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand oder nach Grenzverschiebungen/Einflusssphären? Die Gründe für diese Ausrichtung liegen im Charakter des Krieges, der von beiden Seiten ein ungerechter, imperialer Krieg war und bis heute geblieben ist.

„Diese Forderung (Selbstbestimmungsrecht) richtet sich gegen beide Kriegsparteien. Von Russland verlangt sie die Anerkennung der Ukraine als selbstständiger Nation mit dem Recht auf einen eigenständigen Staat. Von der Ukraine verlangt sie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der russischen Bevölkerung im Donbass und auf der Krim **bis hin zur Lostrennung** von der Ukraine und Anschluss an Russland.“¹⁵

Die Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wurde und wird in der Friedensbewegung aber kaum diskutiert, geschweige denn von der Linken oder den Kommunisten in die Friedensbewegung hineingetragen. Wenn diese Forderung aufgeworfen wurde, dann nur, um sie als „überholt“ oder als „Leninsche Marotte“ (in Anlehnung an R. Luxemburgs Kritik) zu diffamieren.¹⁶ Obwohl es doch unübersehbar ist, dass Grundlage eines demokratischen Friedens das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker sein muss. Denn nur ein demokratischer Frieden kann ein „gerechter Frieden“ sein, der von den beteiligten Staaten und ihrer Bevölkerung dauerhaft akzeptiert wird.

„Ein Rückzug aller russischen Truppen ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen liefert die Ostukraine und die Krim, ganz unabhängig von dem Willen der dortigen Bevölkerung und ohne Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, dem westlichen Militärbündnis und seinen ukrainischen Handlangern aus. Zu dieser – von den Autoren vermutlich nicht gewollten – Position gelangt man in der politischen Praxis, wenn man die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ignoriert, sie für eine überholte, der Vergangenheit und politischen Notlagen geschuldeten Marotte Lenins hält, die heute keinerlei Bedeutung mehr besitzt.“¹⁷

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Zu welch eigentümlichen und vollständig widersprüchlichen politischen Positionen man gelangen kann, wenn man die politische Wirklichkeit nicht aus den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen herleiten kann, sondern es aus den Schriften der

¹⁵ AzD 95, S. 6

¹⁶ Diese Position verfißt Andreas Wehr. Mit seinen Positionen – die eigentlich nur eine propagandistische deutsche Aufarbeitung einer Putin-Rede zur Kriegslegitimierung waren - wurde sich ausführlich in der AzD 95 (S. 8-20) auseinandergesetzt.

¹⁷ AzD 95, S. 6

„Klassiker“ versucht, demonstriert die MLPD. Ausgehend von der Leninschen Imperialismustheorie will sie zugleich fester Bestandteil der von der Linken, DKP/VVN und Pazifisten dominierten Friedensbewegung sein. Diese Friedensbewegung hat – wie oben dargestellt – die zentralen Positionen der kriegswilligen NATO-Mitglieder als Friedensprogramm übernommen. Sie fordert „sofortigen Waffenstillstand“, „Abzug aller russischen Truppen“ und einen „gerechten Frieden“, der – wenn möglich - mit weiteren NATO-Forderungen ausgefüllt werden kann. So beginnt die Broschüre zum Ukraine-Krieg, geschrieben von den politischen Führungspersonlichkeiten der Partei, mit der richtigen Feststellung: „Es ist ein **von beiden Seiten ungerechter Krieg** zwischen dem neuimperialistischen Russland und der kapitalistischen Ukraine. Angestachelt und hochgerüstet von der NATO mit den USA an der Spitze, handelt die Ukraine stellvertretend für dieses imperialistische Militärbündnis.“¹⁸

Diese Feststellung ist im Wesentlichen¹⁹ richtig. Nur was für Schlussfolgerungen zieht die MLPD aus der Feststellung, dass dieser Krieg von beiden Seiten ein ungerechter, imperialistischer Krieg ist? Sie fordert am Schluss der oben zitierten Broschüre u.a. die: „Sofortige Beendigung der Aggression Russlands und Abzug aller russischen Truppen! Russische Reparationen für alle Kriegsschäden ...“²⁰ Also Forderungen, wie sie von den kriegswilligen NATO-Politikern als wünschenswerte Kriegsziele aufgestellt werden. Damit begibt man sich - wie der Rest der Linken - mit seinen Forderungen auf die Seite der eigenen Bourgeoisie und ihrer Verbündeten.

Wir haben bereits im ersten Kriegsjahr aus der Feststellung des beidseitig imperialistischen Charakters des Krieges eine völlig andere Schlussfolgerung gezogen: „Die Unterstützung einer der kriegsführenden Parteien ist, wie vor über 100 Jahren auch heute, sowohl in den NATO-Staaten wie in der Ukraine oder in Russland, eine Parole der chauvinistischen Kriegstreiber. Der gegebene Ukraine-Krieg ist auf keiner Seite ein ‚gerechter Krieg‘, als Kommunist kann man nur *für die Niederlage aller Beteiligten* eintreten. Die Leninsche Position während des I. Weltkriegs ist auch für die heutige Situation die einzig vertretbare: ‚Die moderne Demokratie wird nur in dem Falle sich selbst treu bleiben, wenn sie sich keiner einzigen imperialistischen Bourgeoisie anschließt, wenn sie sagt, dass ‚beide das größere Übel‘ sind, wenn sie in jedem Land die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisie herbeiwünscht.‘ Und an anderer Stelle: ‚Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung ‚Weder Sieg noch Niederlage‘ stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nichts anderes als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen ...“²¹

Unsere Position war also seit 2022 bestimmt vom Leninschen Ansatz eines „revolutionären Defaitismus“ gegenüber allen Kriegsbeteiligten. Als deutsche Kommunisten

¹⁸ Stefan Engel, Gabi Fechtner, Monika Gärtner-Engel: „Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems“, Essen Juni 2022, S. 5.

¹⁹ Deshalb nur „im Wesentlichen“ richtig, weil die Entdeckung des „Neuimperialismus“ anstelle des gewöhnlichen Imperialismus ähnlich problematisch ist, wie die oligarchisch geprägte Ukraine auf ihre kapitalistische Wirtschaftsstruktur zu reduzieren.

²⁰ Stefan Engel, Gabi Fechtner, Monika Gärtner-Engel, aaO, S. 71

²¹ AzD 95, S. 8

Eine neue Weltordnung

haben wir unsere politischen Forderungen so formuliert, dass sie sich gegen die eigene Bourgeoise richteten – und nicht gegen die russische.²² Forderungen also, die auf die Niederlage der NATO-Koalition und der deutschen Bourgeoisie im Ukraine-Krieg zielten:

„Austritt aus der NATO, NATO raus aus Deutschland!
 Ende aller Wirtschaftssanktionen gegen Russland und sofortige Öffnung von Nordstream.
 Keine weiteren Waffenlieferungen an die Kriegsparteien.
 Frieden auf dem Boden der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen, bis hin zum Recht auf Lostrennung, sowohl durch Russland als auch durch die Ukraine.“²³

Diese Forderungen sind auch nach drei Jahren Krieg und den aktuellen politischen Umgruppierungen in der NATO weiterhin richtig.

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Kritik der Leninschen Imperialismustheorie

Vorbemerkung

Bereits in der AzD-Nr. 96/2023 wurde die Frage aufgeworfen, woher die ungebrochene Begeisterung für die Leninsche Imperialismustheorie in einem Teil der Linken unter Einschluss ihres kommunistischen Flügels kommt. Eine Begeisterung, die bis heute anhält und umso deutlicher auffällt, da man sich von den sonstigen theoretischen und insbesondere revolutionären Positionen Lenins längst verabschiedet hat. Dies wurde mit dem offenen Ausbruch des Ukraine-Krieges überdeutlich. Statt die Lenin-/Liebknechtsche Position des revolutionären Defätismus *gegen beide Kriegsparteien* zu beziehen und als deutscher Kommunist den Austritt aus der NATO sowie die Einstellung jeglicher Kriegsunterstützung zu fordern, vertrat man entweder die offene Unterstützung der russischen Seite, forderte Waffenstillstände oder verfiel gleich dem Pazifismus, wie die letzten Ostermärsche verdeutlichten.

Unüberschbar wurde diese Entwicklung im Zuge der Corona-Politik. Bei dem durch die Regierung betriebenen massiven Abbau demokratischer Grundrechte waren die Linke als Partei ebenso wie kommunistische Organisationen (DKP, MLPD etc.) in der vordersten Front mit dabei; sie kämpften Hand in Hand mit der Bourgeoisie für Zwangsimpfungen, Kontakt- und Demonstrationsverbote und duldeten die Einschränkung der Pressefreiheit bis hin zur fast völligen Gleichschaltung der Medien ebenso wie die Diffamierung aller Kritiker dieser Politik als Schwurbler und Nazis (siehe dazu: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2317).

²² Die ist bekanntlich nicht der „Hauptfeind im eigenen Land“

²³ AzD 96, S. 7

Eine solche Politik musste die oppositionellen Kräfte geradezu notwendig in die Arme der AfD treiben, einer rechtsbürgerlichen Partei mit einem völkischen Flügel, die im Gegensatz zum Gros der Linken die demokratischen Rechte verteidigte. Deren von der Linken mitverschuldete Stärkung dient nun als Grund für einen erneuten Schulterschluss mit den Herrschenden, indem man unter der Losung „Nie wieder ist jetzt“ gegen einen drohenden Faschismus in Gestalt der AfD demonstriert. Real betätigt man sich damit als Wasserträger für die „Systemparteien“, wie sie von der AfD genannt werden, die ihren privilegierten Zugang zu den Fleischtöpfen des Staats gegen eine Konkurrenzpartei verteidigen.

Trotz all dieser tatsächlichen Rechtsentwicklung der Linken und der immer weiteren Entfernung von den revolutionären Positionen Lenins verbleibt die ungebrochene Nibelungentreue zu seiner Imperialismustheorie.²⁴ Dies bedarf der Erklärung. Und die Erklärung ist so ernüchternd wie banal: Die Berufung auf die Leninsche Imperialismustheorie ist das letzte Feigenblatt geworden, die letzte „eigenständige“ theoretische Position, um nicht vollständig in dem „linksgrünen“ Konsens der Mittelschichten aufzugehen, wozu man in der politischen Praxis der letzten Jahre immer mehr gehörte.

I. Einleitung: Lenins Schwierigkeiten zu Kriegsbeginn

Der Kriegsausbruch im Sommer 1914 überraschte die internationale Arbeiterbewegung vollständig. Besondere Spannungen zwischen den Großmächten hatte es vorher nicht gegeben, und wenn überhaupt, dann hatte man einen Krieg infolge kolonialer Konflikte befürchtet; die aber spielten keine Rolle.

Lenin wurde davon genauso überrascht wie alle anderen. Querelen und Fraktionsstreitigkeiten sowie die angeschlagene Gesundheit seiner Frau hatten ihn zum Bergurlaub im Sommer 1914 veranlasst. So wurde er vom unerwarteten Kriegsausbruch beim Wandern überrascht. Am 6. August erklärte Österreich-Ungarn Russland den Krieg. „Die Nachricht überraschte Lenin in der Tatra, weit entfernt von seinem Heim in Krakau. Dieser Krieg, ein allgemeiner, universeller Krieg, totaler, allumfassender Krieg, war etwas völlig Neues, nichts Ähnliches gab es seit Napoleons Zeiten! Verwirrung und Erregung überall.“²⁵ Am folgenden Tag wurde er als „feindlicher Ausländer“ verhaftet. Dank Intervention des österreichischen Sozialdemokraten Viktor Adler kam er – als bekannter Feind des russischen Zarismus – frei und konnte in die Schweiz ausreisen.

Noch überraschender als der Kriegsausbruch war für Lenin das Verhalten der Parteien der II. Internationale, allen voran der deutschen. „Als Lenin die Nachricht las, dass die Sozialdemokraten im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt hatten, wollte er es einfach nicht glauben. ... Diese neuesten Meldungen, erklärte er, seien von der deutschen Regierung erfunden worden, um ihre Feinde zu täuschen und Verwirrung in den Reihen der Sozialisten zu säen. Selbst als er den Bericht im Vorwärts sah, schloss er daraus, dass die ganze Nummer eine Fälschung des deutschen Generalstab sei. ... Dann aber erfuhr

²⁴ In diesem Zusammenhang ist vor einigen Jahren sogar eine „Kritische Neuausgabe“ der Leninschen Imperialismusschrift erschienen, herausgegeben und kommentiert von Hedeler und Külöw.

²⁵ Wolfe 1965, S. 767

er, dass Plechanow in Paris zum Soldatenwerber geworden sei. »Kann auch Plechanow ein Verräter sein?«, fragte er sich.²⁶

Wie diese kurze Schilderung deutlich macht, brach für Lenin im August 1914 eine Welt zusammen. Seine feste Überzeugung vom marxistischen und damit letztendlich auch revolutionären Charakter der internationalen Sozialdemokratie – speziell der von Kautsky geschulten SPD – war falsch gewesen. Theoretische und politische Gewissheiten seiner eigenen bisherigen Überzeugung waren unhaltbar geworden. Jede weitere politische Arbeit bedurfte einer neuen theoretischen Grundlage. Das Scheitern der II. Internationale durch ihren fast durchgängigen Übergang auf die Positionen ihrer jeweiligen Kriegsregierungen musste ebenso erklärt werden, wie die patriotische Begeisterung von bedeutenden Teilen der Arbeiterbewegung.

Probleme der Einschätzung

Anfangs schwankte Lenin noch, wie die Stellung zu dem Krieg bestimmt werden sollte. Schließlich war nicht nur der Kriegsausbruch als solcher, sondern auch die Zusammensetzung der gegnerischen Blöcke ungewöhnlich: mit der „Entente“ standen auf der einen Seite zwei parlamentarisch regierte Staaten (Frankreich und Großbritannien) sowie der russische Zarismus, während auf der anderen Seite die monarchisch regierten „Mittelmächte“ standen: Österreich-Ungarn sowie das industriell hochentwickelte Deutsche Reich.

Anfang September, wenige Wochen nach Kriegsbeginn, verabschiedete eine Gruppe russischer Sozialdemokraten im Exil die von Lenin entworfene Resolution „Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg“. Darin hieß es: „Der Europa und die ganze Welt erfassende Krieg trägt den klar ausgeprägten Charakter eines bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen Krieges.“²⁷

Die Kennzeichnung des Kriegs mit drei unterschiedlichen Begriffen als „bürgerlich, imperialistisch, dynastisch“ trug der gesellschaftlichen Bandbreite der Kriegsstaaten Rechnung. Ähnlich hieß es in dem am 1. November veröffentlichten Manifest des Zentralkomitees der SDAPR: „Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte in der Epoche des jüngsten, imperialistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern, die dynastischen Interessen der rückständigsten, der osteuropäischen Monarchien mussten unvermeidlich zu diesem Krieg führen und haben zu ihm geführt.“²⁸ Damit wurden einerseits „fortgeschrittene“ Länder wie die parlamentarisch regierten Frankreich und Großbritannien mit imperialistischen Interessen genannt, andererseits dynastische Interessen der „rückständigsten osteuropäischen Monarchien“, zu denen auf jeden Fall das russische Zarenreich gehörte; gemeint war wahrscheinlich auch die Habsburgermonarchie.

Gleichzeitig spiegelt sich in dem Manifest die oben erwähnte Unsicherheit wider, wenn es dort hieß: „Bei der jetzigen Lage kann vom Standpunkt des internationalen

²⁶ Ebda, S. 788

²⁷ LW Bd. 21, S. 1-2

²⁸ Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“, LW 21, S.13

Proletariats nicht bestimmt werden, die Niederlage welcher der beiden Gruppen von kriegsführenden Nationen das kleinere Übel für den Sozialismus wäre.“²⁹

„Fortgeschrittene“ und „rückständige“ Länder

Unabhängig davon schätzte das Manifest den Krieg auf allen Seiten als reaktionär ein, gleich ob die teilnehmenden Länder einen Kampf um Kolonien, um Annexionen von Land des Gegners oder um die Sicherung der monarchischen Herrschaft führten. Nicht ein Staat verfolgte fortschrittliche Ziele, weshalb Lenin die Schlussfolgerung zog: „Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Lösung.“³⁰

Allerdings unterschieden sich die Ziele des propagierten Regierungsturzes je nachdem, ob es sich um „fortgeschrittene“ oder „rückständige monarchistische“ Länder handelte: „Der Bürgerkrieg, zu dem die revolutionäre Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Epoche aufruft, ist der bewaffnete Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für die Expropriation der Kapitalistenklasse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, für die demokratische Revolution in Russland (demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien), überhaupt für die Republik in den rückständigen monarchistischen Ländern usw.“³¹ In den „fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern“ ging es also um eine sozialistische Revolution (Enteignung der Kapitalisten), in den „rückständigen monarchistischen Ländern“ dagegen um eine bürgerlich-demokratische Revolution und die Errichtung einer Republik.

Wo aber gehörte das Deutsche Kaiserreich hin, d.h. das Land, das im Zentrum des Kriegsgeschehens – und später der revolutionären Nachkriegskrise – stand? Gehörte es zu den „fortgeschrittenen“ oder zu den „rückständigen“ Ländern? Stand es also vor einer proletarisch-sozialistischen oder einer bürgerlich-demokratischen Revolution? Und wie war dies zu entscheiden: ökonomisch oder politisch – nach dem Stand der Wirtschaft oder nach dem Stand der gesellschaftspolitischen Entwicklung?

Klassenkonstellationen

In einer Auseinandersetzung mit Plechanow berief Lenin sich auf Clausewitz, um den entscheidenden Maßstab zur Beurteilung des Kriegs zu nennen: „In Anwendung auf die Kriege besteht der grundlegende Leitsatz der von Plechanow zugunsten der Bourgeoisie so schamlos entstellten Dialektik darin, dass *der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern*‘ (nämlich gewaltsamen) *Mitteln*‘ ist. So lautet die Formulierung von Clausewitz ... Und gerade das war stets der Standpunkt von Marx und Engels, die *jeden* Krieg als eine *Fortsetzung* der Politik der betreffenden interessierten Mächte – und der *verschiedenen Klassen* in ihnen – in dem betreffenden Zeitabschnitt auffassten.“³²

²⁹ Ebda, S. 19

³⁰ Ebda, S.20

³¹ Resolutionen der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR vom 27.Februar bis 4.März 1915 in Bern; LW 21, S.149

³² Der Zusammenbruch der II. Internationale, Mai/Juni 1915, LW 21, S.212-213; Hervorhebungen durch Lenin

Kritik der Imperialismustheorie

Die Kritik hätte ein Ansatz sein können, sich von dem ökonomisch geprägten Marxismus der Internationale zu lösen. Doch Lenin vermochte es nicht, die Konstellation des Kriegs *klassenpolitisch* zu erklären, weshalb er daran ging, die Erklärung in der Ökonomie zu suchen. Das Ergebnis war die Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, in deren Vorwort er erklärte, dass die entscheidende Aufgabenstellung sei, „sich in der ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus.“³³

Noch deutlicher konnte man die Orientierung an der Ökonomie nicht formulieren, was bedeutete, dass er dem ökonomischen Marxismusverständnis der II. Internationale verhaftet blieb – mit weitreichenden politischen Folgen für die Einschätzung des Kriegs sowie der revolutionären Krise nach dem Krieg.

II. Der Marxismus der II. Internationale

Die in der II. Internationale dominierende Lesart begriff den Marxismus dem Wesen nach nicht als eine Theorie des Klassenkampfes, die sich auf die von Marx entwickelte Kritik der politischen Ökonomie stützt. Vielmehr galt ihr der Marxismus als Lehre von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die das baldige Ende des Kapitalismus und die Herrschaft der Arbeiterklasse herbeiführen würden, und zwar ohne Revolution, sondern vermittels parlamentarischer Mehrheiten.

1. Ökonomie statt Klassenkampf

Vorreiter dieses Verständnisses war die deutsche Sozialdemokratie. Sie repräsentierte das Heimatland der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und war die stärkste, unbestritten führende Partei der II. Internationale. Als maßgeblicher Theoretiker und unangefochtene Autorität gehörte ihr auch Karl Kautsky an, Herausgeber der Theoriezeitschrift „Neue Zeit“, in der die wichtigsten Debatten des wissenschaftlichen Sozialismus geführt wurden. Seine zahlreichen Publikationen wurden als gültige Interpretation des Marxismus betrachtet.

Ihm zur Seite trat Anfang des 20. Jahrhunderts der deutsch-österreichische Marxist Rudolf Hilferding. Sein 1910 erschienenes Werk „Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“ galt bald nach Erscheinen als bedeutsame Fortführung der ökonomischen Lehre von Karl Marx.

1871 - Sieg der Ökonomie über den „Feudalismus“?

Eine zentrale Rolle bei der ökonomistischen Ausprägung des Marxismus spielte die Gründung des Deutschen Reichs 1871.

Anders als zuvor in England und Frankreich war die bürgerlich-demokratische Revolution in Deutschland 1848/49 am preußischen Militärstaat gescheitert. Doch dann hatte

³³ Vorwort vom April 1917 zur russischen Ausgabe; LW 22, S.192

die Ökonomie im Gefolge der Reichseinigung das Werk der Revolution vollbracht – so das Credo der internationalen Sozialdemokratie.

Grundlage dieser Überzeugung war der Aufschwung, den Deutschland nach der Nationalstaatsgründung erlebte, denn zusammen mit Wissenschaft und Technik setzte ein enormer Industrialisierungsschub ein, der das Deutsche Reich bald Frankreich und Großbritannien überholen ließ und an die Spitze in Europa setzte. Die Schlussfolgerung der deutschen und internationalen Sozialdemokratie daraus war, dass das Kapital die Macht übernommen haben musste. Für Kautsky hatte sich die bürgerlich-demokratische Revolution durch die Reichseinigung erledigt, wie er in „Der Weg zur Macht“ erklärte, und Rosa Luxemburg, der Kopf des linken SPD-Flügels, brachte den gängigen Ökonomismus auf den Punkt, indem sie 1899 schrieb, dass die „wirtschaftliche Entwicklung ... die Umgestaltung der ganzen politisch-administrativen Staatsmaschine aus einem halb- oder ganzfeudalen in einen kapitalistischen Mechanismus“ herbeigeführt hätte.³⁴

Lenin teilte diese Einschätzung. Wie er Ende 1915 schrieb, datierte von 1871 bis 1914 „eine Epoche des verhältnismäßig ‚friedlichen‘ Kapitalismus, als er in den fortgeschrittenen Ländern Europas den Feudalismus vollständig besiegt hatte“.³⁵ Auch für ihn markierte die Schaffung des deutschen Nationalstaats im Jahr 1871 also den – sogar „vollständigen“ – Sieg des Kapitalismus über den „Feudalismus“.

Eine schwerwiegende Fehlinterpretation

Tatsächlich kann von einem „Sieg des Kapitalismus über den Feudalismus“ keine Rede sein, jedenfalls nicht im politischen bzw. machtpolitischen Sinn. Vielmehr war es Bismarck gelungen, durch die Gründung des Deutschen Reichs die *nationalen* Ziele der Revolutionsbewegung von 1848 zu verwirklichen (in kleindeutscher Form) – um so die *demokratischen* Ziele umso wirksamer abzuwehren.

Gestützt auf ein Bündnis mit dem rechten Flügel der Bourgeoisie konnte der von der 48er Revolution ins Wanken gebrachte preußische Militärstaat durch die Reichseinkriegskriege von 1864 bis 1870/71 seine Macht über ganz Deutschland ausdehnen. Während das weitergeltende Dreiklassenwahlrecht in Preußen die fortdauernde Vorherrschaft des Junkertums in dem deutschen Hegemonialstaat sicherte, stand die Armee außerhalb der Verfassung und hatte die junkerliche Militärführung die selbständige Entscheidungsgewalt über einen Einsatz des Militärs im Innern. Der aufgrund des allgemeinen (Männer-) Wahlrechts gewählte Deutsche Reichstag fungierte in dem 1871 gegründeten Nationalstaat als machtloses Pseudoparlament, als „Feigenblatt des Absolutismus“, wie Engels 1891 in seiner Beurteilung des Erfurter Programms eine Kritik Wilhelm Liebknechts wiederholte.

Das bedeutet: das Jahr „1871“ ebnete die Bahn für den Siegeszug des Kapitalismus in dem neuen Deutschen Reich, festigte aber zugleich die Herrschaft einer vorbürgerlichen, junkerlich-agrarischen Klasse in dem Zentralstaat Europas. *Es war ein fundamentaler Irrtum zu glauben, dass die Ökonomie anstelle des Klassenkampfs das Werk einer*

³⁴ Sozialreform oder Revolution, 1898, zit. in: „Rosa Luxemburg – Das Scheitern eines Revolutionsprogramms“, AzD 91, S.6

³⁵ Vorwort zu Bucharins Broschüre „Weltwirtschaft und Imperialismus“, LW 22, S.102

gescheiterten demokratischen Revolution vollbringen würde. Die damit verbundene ökonomistische Lesart des Marxismus führte an entscheidenden Wendepunkten der Geschichte zu schwerwiegenden Fehlern der Arbeiterbewegung.

2. Kolonialer Imperialismus und ein drohender Krieg

Von der so gegebenen ideologischen Basis aus interpretierte die Internationale den kolonialen Imperialismus, als Deutschland Mitte der 90er Jahre zur *Weltpolitik* überging und mit der Forderung nach einem „Platz an der Sonne“ den Anspruch auf ein großes Kolonialreich erhob, wie Großbritannien und Frankreich es besaßen.

Die Mehrzahl der führenden Theoretiker der Internationale erblickte darin den Beginn einer neuen Phase des Kapitalismus, hervorgerufen durch die ökonomische Entwicklung. Sie waren im Gegensatz zu Marx der Auffassung, dass die kapitalistische Produktionsweise auf ihrer eigenen Basis nicht zur erweiterten Reproduktion fähig sei. Um den zur Akkumulation erforderlichen Teil des Mehrwerts zu realisieren, sei das Kapital auf auswärtige, nichtkapitalistische Absatzmärkte angewiesen. Die koloniale Eroberungspolitik der bürgerlichen Mächte resultierte also aus ökonomischen Zwängen, wie Kautsky bereits 1884 in der „Neuen Zeit“ erklärte: die Kolonien seien „zu einer Lebensbedingung des Kapitalismus geworden“.³⁶

Ausführlich begründete Rosa Luxemburg die ökonomische Triebkraft des Imperialismus in ihrem 1913 erschienenen Buch „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“. Darin definierte sie den Imperialismus als den „politische(n) Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus.“³⁷ Daraus leitete sie die Ausweglosigkeit des Kapitalismus ebenso wie die Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern ab.

Gleichlautend schrieb der französische Sozialist Paul Louis 1904: „Der Imperialismus, der die letzte Karte der kapitalistischen Welt darstellt, der ihr als letzte Zuflucht vor Bankrott und elementarem Verfall erscheint, der sich ihr mit unüberwindlicher Schicksalhaftigkeit aufdrängt, ist gleichzeitig ein vortrefflicher, ein unvergleichlicher Schöpfer der Revolution.“³⁸

Die koloniale Kriegsfurcht

Dieser kolonial definierte Imperialismus bestimmte auch die Einschätzung der Gefahr eines Kriegs durch die Internationale.

1898 stießen Großbritannien und Frankreich im „Scramble for Africa“ in Faschoda aufeinander, und sieben Jahre später beschwor das Vorgehen des Deutschen Kaiserreichs in der Marokkokrise 1905 die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den europäischen Kolonialmächten herauf. Als Reaktion darauf verabschiedete die

³⁶ Zit. in: Schröder 1975, S.107. Im Vorfeld des Weltkriegs schwenkte Kautsky zu einer anderen Erklärung um und vertrat jetzt, dass der Imperialismus *nicht* aus ökonomischen Zwängen entstand, sondern lediglich eine besondere Art von Politik wäre. Mit dieser Erklärung des Imperialismus setzte sich Lenin in seiner Imperialismusschrift ausführlich auseinander.

³⁷ Zit. in: Karuscheit 2014, S.170 f

³⁸ Zit. in: Lenin: Hefte zum Imperialismus, LW 39, S.242

Internationale auf ihrem Stuttgarter Kongress 1907 eine Antikriegsresolution, die alle Parteien dazu verpflichtete, im Fall eines drohenden Kriegs „durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Kriegs zu verhindern“, andernfalls „für dessen rasche Beendigung einzutreten“.³⁹

1911 kam es erneut zu einer Marokko-Krise, als der deutsche Außenminister Kiderlen-Waechter Frankreich zur Abtretung seiner mittelafrikanischen Besitzungen an Deutschland zwingen wollte. Doch als Großbritannien inmitten zunehmender Spannungen seine Schlachtflotte auslaufen ließ, weil es keine Schwächung Frankreichs zulassen wollte, machte der Kanzler Bethmann Hollweg zur Empörung der Bourgeoisie und der bürgerlichen Presse, die lautstark zum Krieg aufriefen, einen Rückzieher.

Im November 1912 debattierte daraufhin der Baseler Kongress der Internationale erneut die Gefahr von Imperialismus und Krieg und erklärte in einem Friedensmanifest: „Als die größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongress die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich“. Daneben wurden zwar auch Konflikte auf dem Balkan erwähnt, aber zum Schluss noch einmal bekräftigt, dass die „Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite ... die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen“ würde.⁴⁰

3. Umschwung zum realen Krieg

Zur selben Zeit wurden in Deutschland die Weichen für einen Krieg gestellt, der völlig anders geartet war, als von der Internationale angenommen.

Der Übergang zur Weltpolitik war von der großen Bourgeoisie vorangetrieben worden, die nach Bismarcks Abdankung 1891 die Möglichkeit gesehen hatte, mit Hilfe des Imperialismus, gestützt auf das städtische Kleinbürgertum und möglichst auch die Arbeiterschaft, die Machtgewichte innerhalb des Klassenkompromisses von Junkertum und Bourgeoisie zu ihren Gunsten zu verschieben. „Im Zeichen eines effizienten Imperialismus forderten die Nationalliberalen eine durchgreifende Modernisierung des politischen Systems, und insbesondere die Ablösung der überkommenen Führungseliten durch die Spitzen des deutschen Wirtschaftsbürgertums.“⁴¹

Real berührte die Weltpolitik die inneren Machtverhältnisse nicht. Die Junker hatten als agrarische Klasse kein Interesse am Imperialismus und überließen die Außenpolitik und sogar das Kanzleramt (mit Bülow als Kanzler) der Bourgeoisie, solange ihre Vormachtstellung nicht infrage gestellt wurde, d.h. solange sie die Macht über die Armee behielten, das preußische Dreiklassenwahlrecht nicht angetastet wurde und der Reichstag kein „verantwortliches“ Parlament wurde.

Doch 1909 ließ ein Steuerstreit um die Weiterfinanzierung des Schlachtflottenbaus den Reichsgründungskompromiss zerbrechen, mit der Folge, dass Bülow zurücktreten musste und die Angriffe auf das preußische Dreiklassenwahlrecht sowie die außerverfassungsmäßige Stellung der Armee zunahmen. Bei der Reichstagswahl im Januar 1912

³⁹ Braunthal 1, S.344

⁴⁰ Ebda, S.352 f; <https://www.hohenlohe-ungefiltert.de/?p=15078>

⁴¹ Mommsen 1979, S.184

erlangte die SPD dann durch Wahlkreisabsprachen mit den linken Liberalen fast ein Drittel der Reichstagssitze und erlitt die konservative Junkerpartei eine schwere Niederlage. Nachdem ein anschließender Versuch zur Abschaffung des allgemeinen Reichstagswahlrechts fehlgeschlagen war, sah der junkerliche Militäradel keine andere Möglichkeit mehr als die Flucht in einen Krieg, um seine Vormachtstellung zu behaupten. Das heißt, der 1871 angeblich besiegte „Feudalismus“ ging daran, seine Herrschaft durch einen großen Sieg des preußisch-deutschen Heers erneut zu befestigen.

Sozialdemokratische Vaterlandspolitik

Zur Vorbereitung darauf musste nicht nur das Heer vergrößert werden, außerdem war ein solcher Krieg nur mit Unterstützung der Arbeiterschaft zu führen, und das hieß, mit Zustimmung der SPD.

Die Marinerüstung auf dem Boden der Weltpolitik hatten Bebel und die Mehrheit der Sozialdemokraten als „imperialistisch“ bekämpft und die entsprechenden Beschlüsse der Internationale mit herbeigeführt. Doch bei einem Konflikt mit Russland hatten sie regelmäßig die Bereitschaft bekundet, die deutsche Kultur und die Errungenschaften der Sozialdemokratie gegen den „barbarischen Zarismus“ zu verteidigen. Insbesondere Bebel hatte nicht nur ein Mal im Reichstag verkündet, dass er selber in einem solchen Krieg die „Flinte auf den Buckel“ nehmen würde.⁴²

Nachdem die preußische Militärführung den Vertrauensleuten aller Parteien am 24. April 1913 in einer nichtöffentlichen Sitzung des Reichstags-Haushaltsausschusses mitgeteilt hatte, dass das Heer angesichts der Aufrüstung Russlands und Frankreichs verstärkt werden müsse, erarbeitete Bebel im Anschluss eine Stellungnahme, die der SPD-Parteivorstand im Mai unter dem Titel „Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie“ als Flugschrift verbreiten ließ. Darin hieß es, dass „die geographische und politische Lage des Reiches“ wegen eines möglichen Angriffskriegs „namentlich von Osten her ... die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht“.⁴³ Das war in verklausulierter Form die Vorwegnahme der sozialdemokratischen Zustimmung zu den Kriegskrediten am 14. August 1914.

Der linke Parteiflügel reagierte nicht auf die Erklärung des Parteivorstands. Die Linken maßen ihr keine größere Bedeutung bei, weil sie auf koloniale Konflikte fixiert waren und der Aufrüstungsbeschluss nicht die Schlachtflotte betraf. Ein anderer Krieg als um Kolonien erschien ihnen jedoch fernliegend, zumal keine ernsthaften wirtschaftlichen Konflikte zwischen den Großmächten existierten.. Vor allem war es für sie undenkbar, dass der preußische Militäradel in der Lage sein könnte, die Regierung in einen Krieg zu treiben, um die eigene Klassenexistenz und Herrschaftsstellung zu bewahren. Schließlich war flügelübergreifend sozialdemokratischer Konsens, dass in Deutschland der Kapitalismus herrschte, das ostelbische Junkertum aufgehört hatte, als eigene Klasse zu existieren, und Kriege nur aus ökonomischen Interessen der Bourgeoisie entstehen könnten.

⁴² Bley 2014 sowie H.Karuscheit: August Bebel als Vaterlandsverteidiger; in: AzD 88/2018 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=1511

⁴³ Dokument 82 b in: Bley, S. 272

Schwierigkeiten Lenins und der Linken

Als dieser Krieg dann ausbrach, waren die Revolutionäre in der Internationale wie paralysiert, denn nicht nur kam der Krieg völlig unerwartet, auch war keine ökonomische Ursache dafür zu erkennen – der vertraute Marxismus lieferte keine Erklärung. Erst recht war der Übergang der meisten sozialdemokratischen Parteien auf die Seite ihrer kriegsführenden Regierungen nicht zu begreifen, weil man sie für revolutionär gehalten und ihre Entwicklung zum Reformismus nicht verstanden hatte.

Lenin war mit der erste führende Marxist, der eine revolutionäre Antwort auf die Situation gab. Wie eingangs zitiert, formulierte er Ende August 1914 in der Resolution einer Gruppe russischer Sozialdemokraten, dass der gerade begonnene Krieg den „Charakter eines bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen Krieges“ trug. Das reichte vorerst aus, um den Krieg auf allen Seiten für reaktionär zu erklären und die Arbeiterbewegung zum revolutionären Sturz der jeweiligen Kriegsregierung aufzurufen.

Allerdings wies die Beschreibung den Mangel auf, dass sie keinen Kriegsgrund benennen konnte, weshalb Lenin daran ging, dafür eine politische Erklärung zu finden. So notierte er u.a. Ende August/Anfang September 1914 in einem seinerzeit nicht veröffentlichten Artikelentwurf zum Deutschen Kaiserreich: „so ist der deutsche Imperialismus ebenfalls monarchistisch, hat feudal-dynastische Ziele, eine brutale Bourgeoisie, die weniger frei ist als in Frankreich.“⁴⁴ Nachdem die ersten Kriegswochen gezeigt hatten, dass in Deutschland die junkerlich-preußische Militärführung politisch wie militärisch der Herr des Kriegs war (während in Großbritannien und Frankreich das Parlament das Zentrum der Macht war), schrieb er auf derselben Linie wenig später erneut in ähnlichem Sinn, dass die deutsche Bourgeoisie „vor den preußischen Junkern mit Wilhelm II. an der Spitze katzbuckelt“.⁴⁵ Auch an anderer Stelle unternahm er zu dieser Zeit den Versuch, das Zustandekommen des Kriegs aus der Bewegung der Klassen heraus zu begreifen und berief sich bei diesem Bemühen gegenüber Plechanow auf Clausewitz, wie oben zitiert.

Da er auf diesem Weg jedoch nicht weiterkam, ging er bald daran, die Ursache in den Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie zu suchen, wie das dem vorherrschenden Marxismusverständnis entsprach.

III. Lenins Theorie des Imperialismus

Zu diesem Zweck stützte er sich insbesondere auf das 1910 erschienene Werk „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding. Darin hatte der deutsch-österreichische Marxist die Theorie eines neuen Stadiums des Kapitalismus entwickelt, das nicht aus der Kolonialpolitik resultierte, sondern aus immanenten Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise, sprich aus der Durchsetzung von Monopolen.

⁴⁴ Der europäische Krieg und der internationale Sozialismus, LW 21, S.8. Nach der Wendung zur Ökonomie im Zuge der Erarbeitung der Imperialismusbrochure spielten „feudal-dynastische Ziele“ des Deutschen Kaiserreichs für ihn keine Rolle mehr; nunmehr schrieb er Ende 1915 zur deutschen Reichseinigung, dass der Kapitalismus mit dem Jahr 1871 in Europa den vollständigen Sieg über den Feudalismus davongetragen hätte (LW 22, S.102).

⁴⁵ Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, September/Okttober 1914; LW 21, S.14

Die wesentlichen Inhalte dieser Schrift machte Lenin sich als Fundament für seine eigene Monopoltheorie zu eigen, um daraus die ökonomische Ursache für Krieg und Imperialismus abzuleiten. Darüber hinaus zog er eine Fülle weiterer Publikationen und statistischer Daten heran.⁴⁶

Ende des Jahres 1915 begann er mit der Niederschrift einer „Broschüre über den Imperialismus“, wie er in einem Brief an Gorki schrieb.⁴⁷ Das Ergebnis war die Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, die im Juni/Juli 1916 fertiggestellt war, aber erst nach der Februarrevolution 1917 gedruckt werden konnte. Sie sollte „den Zusammenhang und das Wechselverhältnis der *grundlegenden* ökonomischen Besonderheiten des Imperialismus in aller Kürze und in möglichst gemeinverständlicher Form“ darstellen.⁴⁸

Im Vorwort benannte er Hilferdings Werk als ökonomische Richtschnur für seine Broschüre, als „höchst wertvolle theoretische ‚Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘, wie der Untertitel des Hilferdingschen Buches lautet.“ Nicht zuletzt lieferte dieser Untertitel ihm das Vorbild für die Titelgebung seines eigenen Textes über den Imperialismus als „jüngstes Stadium“ des Kapitalismus.

1. Die ökonomische Fundierung: Hilferdings „Finanzkapital“

Mit seinem Werk hatte Hilferding es unternommen, die Veränderungen des Wirtschaftslebens zu erklären, die in den vierzig Jahren seit Erscheinen von Band I des „Kapitals“ von Karl Marx im Jahr 1867 eingetreten waren (Band II erschien 1885, Band III 1894, und die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ 1941). Das waren im wesentlichen Strukturveränderungen des gesellschaftlichen Produktionskörpers, die mit der Entstehung von Kartellen und Trusts einhergingen.

Nachdem die industrielle Anfangsphase des Kapitalismus vor allem von der Textilindustrie getragen worden war und Großbritannien umgewälzt hatte, wurde die folgende Phase mit Kohle, Eisen und Stahl von der Schwerindustrie geprägt. Sie ging auf dem europäischen Kontinent mit einem Industrialisierungsschub einher, der in dem 1871 gegründeten Deutschen Reich zu einer großmaßstäblichen Industrialisierung führte und von zwei parallelen Entwicklungen begleitet war: der Zunahme von Großbetrieben und der Entstehung von Kartellen.⁴⁹ Beides zusammengekommen gab Hilferding den Anstoß, eine eigene Monopoltheorie zu entwickeln, deren Grundzüge wenige Jahre später von Lenin übernommen wurden.

Der Betrieb von Zechen und Stahlwerken bedingte eine bis dahin ungekannte Größe der industriellen Anlagen. „Besonders ausgeprägt war die Tendenz zum Großbetrieb im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, wo 1907 knapp 60% (Bergbau) bzw. knapp 75% (Eisen- und Stahlindustrie) der Beschäftigten in Großbetrieben arbeiteten.“⁵⁰ Außerdem konnten derartige Betriebe in der Schwerindustrie umso größere Konglomerate

⁴⁶ Die angefertigten Notizen und Exzerpte sind in LW 39 veröffentlicht

⁴⁷ LW 35, S.187

⁴⁸ LW 22, S.199

⁴⁹ Steiner 1989, S.153ff sowie Ziegler 2005

⁵⁰ Ziegler, S.247

bilden, weil die Produktionsstufen von der Kohleförderung über die Stahlherstellung bis zur Weiterverarbeitung und dem Verkauf als Endprodukt häufig in einer Hand lagen, so dass das Erzeugnis zwischenzeitlich im Produktionsverlauf keinen Warencharakter annahm.

Gefördert wurde die Entstehung von Großunternehmen schließlich dadurch, dass 1870 die staatliche Genehmigungspflicht für Aktiengesellschaften in Deutschland aufgehoben wurde, was die Ansammlung von Kapital erleichterte.

Die Kartellbewegung

Hand in Hand damit entstanden in den kapitalistischen Ländern vermehrt Kartelle.⁵¹ Sie waren im eigentlichen Sinn keine „Monopole“, sondern hatten die Gestalt von Vereinbarungen zwischen selbständigen Unternehmen zur Beschränkung des Wettbewerbs. „Eine Ausschaltung der scheinbar ruinösen Konkurrenz zwischen Anbietern gleicher oder ähnlicher Produkte wurde eher durch die Bildung von Kartellen erreicht.“⁵²

In erster Linie wurden derartige Kartelle durch Wirtschaftskrisen hervorgebracht und dienten zur Preisabsprache. „Als ‚Kinder der Not‘ war ihre Existenz größtenteils jedoch an eine konjunkturelle Abschwungphase gebunden. Die meisten Kartelle lösten sich deshalb bei Besserung der Konjunktur wieder auf“, weshalb „von einer Ausschaltung der Konkurrenz durch die Bildung von Monopolen ... in keiner der genannten Branchen die Rede sein“ kann.⁵³

Vorreiter dieser Kartellbewegung war neben den USA das Deutsche Reich, wobei die Kartelle allerdings „keineswegs typisch für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt“ waren.⁵⁴ Lediglich das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat konnte über lange Jahre eine erfolgreiche Monopolpolitik betreiben, war aber eine Ausnahme und konnte den deutschen Markt nicht vollständig beherrschen.⁵⁵

Monopol und Konkurrenz

Für Marx war es keine Frage gewesen, dass es einzelnen Kapitalen immer einmal wieder gelingen kann, eine Monopolstellung zu erringen und Extraprofite über den Durchschnittsprofit hinaus zu erzielen, so dass es zeitweise zu Störungen im Ausgleich der Profitrate kommt. Doch die Konkurrenz der Kapitale bewirkt ihm zufolge immer wieder eine „beständige Ausgleichung der beständigen Ungleichheiten“, wobei es für die erzielte Wirkung unerheblich ist, ob 10 oder 100 Kapitale miteinander konkurrieren.

Das betrifft auch den Umstand, wenn das fungierende Kapital „in ausnahmsweis großen Massen in einer Hand konzentriert ist“. Aber während Hilferding (und in der Folge Lenin) aus dem Anwachsen der fungierenden Großkapitale auf eine Monopolisierung und ein Ende der Konkurrenz schloss, unterlag es für Marx keinem Zweifel, dass auch

⁵¹ Siehe hierzu den Überblick in Hampe, S.68ff

⁵² Ziegler, S.249

⁵³ Ziegler S.249

⁵⁴ Ziegler S.250

⁵⁵ Ziegler S.250

in diesem Fall die Konkurrenz zwischen den Kapitalen danach strebt, „diese Unterschiede mehr und mehr auszugleichen“, also die Profitraten wieder zu egalisieren.⁵⁶

In einer 1912 erschienenen Studie „Der Organisationszwang. Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern“ untersuchte der Ökonom Fritz Kestner die Kartellbewegung der Vorkriegszeit. Er gelangte zu dem Schluss: „In der weit überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige und des Handels ist zwar eine vorübergehende, aber ... keine dauerhafte Monopolisierung möglich.“⁵⁷ Seine Untersuchung stellte nicht mehr und nicht weniger als eine Bestätigung der Marxschen Ausführungen dar.⁵⁸

Interpretation durch Hilferding

Dagegen gelangte Rudolf Hilferding zu der Überzeugung, dass zentrale Aussagen der Marxschen „Kritik der politischen Ökonomie“ keine Gültigkeit mehr beanspruchen könnten. Er sah das „Charakteristische des ‚modernen‘ Kapitalismus“ im Unterschied zum alten, von Marx beschriebenen Konkurrenzkapitalismus in Konzentrationsvorgängen, die „in der ‚Aufhebung der freien Konkurrenz‘ durch die Bildung von Kartellen und Trusts“ erscheinen würden.⁵⁹

Die Annahme, dass die Kartellbewegung seiner Zeit das Ende der Konkurrenz zur Egalisierung der Profitraten bedeuten würde, beruhte auf einem grundlegenden Fehlverständnis der von Marx entwickelten Bewegungsgesetze des Kapitals. Wie Hilferding hatte auch der englische Ökonom David Ricardo die Konkurrenz als „äußerlich und willkürlich“ bzw. als eine „gedachte Voraussetzung“ des Kapitals betrachtet, wie Marx in der Auseinandersetzung mit ihm schrieb. Dem hielt Marx entgegen, dass die Konkurrenz aus dem Kapital selbst hervorgeht bzw. von ihm hervorgebracht wird – sie gehört zu den „Verwirklichungsbedingungen des Kapitals, die es mehr und mehr produzieren muss“.⁶⁰ Das heißt, sie ist „nicht die Voraussetzung für die Wahrheit der ökonomischen Gesetze, sondern die Folge – die Erscheinungsform, worin sich ihre Notwendigkeit realisiert.“⁶¹ Oder anders formuliert: „die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf.“⁶²

In Umkehrung dieses Zusammenhangs betrachtete Hilferding die Zwänge der Konkurrenz als überkommene äußere Regeln, die durch bewusste Steuerung überwunden werden könnten. Auf dieser Basis konnte er seine Auffassung vom Ende der Konkurrenz

⁵⁶ MEW 25, S.206, 657

⁵⁷ zit. in: Klaus Winter, AzD 39, S.98

⁵⁸ Abgesehen von der Konkurrenz der Kapitale existieren mittlerweile in den meisten kapitalistischen Ländern Kartellgesetze, mit denen der Staat in seiner Eigenschaft als ideeller Gesamtkapitalist verhindert, dass einzelne Kapitale eine „marktbeherrschende Stellung“ einnehmen.

⁵⁹ Hilferding, S.1

⁶⁰ Marx: Grundrisse, S.454

⁶¹ Ebda, S.450

⁶² MEW 23, S.618

begründen, mit der Schlussfolgerung: „So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals.“⁶³

Herrschaft des Finanzkapitals

Das Unverständnis der Konkurrenz verknüpfte sich bei ihm mit der Theorie, dass die unterschiedlichen Formen, die das Kapital in seinem Reproduktionskreislauf annimmt (als produktives -, Handels- und zinstragendes Kapital), unter der Regie der Banken miteinander verschmelzen würden, bis schließlich ein einziges „Finanzkapital“ entstand: „Im Finanzkapital erscheinen alle partiellen Kapitalformen zur Totalität vereinigt.“⁶⁴ In Gestalt dieses allmächtigen Finanzkapitals würden die Banken die Herrschaft über den Gesamtproduktionsprozess des Kapitals übernehmen, so die Behauptung Hilferdings.

Wie bei der Kartellbewegung fand sich der empirische Ansatzpunkt für die Theoriekonstruktion von der beherrschenden Rolle des zinstragenden Kapitals in Deutschland. Dessen wirtschaftliche Rückständigkeit im Vergleich zu England hatte hier dazu geführt, dass sich im Zuge der Industrialisierung der im internationalen Vergleich ungewöhnliche Typus der *Universalbank* herausbildete, der die Aufgaben einer Depositen-, einer Beteiligungs- und einer Hypothekenbank miteinander vereinte.⁶⁵ Gleichfalls entstand in diesem Zusammenhang eine „sehr enge Verflechtung von Banken und Industrie“, was Deutschland ebenso von anderen Ländern unterschied.⁶⁶

Nur bedeutete das keineswegs eine Verschmelzung von Industrie und Banken bzw. die Unterwerfung des industriellen Kapitals unter die Herrschaft des zinstragenden Kapitals. Otto Jeidels, von dem Lenin in seiner Imperialismusschrift bemerkte, dass er „die Dinge am eingehendsten studiert hat“, führte seinerzeit eine Untersuchung des Verhältnisses der deutschen Großbanken zur Industrie durch.⁶⁷ In der Debatte über die Monopoltheorie in den 70er/80er Jahren des letzten Jahrhunderts hat Klaus Winter u.a. diese Untersuchung herangezogen, mit dem Ergebnis:

„In vielfältiger Form weist er (Jeidels; d.V.) auf die Grenzen hin, innerhalb derer sich die Banken bewegen. Ihre Abhängigkeit von der Industrie tritt gerade da hervor, wo die große Industrie am weitesten entwickelt ist. Die Macht, die sie durch die Verfügung über das disponible Kapital der Gesellschaft erhalten, bleibt gebunden an die wechselnden Verwertungsbedingungen eines Reproduktionsprozesses, den sie nicht bestimmen, dem sie sich aber anpassen müssen. Von der Auffassung, die Banken könnten durch ‚bewusste Regelung‘ objektive Gesetze beschneiden, ist Jeidels weit entfernt. Auch einer ‚Verschmelzung‘ von Bankkapital und Industriekapital in dem Sinne, dass die Banken selbst Industrielle werden oder über das industrielle Kapital ‚verfügen‘, hat er nicht das Wort geredet; ‚die Gestalt dieser Kreditvermittlung und damit auch die Organisation der Banken haben sich mit der großkapitalistischen Industrieentwicklung verändert, ihrem Wesen nach ist die Bank aber geblieben, was sie war: Kreditinstitut.‘ Ihrem Wesen nach bleibt die Bank außerhalb des unmittelbaren Reproduktionsprozesses, auf den sie im

⁶³ Hilferding, S.350

⁶⁴ Ebda

⁶⁵ Pohl, S.266

⁶⁶ Ebda, S.262

⁶⁷ Jeidels 1913 / 2017

Kritik der Imperialismustheorie

Wesentlichen reagiert; selbst ihr zielbewusstes Eingreifen in Richtung auf industrielle Konzentration besteht nur darin, dass ‚die Großbanken die Politik der Industrie zu der ihrigen‘ machen.“⁶⁸

Eine neue Begründung für die Zusammenbruchstheorie

Von Kautsky als „vierter Band des Kapitals“ gefeiert, galt Hilferdings Werk bald nach Erscheinen als zeitgemäße Modernisierung des Marxismus. Hatte Marx den „alten“ Kapitalismus behandelt, so war Hilferding nach dieser Lesart sein Nachfolger, dem die Entschleierung des „neuen“ Kapitalismus gelungen war. Das betraf insbesondere auch den bevorstehenden Zusammenbruch der bürgerlichen Ökonomie.

Schon bisher waren die Parteien der II. Internationale vom gesetzmäßig vorgegebenen Ende des Kapitalismus ausgegangen. Der SPD-Vorsitzende Bebel kündigte dies regelmäßig als „Kladderadatsch“ an, der die Sozialdemokratie an die Macht bringen würde, ohne dass es dazu einer Revolution bedurfte.⁶⁹ Nunmehr lieferte Hilferdings Monopolanalyse des „neuen“ Kapitalismus die aktuelle wissenschaftliche Begründung für diese Zusammenbruchstheorie.

Am Schluss seines Buchs schrieb Hilferding, dass „die Herrschaft des Kapitals ... immer unvereinbarer (wird) mit den Interessen der durch das Finanzkapital ausgebeuteten, aber auch zum Kampf aufgerufenen Volksmassen. In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.“ Wie der „Zusammenprall der Interessen“ das Proletariat ohne revolutionären Sturz der bisherigen Staatsmacht an die Macht bringen sollte, ließ der Autor unbeantwortet; der ebenso unvermittelte wie revolutionär klingende Schluss-Satz von der kommenden Diktatur des Proletariats war nicht mehr als eine verbalrevolutionäre Leerformel.

Als führender sozialdemokratischer Wirtschaftsfachmann amtierte Hilferding in der Weimarer Republik zeitweise als Reichsfinanzminister.

2. Weiterführung durch Lenins Monopoltheorie

Bis 1914 hatte Lenin dem Werk Hilferdings keine besondere Beachtung geschenkt. Das änderte sich erst, als er mit dem Versuch einer klassenpolitischen Erklärung des Kriegs nicht weiterkam und daran ging, die Erklärung in der Ökonomie zu suchen.

Zwar warf er dem Autor Tendenzen zur Versöhnung des Marxismus mit dem Opportunismus vor und schloss sich in der Geldtheorie einer Kritik Kautskys an. Doch ansonsten lieferte ihm „Das Finanzkapital“ das Fundament für seine eigene Monopol- und Imperialismustheorie, weshalb er es als „höchst wertvolle ‚Studie über die jüngste

⁶⁸ Winter in AzD 39, S.118 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=363

⁶⁹ Bebel auf dem Erfurter Parteitag der SPD 1891: „Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben ... Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer Ziele ist so nahe, dass nur Wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.“ (Parteitagstprotokoll Erfurt 1891, S. 167, 172; zitiert in Geyer, S. 140)

Entwicklung des Kapitalismus“ lobte und sich in seiner Imperialismusschrift immer wieder darauf bezog.

An erster Stelle stand für Lenin dabei das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol, das er wie Hilferding mit den Sätzen definierte: „Ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozess die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole. Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz.“⁷⁰ Weil das Monopol tendenziell den „Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt“ verschwinden lassen würde, hatte Hilferding im Finanzkapital den besonderen Charakter des Kapitals erlöschen lassen, was Lenin so ausdrückte, dass der Imperialismus „sterbender Kapitalismus“ sei.

Wie Hilferding ließ auch Lenin seine eigene Monopoltheorie in der beherrschenden Rolle der Banken gipfeln, indem er eine „immer größere Verschmelzung“ bzw. „ein Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital“ konstatierte, so dass mit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die „Herrschaft des Finanzkapitals“ angebrochen sei.⁷¹

Widersinnige Aussagen

An einer Stelle wich er allerdings von Hilferding ab, ohne das zu thematisieren. Nachdem er bis dahin die Monopolisierung und den Niedergang des Kapitalismus beschrieben hatte, behauptete er plötzlich: „*Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher*“.⁷² Wahrscheinlich reflektierte diese Bemerkung die Tatsache, dass die aus Hilferdings Theoriekonstruktion folgende Stagnation des Kapitalismus in der wirtschaftlichen Realität nicht festzustellen war, weshalb Lenin hier unvermutet das Gegenteil dessen behauptete, was ansonsten aus der Monopoltheorie folgte und er selber geschrieben hatte.

Nur – wie lassen sich die widersprüchlichen Aussagen miteinander vereinbaren? Wie kann die kapitalistische Produktionsweise auf dem Sterbebett liegen und gleichzeitig schneller wachsen als in ihrer Blütezeit? Explizit äußerte Lenin sich zu diesem Widerspruch nicht. Stattdessen findet sich an anderer Stelle die Aussage: „Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte.“⁷³ Aber was bedeutet es, wenn die freie Konkurrenz *unter* und *neben* den Monopolen fortbesteht? Ist also der weiterexistierende Konkurrenzkapitalismus für das beschleunigte Wachstum verantwortlich? Wie kann dann aber der Kapitalismus gleichzeitig von den Monopolen beherrscht sein und im Sterben liegen?

Der in diesem Zusammenhang von Lenin gemachte Verweis auf „besonders krasse und schroffe Widersprüche“ gibt darauf keine Antwort, sondern formuliert das Problem nur mit anderen Worten. Die Monopoltheorie, die das Fundament der

⁷⁰ LW 22, S.270

⁷¹ LW 22, S.226, 229

⁷² LW 22, LW 22, S.306; Hervorhebung durch d.V.

⁷³ LW 22, S.270

Kritik der Imperialismustheorie

Imperialismusschrift bildet, widerspricht nicht nur den ökonomischen Tatsachen und der Marxschen Theorie des Kapitals, sie ist auch in sich widersinnig.

Unwiderlegte Kritik

1976 bemerkte ein bürgerlicher Kritiker der Imperialismustheorie: „Die empirische Fundierung der Leninschen Monopolisierungsthese ist geradezu skandalös: An Stelle systematischer und differenzierender Analysen werden durchwegs nur Einzeldaten präsentiert und für unzulässige Folgerungen missbraucht.“⁷⁴ Von Seiten der Verteidiger der Monopoltheorie hat sich daran bis heute nichts geändert. Eine konkrete Untersuchung, die die ökonomischen Aussagen der Imperialismusschrift einordnet in den Kenntnisstand der Wirtschaftsgeschichte zu Kartellen und Trusts, existiert nicht.

Zu den bürgerlichen Hauptautoren, auf die Lenin sich bei der Ausarbeitung der Monopoltheorie bezog, gehörten sowohl Fritz Kestner (zur Frage von Kartellen und Konkurrenz) als auch Otto Jeidels (zur Frage von Banken und Finanzkapital), die wir beide oben zitiert haben. Über deren Untersuchungen bemerkt K. Winter in seiner Schlussbewertung der Monopoltheorie: „Kestner und Jeidels kommt in diesem Zusammenhang insofern eine wichtige Rolle zu, als Lenin zentrale theoretische Aussagen auf deren Arbeiten stützen will. Nimmt man deren Werke in ihrem ganzen Umfang und in ihrem eigenen Zusammenhang zur Kenntnis, so muss man feststellen, dass sie der Theorie eines neuen monopolistischen Stadiums grundsätzlich widersprechen, vielmehr eine empirische Stütze für die Richtigkeit des Marxschen ‚Kapitals‘ darstellen, von dessen Boden aus sie durchaus nachvollziehbar und begreifbar sind.“⁷⁵ Indessen stützte sich Lenin auf diese Werke, ohne wenigstens in einer Fußnote darauf hinzuweisen, dass die Autoren zu anderen Schlussfolgerungen über die Rolle von Kartellen und Banken gelangten als er.

3. Imperialismus und Krieg

Neben Hilferdings „Finanzkapital“ berief Lenin sich auf das 1902 erschienene Werk „Imperialism – a study“ des englischen Liberalen John A. Hobson, die erste ausführliche Darstellung und Kritik des zeitgenössischen Imperialismus.

Basierend auf der Monopoltheorie konnte Lenin den Begriff des Imperialismus damit von der Kolonialpolitik lösen, die für die sozialdemokratische Internationale im Zentrum gestanden hatte, und ihm einen umfassenden neuen Inhalt geben, indem er ihn als das monopolistische Stadium des Kapitalismus definierte: „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen.“⁷⁶ Der so gefasste Imperialismus verkörperte *grundsätzlich* den Drang nach „Gewalt und Reaktion“, nach Herrschaft und nicht nach Freiheit. Er beschränkte sich also nicht auf die Eroberung kolonialer Territorien, sondern strebte danach, „nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren“.⁷⁷ „Die Besonderheit des Imperialismus ist die Herrschaft eben nicht des

⁷⁴ Hampe, S.73, Anm.119

⁷⁵ Klaus Winter in: AzD 39, S.131

⁷⁶ LW 22 S. 270, 302

⁷⁷ LW 22, S.273

Industrie-, sondern des Finanzkapitals, das Streben, eben nicht nur Agrarländer, sondern beliebige Länder zu annectieren.“⁷⁸

Daraus ergab sich die Erklärung für den Krieg, nach der Lenin gesucht hatte. Da „Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion“ ist, war für den Gang in den Krieg kein besonderer Grund erforderlich, sondern war die Ursache auf grundsätzlicher Ebene zu finden – im Imperialismus als solchem. Deshalb konnte er schreiben, dass seine Abhandlung über den Imperialismus den Beweis erbringen würde, „dass der Krieg von 1914-1918 auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg (d.h. ein Eroberungskrieg, ein Raub- und Plünderungskrieg) war, ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt, um die Verteilung und Neuverteilung der Kolonien, der ‚Einflusssphären‘ des Finanzkapitals usw.“⁷⁹

Monopolistische Egalisierung aller Kriegsstaaten

Der erweiterte Imperialismusbegriff hatte zur Folge, dass Lenin die in den ersten Kriegswochen getroffene Unterscheidung der kriegführenden Staaten in „fortgeschrittene kapitalistische“ und „rückständige monarchistische Länder“ fallen ließ.

Auf Basis der Monopoltheorie stellte er nunmehr fest, dass "ein Vergleich, sagen wir, der republikanischen amerikanischen Bourgeoisie mit der monarchistischen japanischen oder deutschen (zeigt), dass auch der stärkste politische Unterschied in der Epoche des Imperialismus in hohem Grade abgeschwächt wird ..., weil es sich in allen diesen Fällen um eine Bourgeoisie mit ausgesprochen parasitären Zügen handelt.“⁸⁰ Oder an anderer Stelle: „Der Unterschied zwischen der republikanisch-demokratischen und der monarchistisch-reaktionären imperialistischen Bourgeoisie verwischt sich gerade deshalb, weil die eine wie die andere bei lebendigem Leibe verfault“.⁸¹

Das traf auch auf das zaristische Russland zu, das Lenin in der Imperialismusschrift nicht behandelt hatte, weil die Schrift legal im Land erscheinen sollte. Nach der Februarrevolution 1917 schrieb er nunmehr im Vorwort zur russischen Ausgabe: „Der aufmerksame Leser wird mit Leichtigkeit an Stelle Japans – Russland setzen“.⁸² Das heißt, *alle* am Krieg beteiligten Mächte trugen denselben monopolistisch-imperialistischen Charakter, ob es sich um Deutschland oder Russland, Großbritannien oder Japan, Frankreich oder die USA handelte.

Sämtliche Erscheinungen des Kriegs konnten jetzt als „imperialistisch“ erklärt werden, gleich ob es sich um den Frieden von Brest-Litowsk handelte (den die preußisch-deutsche OHL Russland als „dynastischen“ Frieden zur Stärkung Preußens diktierte), den Gang der USA in den Krieg oder die Aufteilung der deutschen Kolonien zwischen Frankreich und Großbritannien nach dem Krieg.

Die so getroffene Festlegung ließ keinen Raum mehr für die Fragestellung, ob und welche Klassenwidersprüche innerhalb der kriegsbeteiligten Länder ursächlich für den

⁷⁸ LW 23, S.104

⁷⁹ Vorwort von 1920 zur französischen und deutschen Ausgabe, LW 22, S.194

⁸⁰ LW 22, S.306

⁸¹ Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Oktober 1916, LW 23, S.103

⁸² LW 22, S.192

Gang in den Krieg gewesen waren. Angefangen mit dem Weltkrieg diente der Begriff des „Imperialismus“ fortan als Universalschlüssel zur Erklärung jedweder Politik der kapitalistischen Mächte. Er tut dies bis heute.

4. Bestechung und der „Verrat“ der II. Internationale

Die Monopoltheorie lieferte auch die Erklärung für den Zusammenbruch der II. Internationale, für Opportunismus und Verrat. Die „ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung“ sah Lenin in den Monopolprofiten, denn es „ist klar, dass man aus solchem gigantischen *Extraprofit* ... die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann.“⁸³

Diese Bestechungsthese wiederholte er durchgängig als entscheidende Ursache, denn mit den Monopolprofiten „bekommen die Kapitalisten eines Industriezweigs ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen“.⁸⁴ Die Folge war „das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit ‚ihrer‘ nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse“.⁸⁵

Unterschiedliche Gründe

Doch welchen Erklärungswert hat diese Bestechungsthese?

Zum einen waren es nicht nur kleine, ökonomisch „bestochene“ Minderheiten, die sich im Krieg auf die Seite der Herrschenden stellten, sondern weit größere Teile des Proletariats. Zum andern waren dafür je nach dem gegebenen Land unterschiedliche Gründe verantwortlich.

So wurden in Großbritannien vor dem Weltkrieg wachsende Teile des Volkes, darunter auch viele Arbeiter, durch die sukzessive Ausdehnung des Wahlrechts an die parlamentarische Herrschaft der Bourgeoisie herangeführt. Darüber hinaus war in der Arbeiterschaft auf dem Boden des britischen Weltreichs der „Jingoismus“ verbreitet, die begeisterte Unterstützung des Empire-Gedankens, worauf bereits Engels hingewiesen hatte.⁸⁶

In Frankreich war ein Flügel der Sozialisten unter Alexandre Millerand seit der Jahrhundertwende an der bürgerlichen Regierung beteiligt, war also an die Seite der Bourgeoisie getreten. Angesichts der industriellen Zurückgebliebenheit des Landes konnten bzw. können dafür schwerlich „Monopolprofite“ verantwortlich gemacht werden. Außerdem war die Forderung nach Revanche für den Verlust von Elsass-Lothringen nicht nur in der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum, sondern auch in Teilen der Arbeiterschaft verbreitet.

Die deutsche Arbeiterbewegung

In Deutschland wiederum führte die Integration der Arbeiterbewegung in den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat nicht zur *Verbürgerlichung* der Sozialdemokratie, sondern entsprechend den Gesellschaftsverhältnissen zu ihrer *Verpreußung*. Im Krieg setzte

⁸³ LW 22, S.198

⁸⁴ LW 22, S.306

⁸⁵ Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale: LW 22, S.111

⁸⁶ Siehe Lenin: Der Imperialismus ...; LW 22, S.288f

sich diese Entwicklung fort, denn während in Großbritannien und Frankreich die Parteien der II. Internationale qua Parlament und Regierungsbeteiligung mit der *Bourgeoisie* zusammenarbeiteten, etablierte die SPD-Parteiführung Beziehungen zur *junkerlichen Obersten Heeresleitung*, dem Machtzentrum Deutschlands im Krieg.⁸⁷ Das enger werdende Verhältnis gipfelte in dem „Ebert-Groener-Pakt“ zwischen dem SPD-Vorsitzenden und dem Chef der OHL, in dem beide Seiten die Niederschlagung der Novemberrevolution vereinbarten, da die SPD-Führung den Bismarck-Staat nicht stürzen, sondern unter ihrer Regierung fortführen wollte und zu diesem Zweck die militärische Hilfe des Junkertums in Anspruch nahm.

Jenseits der Vaterlandsverteidigung, an die in Frankreich wie in Deutschland Viele glaubten, bestimmten also unterschiedliche Klassenkonstellationen und Faktoren das Verhalten erheblicher Teile der Arbeiterschaft in den verschiedenen Ländern. Die Bestechungsthese der Monopoltheorie war – und ist – außerstande, hierfür eine länderübergreifende Erklärung zu liefern.

5. Der Irrtum der Imperialismustheorie und die Komintern

Da aus der Monopolisierung folgte, dass der Kapitalismus seinem Ende entgegen ging, betonte Lenin auf den letzten Seiten seiner Schrift noch einmal, dass der Imperialismus „charakterisiert werden muss als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“⁸⁸ Tatsächlich schien sich die Schlussfolgerung vom nahenden Untergang des Kapitalismus am Ende des Weltkriegs auch zu bewahrheiten, als reihenweise Staaten, die am Krieg teilgenommen hatten, zusammenbrachen und eine revolutionäre Krise Europa erschütterte.

Nur begann damit *nicht* der weltweite Tod des Kapitalismus, wie Lenin meinte, denn die Staaten des „Westens“, *die eine bürgerliche Revolution hinter sich hatten*, blieben in den Wirren der Zwischenkriegszeit nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend stabil. Dagegen brach die alte Ordnung in den Ländern zusammen, die sich einer bürgerlichen Revolution bis dahin erfolgreich widersetzt hatten: das waren das zaristische Russland, der preußisch-deutsche Militärstaat und die österreichisch-ungarische Habsburgermonarchie. Historisch gesehen, waren dies die Staaten, die sich nach den napoleonischen Kriegen 1815 als „Heilige Allianz“ zusammengeschlossen hatten, um demokratische und nationale Bestrebungen ihrer Völker niederzuhalten.

Das war den adelig-monarchischen Herrschaftskräften in den genannten Ländern auch lange Zeit gelungen, indem sie einen Flügel der Bourgeoisie an der Macht beteiligt hatten, ohne die eigene Vorherrschaft, d.h. die Verfügung über den Staatsapparat und insbesondere die bewaffnete Macht, aufzugeben. Doch den Belastungen eines mehrjährigen Kriegs waren die vorbürgerlichen Herrschaftsstrukturen nicht gewachsen. Der Zusammenbruch resultierte also *nicht* aus einer fortgeschrittenen monopolkapitalistischen Ökonomie – vielmehr konnte eine überholte Gesellschaftsordnung dem angestauten Druck

⁸⁷ Auf Basis dieser Annäherung öffnete das Vaterländische Hilfsdienstgesetz von 1916 den Gewerkschaften *gegen die Schwerindustrie* die Großbetriebe und wirkte die SPD-Führung im Juli 1917 mit der OHL beim Sturz des inzwischen friedensbereiten Kanzlers Bethmann-Hollweg zusammen. (Karuscheit 1917, S.61ff)

⁸⁸ LW 22, S.307

der bis dato aufgehaltenen bürgerlichen Revolution nicht länger standhalten, die als erstes im Februar 1917 den russischen Zarismus aus dem Weg räumte.

Zusammenbruch der alten Ordnung

Im November 1918 wurde dann zu Beginn einer anlaufenden bürgerlich-demokratischen Revolution wenige Tage nach der Habsburgermonarchie die preußisch-deutsche Monarchie gestürzt, als Arbeiter und Soldaten gemeinsam daran gingen, den alten Staatsapparat und die junkerliche Armee zu entmachten und eine neue demokratische Ordnung zu errichten.

Indessen hatten die Linken in Deutschland kein Konzept für diese Revolution. Rosa Luxemburg, die mit Karl Liebknecht an der Spitze des Spartakus-Bunds stand, hing zwar nicht wie Lenin der Monopoltheorie an, war aber in der Tradition der II. Internationale und auf dem Boden ihrer eigenen Imperialismustheorie ebenso wie Lenin vom Ende des Kapitalismus-Imperialismus und dem sofortigen Übergang zum Sozialismus überzeugt.

Anstatt also die Novemberrevolution als demokratische Revolution zu Ende zu führen, propagierten Spartakus/KPD den Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, darin eingeschlossen die Enteignung aller Agrarproduzenten (bis auf arme Bauern) – wodurch nicht nur die Masse der Bauernschaft, sondern das Kleinbürgertum insgesamt auf die Seite der Konterrevolution getrieben werden musste.

Ohne Führung mit einem tauglichen politischen Konzept hatte die spontane Revolutionsbewegung gegen die im Bündnis mit der OHL stehende SPD-Spitze keine Chance. Weder konnte der obrigkeitliche Staatsapparat beseitigt werden noch wurden Junkertum und Schwerindustrie enteignet. Die neue parlamentarische Republik war nicht mehr als ein Überwurf über den fortbestehenden Strukturen der alten Ordnung. Die *historisch überfällige bürgerliche Revolution scheiterte in Deutschland also ein weiteres Mal*, und ihre Niederlage bildete den Nährboden für den Aufstieg des Nationalsozialismus.

Die Komintern und der weltweite Sieg des Sozialismus

Ungeachtet ihrer sonstigen Differenzen stimmte Lenin mit Luxemburg in der Frage der Aktualität der sozialistischen Revolution in Deutschland überein, da für ihn feststand, dass „das *aus* dem Kapitalismus hervordachsende Monopol ... *bereits* das Sterben des Kapitalismus, der Beginn des Übergangs in den Sozialismus“ ist.⁸⁹

Von dieser Annahme ausgehend war er davon überzeugt, dass die europäische Nachkriegskrise das weltweite Ende des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus im internationalen Maßstab bedeuten würde. Daher forderte er, den „Kampf für eine weltumspannende Sowjetrepublik“ zu führen und „die Arbeiterbewegung und die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt auf dem geradesten und raschesten Wege zum Sieg der Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt zu führen“.⁹⁰

Um dieser Aufgabe nachzukommen, wurde Anfang März 1919 in Moskau als Nachfolgerin der II. Internationale die „Kommunistische Internationale“ gegründet. Sie sollte als „wirklich leitende Zentralstelle ... die internationale Taktik des revolutionären

⁸⁹ Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Oktober 1916; LW 23, S.104

⁹⁰ Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Frühjahr 1920; LW 31, S.79, 91

Proletariats in seinem Kampf für eine weltumspannende Sowjetrepublik“ anleiten, wie Lenin postulierte.⁹¹

Der „linke Radikalismus“

Als Leitfaden für diesen Kampf schrieb er im Frühjahr 1920 „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, worin er die praktisch-politischen Schlussfolgerungen aus der Imperialismustheorie und dem vorausgesagten Ende des Kapitalismus zog. Zu diesem Zweck fasste er die langjährigen Erfahrungen der Bolschewiki im Prozess der russischen Revolution zusammen mit dem Ziel, den soeben gegründeten kommunistischen Parteien zu helfen, den Kampf um den Sozialismus mit der notwendigen taktischen Flexibilität zu führen.

Die Schrift negierte, dass das grundlegende Problem der linksradikalen Politik nicht fehlendes taktisches Geschick war, sondern auf der Ebene der *Strategie* lag, nämlich im Verhältnis von proletarischer zu bürgerlicher Revolution und der Rolle des Proletariats als Hegemon einer bürgerlich-demokratischen Revolution im Bündnis mit dem Kleinbürgertum. Dagegen musste jeder direkte Anlauf zum Sozialismus durch eine nur-proletarische Revolution scheitern, mochte er taktisch noch so flexibel gehandhabt werden.

Die Konsequenzen dieser Fehlorientierung machten sich vor allem in Deutschland bemerkbar, wo die KPD als stärkste kommunistische Partei außerhalb Russlands kurz vor dem Sieg zu stehen schien. Komintern und KPD-Führung vermochten es indessen nicht, sich aus den Fesseln der Imperialismustheorie zu lösen. Während die NS-Führung mit dem Konzept der Volksgemeinschaft ein Hegemonialprogramm entwickelte, das ihr zur Macht verhalf,⁹² hielten sie mit der Sozialismusstrategie an einer Niederlagenstrategie fest, die den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung in die Isolierung führte.

Schlussbemerkung

Politisch brach Lenin mit der II. Internationale und war so in der Lage, eine revolutionäre Antwort auf den Weltkrieg zu geben sowie das russische Proletariat zum Sieg in der Oktoberrevolution zu führen.

Um den Krieg zu erklären, hielt er jedoch an dem ökonomischen Marxismusverständnis der Internationale fest, übernahm Hilferdings Auffassungen zur Monopolisierung, die im Gegensatz zu Marx standen, und baute darauf seine Imperialismustheorie auf.

Anstelle der vielfältigen – klassenbedingten, ökonomischen, außenpolitischen oder militärischen – Ursachen für die imperialistische Politik von Staaten definierte er "Imperialismus" so als ökonomisch gesetzmäßige Folge bzw. Charakteristik eines neuen Stadiums des Kapitalismus. Dieser monopolistische Imperialismus war für ihn ein sterbender Kapitalismus, der den Übergang in den Sozialismus bilden sollte und dessen Ableben er fälschlicherweise mit dem Zusammenbruch der alten, vorbürgerlichen Ordnung in der Mitte und im Osten Europas als Folge des Weltkriegs in eins setzte.

Mittlerweile hat der von Lenin weltweit für sterbend erklärte Kapitalismus sein angekündigtes Ableben bereits mehr als 100 Jahre überdauert. Mindestens diese Tatsache

⁹¹ Ebda, S.79

⁹² Karuscheit 2025

Kritik der Imperialismustheorie

sollte Grund genug sein, um die Leninsche Monopol- und Imperialismustheorie zu überdenken. Sie ist ungeeignet, um den gegenwärtigen Kapitalismus zu begreifen und den revolutionären Marxismus auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Literatur

Baumgart, Winfried (1975): Der Imperialismus: Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880-1914; Franz Steiner Verlag: Stuttgart

Baumgart, Winfried (1976): Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890-1914); Ullstein: Frankfurt

Bley, Helmut (Hrsg) (2014): Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913, Offizin-Verlag: Hannover

Geyer, Dietrich (1962): Lenin in der russischen Sozialdemokratie; Böhlau-Verlag: Köln

Hallgarten, George W. F. (1951): Imperialismus vor 1914. Erster und zweiter Band; Beck: München

Hampe, Peter (1976): Die „ökonomische Imperialismustheorie“. Kritische Untersuchungen; Beck: München

Hedeler, Wladislaw und **Külow**, Volker (Hrsg und Kommentatoren) (2018): Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke; Verlag 8.Mai; Berlin

Hilferding, Rudolf (1910/1955): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus; Nachdruck der Neuausgabe von 1947 mit einem Vorwort von Fred Oelßner; Dietz Verlag: Berlin. Im Internet unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/hilferding/1910/finkap/index.html>

Hobsbawm, Eric J. (1995): Das imperiale Zeitalter 1875-1914; Fischer Taschenbuch: Frankfurt/M

Jeidels, Otto (1913): Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie; München und Leipzig = Duncker & Humblot reprints, Band 24 (2017)

Karuscheit, Heiner (2014): Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg; VSA: Hamburg

Karuscheit, Heiner (2017): Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar; VSA: Hamburg

Karuscheit, Heiner (2025): Der deutsche Rassenstaat. Volksgemeinschaft und Siedlungskrieg – NS-Deutschland 1933-1945; VSA: Hamburg

Kestner, Fritz (1912): Der Organisationszwang. Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern; Verlag C. Heymann: Berlin

- Marx**, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf); Dietz Verlag: Berlin
- Marx / Engels** (1956ff): Gesammelte Werke (MEW); Dietz Verlag: Berlin
- Mommsen**, Wolfgang J. (1969): Das Zeitalter des Imperialismus. Fischer Taschenbuch: Frankfurt/M
- Mommsen**, Wolfgang J. (Hg) (1971): Der moderne Imperialismus (Beiträge von Böhme, Ziebura, Mommsen etc); Kohlhammer: Stuttgart
- Mommsen**, Wolfgang J. (1977): Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen; Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen
- Mommsen**, Wolfgang J. (1979): Der europäische Imperialismus. Aufsätze und Abhandlungen. (Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen
- Pohl**, Hans (1989): Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg; Steiner: Stuttgart
- Schmidt**, Gustav (1989): Der europäische Imperialismus. Studienausgabe; Oldenbourg: München
- Schöllgen**, Gregor (2000): Das Zeitalter des Imperialismus; Oldenbourg: München
- Schröder**, Hans-Christoph (1968): Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Teil 1 (Teil 2 nicht erschienen); Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert Stiftung; Hannover
- Schröder**, Hans-Christoph (1973): Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte; Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen
- Wehler**, Hans-Ulrich (1969/1972): Bismarck und der Imperialismus; Köln-Berlin
- Wehler**, Hans-Ulrich (1973): Das deutsche Kaiserreich 1871-1918; Göttingen
- Winkler**, Heinrich August (1978): Revolution, Staat, Faschismus; Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen
- Winter**, Klaus: Monopolkapitalismus und Finanzkapital. Zur Problematik beider Begriffe in Lenins Imperialismusschrift; in: AzD 39/ 1987 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=363
- Wolfe**, Bertram D. (1965): Lenin, Trotzki, Stalin – Drei, die eine Revolution machten; EVA: Frankfurt
- Ziebura**, Gilbert: Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914; in: Wehler: Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg; Göttingen 1974, S.495-524; im Internet: https://digi20.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00048635_00493.html
- Ziegler**, Dieter (2005): Das Zeitalter der Industrialisierung (1815-1914); in: Michael North (Hg): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick; Beck: München

Fritz Gött

Historischer Imperialismus und andere Fragen – eine Spurensuche

In verschiedenen Ausgaben der AzD findet sich eine intensiv geführte und kontrovers ausgetragene Diskussion zur „modernen (ökonomischen) Imperialismus-Theorie“ (z.B. zur Leninschen). Einer der Diskutanten, Alfred Schröder, hat dabei zugleich und ganz nebenbei auch einen Ausflug in die Antike unternommen. Er schrieb: „Imperialismus ist aber keine Erfindung des 19. oder 20. Jahrhunderts, ebenso wenig wie imperialistische Kriege eine Erfindung dieser Zeit sind. Imperialismus hat es zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte seit der Staatenbildung gegeben und damit ebensolche Kriege. Man höre dazu Lenin: „Ein Beispiel: England und Frankreich haben im Siebenjährigen Krieg um Kolonien gekämpft, d. h. einen imperialistischen Krieg geführt (der ebenso auf Basis der Sklaverei und der Basis des primitiven Kapitalismus wie auf der Basis des hochentwickelten Kapitalismus möglich ist). Daraus ist ersichtlich, wie sinnlos es wäre, den Begriff Imperialismus schablonenhaft anzuwenden.“ / Hinter all diesen Kriegen stecken Rivalitäten zwischen Staaten um Einflußsphären, politische und militärische Macht, ökonomische Interessen und territoriale Ansprüche. Und in den jeweiligen Staaten gab es unterschiedliche soziale Kräfte (Stände/Klassen) und durch sie gebildete politische Gruppierungen, die die jeweiligen Kriege herbeiführten oder kritisierten. Die Untersuchung dieser Ereignisse ist das Thema der Geschichtsschreibung, vorzüglich als Geschichte von Klassenkämpfen. / Der Ukrainekrieg lässt sich mit imperialistischer Politik, wie wir sie seit wenigstens zweitausend Jahren kennen, ganz ohne eine ökonomische Imperialismustheorie erklären. ...“ (1)

Diese Passage hat mich zu verschiedenen Fragestellungen geführt, die ich im Folgenden anreißen möchte:

1. Seit wann gibt es Kriege? Sind sie genetisch im Menschen angelegt?
2. Sind imperialistische Kriege an die Existenz des Staates gebunden?
3. Sind Kriege von Staaten immer imperialistisch?
4. Wie sehen imperialistische Kriege im Altertum aus? (Beispiel Assyrien)

I. Seit wann gibt es Kriege?

Kriege in der Gegenwart sind im aktuellen Bewusstsein wieder allgegenwärtig. Kein Wunder, dass die öffentliche Diskussion hochkocht, ob der Krieg ein ständiger Begleiter der Gattung Mensch sei, ja, ob das Kriegerische in der menschlichen Natur seit Anbeginn und für immer verwurzelt ist.

Eine erst jüngst veröffentlichte „evolutionäre und archäologische Bestandsaufnahme“ der Gruppe um Harald Meller et. al. zum Thema „Die Evolution der Gewalt“ (2024) hat erneut aufgezeigt, dass dem nicht so ist. (2) Moderne Kriege sind, so die Autoren, kein Schicksal, sie werden gemacht. Man kann sie gegebenenfalls verhindern. Soldat sein ist erlernt, es gibt kein Krieger-Gen. Kriege sind barbarisch, dem Menschsein abträglich. Die Botschaft der Autoren ist klar. - Es gab und gibt dazu auch aktuelle Gegenpositionen

im bürgerlichen Lager. (3) Sie sind jedoch nicht überzeugend, mögen sie auch dem politischen Zeitgeist entspringen.

Was sind Kriege, wie sollte man sie umschreiben? Etwa so: Kriege sind organisierte, bewaffnet ausgetragene, kollektive Gewaltanwendungen, dabei zumeist ideologisch unterfütterte und verherrlichte Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen oder Staaten. Der Krieg als institutionelles Unterwerfen oder Töten unterscheidet sich damit deutlich von einer privaten, zwischenmenschlichen Fehde oder einem individuellen, zumeist spontanen Gewaltausbruch. - Über die Zielsetzung von Kriegen und ihre Träger sagt diese ‚Definition‘ natürlich nichts.

Folgt man der archäologisch gestützten Dokumentation von Meller et. al., so kann **von eigentlichen Kriegen** im obigen Sinne **erst seit der Jungsteinzeit und dem Neolithikum** gesprochen werden. Natürlich finden sich auch in der Altsteinzeit einzelne, zumeist individuelle Gewaltakte, jedoch keine Kriege. Mit dem Übergang des Menschen zur sesshaften und produktiven Lebensweise in vielen Teilen der Welt nehmen die territorialen Konflikte, Spannungen und Eigentumskonflikte unter den Menschen jedoch signifikant zu und erreichen im Krieg eine neue Qualität, was im Konkreten an den entsprechenden Örtlichkeiten und historischen Zeitumständen zu analysieren wäre. Das ist aber hier in seiner Fülle überhaupt nicht zu leisten.

Der Genosse Schröder koppelt nun alte *imperialistische Kriege* an die historische Existenz des Staates. Was uns erst einmal zur Frage veranlasst: Seit wann und wo gibt es den Staat?

II. Der Staat erscheint auf der Bildfläche

Die Frage, was Entstehung und Wesen des Staates ausmacht, treibt Marxisten seit langem um. Die Literatur dazu ist viel zu umfangreich, manchmal auch widersprüchlich, um sie hier zu referieren. Ich beschränke mich daher auf einige für unsere Fragestellung sinnige Anmerkungen:

Nach marxistischem Verständnis kann ein Staat nach dem Verfall der egalitären Ur-gesellschaft(en) entstehen. Dafür müssen aber die naturhistorischen, ökonomischen, sozialen und geschichtlichen Voraussetzungen stimmen.

„Die Geschichte zeigt, dass der Staat als besonderer Apparat der Zwangsanwendung gegen Menschen erst dort und dann entstand, wo und wann die Teilung der Gesellschaft in Klassen in Erscheinung trat – also eine Teilung in Gruppen von Menschen, von denen die einen sich ständig die Arbeit der anderen aneignen können, wo der eine den anderen ausbeutet.“ (4) Wer diese klassische Umschreibung von Lenin übernimmt, sollte aber im Hinterkopf haben, dass der Staat nicht auf einen Schlag ins Rampenlicht der Geschichte tritt. Er wächst aus der Gesellschaft (mehr oder weniger friedlich oder im Konsens der Gemeinschaft) hervor, um sich dann im obigen Sinne zu wandeln. Also betrachten wir dabei einen Prozess, der je nach Ausgangslage lange dauern kann und dessen Entwicklungsgeschichte keineswegs gewalttätig verlaufen muss (es sei denn, ein Eroberer implantiert den Staat gleich von außen).

Irgendwann sind der Gewaltapparat und der Klassenstaat in vielen Teilen der Welt aber da, was jeweils konkret zu untersuchen und zu deuten wäre.

In seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ (1884) hat F. Engels bereits auf drei verschiedene Typen der Staatsentstehung hingewiesen, hier also in Athen, Rom und bei den Deutschen. Das wird uns im Folgenden aber nicht beschäftigen. - Es gibt einfach viele Variationen der Entstehung des Staates, und wie gesagt, in Raum und Zeit.

Zu den viel älteren Zivilisationen: in Alt-Vorderasien, in Alt-Ägypten, am Indus usw. sowie der darin auftretenden Staatenbildung und ihren Kriegen hat sich der Autor Engels in seinen Arbeiten kaum oder nur sehr allgemein geäußert. Das kann nicht verwundern, da die damalige Archäologie und die wissenschaftliche Orientalistik der Zeit einfach noch in den Kinderschuhen steckten. Manche alte Zivilisationen, wie die am Indus waren auch noch gar nicht (wieder) entdeckt.

Heute wissen wir zum historischen Fragen- und Wissenskomplex Alt-Vorderasien und seinen Kulturen zwar mehr, aber längst nicht genug. Das liegt einerseits an den vielen aktuellen Kriegen im Nahen Osten und Umgebung, andererseits am Zustand und an den Bedingungen der heutigen Alt-Orientalistik. – Zudem stehen viele Ausgrabungen vor Ort gegenwärtig still.

Dennoch gibt das vorhandene Material zu Alt-Vorderasien Anschauungsstoff in *einigen* Fragen nach Krieg und Frieden. Darauf beziehe ich mich im Weiteren.

III. Ein Problem in der Frage: Ist jeder Krieg der Stadtstaaten im Alten Orient ein imperialistischer?

Zu Beginn dieses Abschnittes einige allgemeine Schlaglichter:

* Nach heutigem Wissensstand *begann* der Übertritt des Menschen von der sammelnden, aneignenden Lebensweise, d.h. die vom Sammler und Jäger zur produzierenden, d.h. zum Bodenbauer und Viehzüchter vor etwa zwölftausend Jahren im „fruchtbaren Halbmond“. Wir betrachten hier eine riesige Fläche: „Die altweltlichen Ursprünge des Neolithikums lassen sich in Vorderasien im Gebiet des sog. Fruchtbaren Halbmondes verorten, jener durch ausreichende Niederschläge versorgten Gunstregion, die sich vom Iran, Obermesopotamien und Anatolien im Norden bis über die Levante im Westen erstreckt.“ – Ein früherer Einstieg des Menschen als Bauer ist hier durchaus denkbar und wird in der Wissenschaft diskutiert. (5) - Der Landbau wird auch nicht von heute auf morgen in der ganzen Fläche gleichzeitig entstanden sein.

* Erste Großsiedlungen bzw. Städte wie Uruk erscheinen im 5. Jtsd. v. u. Zeitrechnung im Süden Mesopotamiens, der Norden folgt leicht verzögert nach. – Die Stadt und der Stadtstaat sind nicht unbedingt identisch, können aber ineinander übergehen.

* Der ‚reife‘ Staat hingegen taucht in Mesopotamien erst um das 4./3. Jtsd. v.u.Zt. auf, die Keilschrift um ca. 3300 v. u. Zt.

Wir haben nun in ganz Mesopotamien Dörfer, Großsiedlungen, Stadtstaaten, Regionalstaaten. Doch daraus sollte niemand eine kontinuierliche Reihenfolge ableiten, auch wenn auffällt, dass die komplexeren Strukturen im Land zunahmen. - Alles konnte im Einzelnen auch nebeneinander, ja auch im Rückwärtsgang der Formen und ihrer Bedeutung existieren. - Jeder Zuzug oder Abgang von Menschen, das Einbrechen neuer Invasoren z.B. aus den Bergvölkern, jeder Krieg im Lande veränderte Handelswege. Veränderte Wasserläufe, Klimaveränderungen usw. mischten die Karten im Verlauf (von

Jahrtausenden) politisch, sozial, institutionell, klassenmäßig immer wieder neu auf. Der alte Orient war in ständiger Veränderung begriffen; ein Umstand, der auch die Geschichtsdarstellung erschwert und hier als Ganzes gar nicht erst versucht wird.

Die von mir oben verwendeten Daten stehen natürlich unter dem Vorbehalt, dass nicht neue archäologische Funde zu einer Modifizierung auffordern. Wer sich in die wissenschaftliche Literatur zum Alten Orient (in ihrer historischen Abfolge) einliest, stößt ständig auf entsprechende Korrekturen. Das sollte nicht Anlass für falsche Kontroversen sein.

Kriege zwischen den frühen Städten, Stadtstaaten und/oder Territorialreichen Alt-Vorderasiens fanden häufig statt. Doch waren sie auch **immer imperialistisch?**

Um diese Problemstellung in der Frühzeit Babyloniens aufzuzeigen, muss man u.a. einen Blick auf Süd-Mesopotamien im Altertum werfen, jene Gebiete zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris sowie angrenzende Flächen.

Landwirtschaft, die Haupterwerbsquelle der Menschen hier (neben Viehzucht, Fischfang, und dem Handel mit selbstproduzierten Fertigwaren) war nur möglich durch eine künstliche Be- und Entwässerung des Bodens. Diese Bewässerungslandwirtschaft in eher regenarmen Gefilden unterschied Süd-Mesopotamien vom Norden, wo weitgehend Regenfeldanbau möglich war. Geologisch gesehen gab es das Manko, dass Rohstoffe extrem rar waren. Das erzwang ihren Import durch Handel oder Raub. Die Landwirtschaft war hingegen durch die Gunst der Natur (die wasserführenden Flüsse, die angezapft werden konnten) und die Kooperation/Innovation seiner Menschen hoch produktiv und bildete die Grundlage jener vielen verschiedenen Hochkulturen, die hier entstanden sind. Bedroht war man jedoch ständig durch die mäandernden Flussverläufe/Zuflüsse, versalzende Böden, veränderte Grundwasserbedingungen, Klimaveränderungen, die sich auch in den Wasserständen von Euphrat, Tigris und ihren Deltas wiederfanden usw. Das alles erforderte kollektive Maßnahmen. Einerseits waren die Lebensgemeinschaften gezwungen, sich immer stärker in Dörfern, Großsiedlungen, ja Städten (mit einem Ring aus dörflichen Ansiedlungen) zusammenzuschließen. Dabei mussten neue Formen der Vergemeinschaftung und der Arbeitsteilung eingegangen werden, bis hin zum Staat.

Andererseits nahmen die Konflikte und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den entfernten Nachbarn zu, die sich ja ebenfalls im Stadium des Zusammenschlusses befanden, und die nicht bereit waren, ihre Errungenschaften, die Ortsgebundenheit und die Eigenständigkeit einfach aufzugeben. Militärische Anführer auf allen Seiten traten hervor, die aktiv wurden und später *eine* der Quellen für das Entstehen einer herrschenden Elite/Klasse in den jeweiligen Strukturen bildeten usw. - Noch wurde der Streit, der Krieg um Wasser, Land, freie Handelswege, Kriegsgefangene/Sklaven, im Namen und zu Nutzen der *ganzen* jeweils örtlichen/regionalen Gemeinschaft - gegen die Anderen - geführt. Das änderte sich später dann mit den privaten Kommandounternehmen neuer Führer mit Gefolgschaft oder mit dem staatlichen Herrschaftsanspruch der jeweiligen Herrscherclique, nunmehr im Interesse für sich selber. – Insgesamt lag die Ausdehnung von annektierten Flächen und die Einverleibung von Menschen im Krieg und danach nicht im Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte; sie waren sogar notwendig und unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Die Bewässerungswirtschaft und die agrarische Produktion - auf gegebenem Territorium und Niveau - erforderten es hier.

Was ich mit meinem Text nur sehr verkürzt andeuten konnte, ist natürlich viel zeitgestreckter, komplexer, zuweilen auch hypothetischer und dabei doch besser in der Fachliteratur beschrieben und gedeutet, auf die ich jetzt verweise. (6)

Für mich stellt sich nun die Frage: sind die Kriege und militärischen Konflikte, die in den Anfängen der Hoch-Zivilisation(en), in den jeweiligen Großsiedlungen und Stadtstaaten des Alten-Orients stattgefunden haben, nun einfach und immer unter den Begriff imperialistisch zu subsumieren oder gegebenenfalls besser auch anders zu titulieren. Ich neige dazu, stelle das aber zur Disposition. So oder so wird man das Problem im Einzelnen und in seiner zeitlichen und örtlichen Gebundenheit zu untersuchen haben.

IV. Imperialistische Kriege im Altertum: Thesen - Fragen - Mutmaßungen

Imperien mit ihren (Raub- und Hegemonial-) Kriegen gab es natürlich sowohl im „Alten Orient“ wie in der „Antike“ Europas. Dazu **einige Beispiele**:

* Wer sich für die Frühzeit altorientalischer Kulturen interessiert, zeigt da z.B. auf das imperiale Territorial-Reich von Akkad (ca. 2340 - 2200 v. u. Zt.) oder auch auf die III. Dynastie von Ur (ca. 2112 - 2004 v. u. Zt.), usw.

* Bibelfeste Leser werden sich an Großreiche wie das der Assyrier, Ägyptens, Babylons oder der Neu- Hethiter erinnern.

* Wer Lenins Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (von 1917) gelesen hat, kennt dessen Meinung: „Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus und sogar vor dem Kapitalismus gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und war imperialistisch. Aber ‚allgemeine‘ Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied zwischen den ökonomischen Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten oder Flunkereien aus, wie etwa der Vergleich des ‚größeren Rom mit dem größeren Britannien‘“.

Imperialistische Kriege im Altertum wurden hauptseitig oder zur Gänze im *politischen und ökonomischen* Interesse der jeweiligen herrschenden Klasse geführt, die ja auch im Besitz des Staates war und sich seiner bediente. Da aber nicht jeder Stadt- oder Territorial-Staat gleich und immerfort zur Waffe griff, wird man wohl auch zusätzliche Informationen in die Betrachtung militärischer Gewalt einzubeziehen haben, so die nach der historischen Situation, dem Wollen und den tatsächlichen Möglichkeiten dieser gesellschaftlichen Einheiten in den Konflikten usw.

Bleibt eine weitere Frage, **wann** nämlich ein solcher Typus, jener der imperialistischen Politik und des imperialistischen Krieges in der „Alten Geschichte“ **jeweils konkret** auftauchte?

Die Zeitangaben des Gen. Schröder sind da recht unbestimmt, so wenn er wie oben zitiert schreibt: „mit imperialistischer Politik, wie wir sie seit wenigstens zweitausend Jahren kennen“. Rechnet man zurück, so landet man bei dieser Formulierung in der Zeitmarke 0 unserer europäischen Zeitrechnung (Plus - Minus). Ich unterstelle mal, der Autor hat da das Imperium Romanum, das römische Kaiserreich im Hinterkopf. Nur, auch das vorangegangene Republikanische Rom betrieb bereits imperiale Politik und schwang das Kriegsbeil. So in drei Kriegen mit Karthago (264-241/ 218-201/ 149-146/ v. u. Zt.). Wo bei Lenin zu Recht anmerkte „der Krieg zwischen Rom und Karthago war auf beiden

Seiten ein imperialistischer Krieg“. (7) Der 3. Punische Krieg war zudem auf Seiten Roms ein reiner Vernichtungskrieg zur Auslöschung Karthagos. - Kurz, der von A. Schröder gesetzte Zeitrahmen für imperialistische Politik/Waffengänge ist angesichts der Realgeschichte viel zu kurz gesetzt und müsste deutlich erweitert werden.

Wir wissen über den Waffengebrauch **im Alten Orient** einiges, über den Frieden bzw. **den Friedensschluss** vor Ort zwischen potenten Kontrahenten jedoch weniger. Ein eher untypischer **Abschluss** ist jedoch ausführlich schriftlich/bildlich und in der Praxis dokumentiert: Der **zwischen** den Großreichen **Alt-Ägypten** (unter Ramses II.) **und Hatti** (den Alt-Hethitern aus Zentralanatolien, die ca. vom 17. Jh. - 1205 v. u. Zt. existierten). – Man hatte sich bereits Jahrzehntlang politisch und militärisch über die Einflussnahme und Vorherrschaft in Syrien und Palästina gestritten, doch dann eskalierte der Streit in einer großen Schlacht bei Kadesch am Orontes 1275 v. u. Zt. Trotz Siegesfanfaren auf beiden Seiten geht die Militärgeschichte heute von einem Patt der Kräfte und Ereignisse aus. Dem Schweigen der Waffen folgte viele Jahre später ein formaler Friedensvertrag (1259 v. u. Zt.): Titular „Vertrag des Friedens und schöner Bruderschaft auf ewig“. Diesem Staatsvertrag, der auch den Status quo besiegelte, lagen mit Sicherheit politische Überlegungen beider Seiten zu Grunde, nicht nur ein Nachdenken über Risiken und Kosten eines neuen militärischen Abenteuers. - Die Zeiten waren einfach anders.

Dahinter stand eine Machtverschiebung im Orient. Die Hethiter hatten nämlich das Groß-Reich Mitanni zerstört. Dadurch, sozusagen im Nebeneffekt, wurden die Assyrer mit ihrer alten Hauptstadt Assur am Tigris von der Fremdherrschaft Mitannis befreit, um nun aus eigener Kraft zu erneuter Größe aufzusteigen (/ das Mittlere-Assyrische Reich, ca. 1353 -1076 v. u. Zt./). Ihre Expansion richtete sich dann sowohl gegen Babylon als auch ausgreifend gegen die Herrschaftsgebiete der Hethiter. Das dürfte bei den Hethitern den Gedanken forciert haben, sich mit Ägypten auszusöhnen. Auch die Ägypter werden diese Entwicklung Assyriens mit Argusaugen verfolgt haben, standen doch langfristig ihre eigenen Interessen in Syrien und Palästina auf dem Spiel. So war es in ihrem Interesse, nun ihrerseits mit den Hethitern zu kooperieren. Das Geheimnis dieses Vertrages ist keines: Man versicherte sich der Rückendeckung und der Unterstützung gegen einen Dritten. - Zudem hatten *beide* Seiten ja auch noch andere Projekte und Probleme zu bewältigen: Die ständige Konsolidierung des eigenen Herrschaftsbereiches über das eigene Stammgebiet hinaus, Raubzüge Ägyptens gegen Nubien, Zurückdrängung der Libyer von der eigenen ägyptischen „Flussoase Nil“, Hattis Abwehr gegen die Kaskäer vor der eigenen Haustür usw., alles Projekte, bei denen man nicht in die Gefahr eines Mehrfrontenkrieges geraten wollte. - Da half man sich doch gerne auch in Notsituationen, z.B., als bei Hatti eine Hungersnot ausbrach und Ägypten mit Kornlieferungen aushalf. Der Friedensschluss und Beistandspakt zwischen Ägypten und Hatti hielt über Generationen hinweg, gut 60 Jahre - bis zum Verschwinden der Alt-Hethiter aus der Geschichte.

Imperiale Kriege waren für eine so entwickelte Zivilisation wie **das Neu-Assyrische-Reich** (/ca. 883 – 609 v. u. Zt./) essenziell. Unter heutigen Geschichtsschreibern gilt dieses Gebilde als „Militärstaat par excellence“. Warum aber dieser ständige Expansionsdrang? Man könnte es sich für eine Antwort nun einfach machen und erklären: Diese Kriege lieferten das Beute- und Luxusmaterial für die hier jeweils hausende herrschende Klasse und gaben auch das Gut für seine Gefolgschaft; das Heer schuf den großen Raum

Historischer Imperialismus

für das Reich und seine hegemonialen Ansprüche, ermöglichte die Ausbeutung fremder Völker und einverleibter Gebiete, beseitigte alle Schranken für den überregionalen Handel usw. - Tatsächlich beherrschte dieses Assyrien auf seinem Zenit (zeitweilig): Zypern, Teile Ägyptens, Palästina, Syrien, Babylonien. Kriege mit Beute und Geländegewinnen wurden auch gegen die Völker Anatoliens, Kappadokiens sowie mit wechselndem Erfolg gegen Elam (des östlich und nordöstlich von Babylon gelegenen Berglandes) und das Reich Urartu (der Uraträer, um den Van-See in Armenien) geführt usw. - Soweit also eine gar nicht mal so falsche erste Antwort auf unsere oben gestellte Frage. Die Antwort wäre jedoch einseitig. Sie verdeckt nämlich eine weitere Problemstellung: Inwieweit war die Ökonomie Assyriens, seine *gegebene* altorientalische Produktionsweise im Stammgebiet am Tigris und darüber hinaus eigentlich in der Lage, die normalen Bedürfnisse der *eigenen* Bevölkerung zu decken? Wie weit war die Naturbeherrschung mit den gegebenen Produktivkräften entwickelt und Praxis-tauglich? Gab es immanente Schranken oder Hemmnisse der „Altorientalischen Produktionsweise“, die eine Schlüsselantwort oder zumindest einen Hinweis auf das aggressive Auftreten Alt-Assyriens liefern könnte? Denn diese in vielen Ländern verbreiteten altorientalischen Produktionsweisen gingen ja irgendwann unter. Frühere Generationen von Marxisten haben die Problematik wohl in der Geschichtswissenschaft und unter der „Formationsfrage“ diskutiert - ohne abschließendes Ergebnis. Nur kenne ich mich in dieser Diskussion nicht genügend aus, um hier eine abwägende, provisorische Antwort gemäß *heutigem* Kenntnisstand zu geben.

Das Neu-Assyrische-Reich kollabierte im 7. Jh. v. u. Zt. unter den militärischen Schlägen einer Koalition aus Medern und Babyloniern, scheinbar auf dem Höhepunkt seiner Macht.

Doch widerspruchsfrei war dieses Reich nie gewesen. Da gab es die ständigen Reibereien innerhalb der herrschenden Klasse, die auch schon mal in Palastrevolten oder Meuchelmord einmünden konnten; die Bevölkerung war stark sozial hierarchisiert, es gab neben dem Palast Freie, Abhängige und Sklaven, wobei die Aufzeichnungen der Zeit keinen Gedanken an eine soziale Revolution oder den Systemumsturz verzeichnen. Arbeitskräfte im Reich waren rar und mussten ständig requiriert werden. Jede Schwäche des assyrischen Staates in den eroberten oder Tribut-pflichtigen Gebieten gab den Unterworfenen die Chance zur Rebellion. Wurde sie ergriffen, so wurde seitens Assyriens stets mit Repressalien, Massen-Mord oder der Zwangsumsiedlung ganzer Bevölkerungsteile und ihrer Eliten in gänzlich andere Teile des Reiches geantwortet. Der assyrische Tyrann war verhasst. Je aufgeblähter das Reich nun wurde, desto überdehnter wurde es. Jeder Krieg forderte Gefallene und Opfer. Die Reihen der eigenen Krieger musste somit aufgefüllt werden, sei es durch die vorhandenen Bauern, gedungene Söldner, ja selbst durch ehemals gefangene und nun gepresste Kriegsgegner. Präsenz vor Ort bei den Annektierten war eine Notwendigkeit und band die Kräfte, die anderswo gebraucht wurden usw.

Assyriens Zusammenbruch vollzog sich dann in rasender Geschwindigkeit. Die Gründungsstadt des Alt-Reiches Assur am Tigris fiel 614, die Hauptstadt Ninive erlag der Erstürmung 612. Die letzte ‚Fluchtburg‘ der Assyrier Harran wurde 610 vernichtet, die Entscheidungsschlacht bei Karkemisch am Euphrat trotz ägyptischer Hilfe 605 v. u. Zt. verloren. Das Assyrische Reich war Geschichte. Nur Trümmer, Staub und Erinnerung blieben. - Doch warum kollaborierte das Imperium, das ja in dieser Form lange existiert

hatte? Da war einerseits nach vergangenen Niederlagen eine neue Stärke bei den Medern und Babyloniern, die sie zum Angriff auf Assyrien befähigte. Andererseits gab es das oben beschriebene Bündel an Widersprüchen der assyrischen Herrschaft. Entscheidend in diesem Krieg dürfte gewesen sein: Es rührte sich keine Hand bei den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern und Menschen zur Verteidigung des schwächelnden assyrischen Regimes. Nur ein ehemaliger Kriegsgegner Assyriens, Ägypten schickte den Assyriern eigene Hilfstruppen zum Ersatz, aus Furcht vor einem erneuten Aufstieg Babylons zur Großmacht. Doch blieb ein Wunder für die Assyrier aus, denn auch Wunder bräuchten Ursachen, die es nicht gab.

Imperien kommen und gehen - sie alle werden fallen; eine Feststellung, die uns zu einem weiteren Fragenkomplex weiterleitet:

Was geschah **nach dem Exitus des Neu-Assyrischen-Reiches**? Die Sieger teilten die Beute. Die Meder besetzten das assyrische Kerngebiet bis zum Mittellauf des Tigris und drangen auch in den Norden bis Harran vor. Die Babylonier erhielten das übrige Mesopotamien, beanspruchten aber auch alle Gebiete westlich des Euphrat, also Syrien und Palästina. Das Spätbabylonische Reich stieg, wie von den Ägyptern befürchtet, zur neuen Großmacht auf. - Doch lange konnte man sich des Zugewinns nicht erfreuen. Nur einige Jahrzehnte später wurden die einstigen Sieger militärisch von den Persern (den persischen Achämeniden) unterworfen und übernommen (die Meder 550, Babylon, 539 v. u. Zt.). Übernommen kann man dabei durchaus wörtlich verstehen. Denn nach einem altbabylonischen Bericht öffnete die Stadt Babylon freiwillig ihre Tore und begrüßte den Sieger; dem lagen wohl Widersprüche unter den herrschenden Kräften Babylons (innerhalb von Palast und Tempel) zugrunde. Und die Meder? Ethnisch und kulturell waren sie mit den Persern verwandt, sie kapitulierten zwar, waren in der Mehrheit jedoch Perser-affin. Ihr ‚Adel‘ (nicht die Spitze) wurde von den Achämeniden als Partner angenommen und bewusst als kooptierter Teil der eigenen Elite ins wachsende persische Imperium integriert (in „die erste Weltmacht“ der Geschichte, wie es in den heutigen Annalen heißt).

Gut 200 Jahre später fiel das Perserreich dem makedonisch-griechischen Heerführer Alexander (heute genannt ‚der Große‘) bei seinem Raubzug in die Hände. Der Tod raffte ihn mit 33 Lebens-Jahren in Babylon dahin. Unter den Diadochen, den Generälen Alexanders und ihren Erbfolgekriegen, begann die Epoche und die Herrschaft des „Hellenismus“ im Orient – trotz alledem mit begrenzter Zeit- und Wirkungsdauer. Doch wie der Prophet der ununterbrochenen Bewegung, der Philosoph Hegel sagen könnte: Siehe, die Schuhe derer, die dich hinausgeleiten werden, stehen schon vor der Tür. - Hier also scharfte Rom mit den Füßen als das aufstrebende neue Imperium, eines unter anderen.

Bleibe eine letzte Bemerkung von mir in diesem kleinen Aufsatz: Die hier angedeuteten imperialistischen **Kriege der alten Griechen und Römer auf dem Territorium Vorderasiens** zeigen uns was? Hier trafen ja nicht nur antike Militärtechnologie und Heeresverfassung auf die „Heerscharen des Orients“, sondern hier prallten im Weiteren auch „Antike Produktionsweisen“ und Altorientalische Gegebenheiten in Ökonomie und Gesellschaft aufeinander. Die Frage für mich lautet: was kam dabei heraus? Auch Marxisten sind dazu (erneut) analytisch gefragt.

V. Quellenangabe und Anmerkungen

- 1) Passage A. Schröder, in: AzD, Nr. 96, Mai 2023, S.20
- 2) Harald Meller / Kai Michel / Carel van Schaik: Die Evolution der Gewalt. Warum wir Frieden wollen, aber Kriege führen. Eine Menschheitsgeschichte. München: dtv, 2024. / Harald Meller u. Michael Schefzik (Hrsg.): Krieg. Eine Archäologische Spurensuche. Begleitband zur Sonderausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle (Saale). Halle (Saale): Theiss, 2015. // - Anmerkung: Autoren wie H. Meller et. al. vertreten eine evolutionäre, faktenbasierte Geschichtsschreibung; Marxisten unterscheiden sich in einer Reihe von Fragen beim Thema weltanschaulich und methodisch von ihnen. Das wird deutlich, wenn man ältere Arbeiten marxistischer Couleur zum Vergleich heranzieht. So: Walter Hollitscher: Aggression im Menschenbild. Marx, Freud, Lorenz. Frankfurt/Main: Verl. Marxistische Blätter GmbH, 1970. - Siehe auch vom gleichen Autor die sechsbändige Taschenbuchausgabe „Natur und Mensch im Weltbild der Wissenschaft“, die in den 80er Jahren sowohl in der DDR wie in der BRD verlegt wurden. / - Was beide hier vorgestellten Wissenschafts-Strömungen verbindet, ist die Abscheu dem Krieg gegenüber. Aufmerksamkeit unsererseits wäre angebracht, ohne die Differenzen zu verwischen.
- 3) Studien wie die von Meller et. al. kommen für manche Kreise heute zu Unzeiten, wo man doch lieber von Kriegstüchtigkeit denn von Friedentüchtigkeit und Verhandlungen reden möchte. - Eine subtil vorgetragene Gegenposition zu Meller et al. (ohne diese Autoren zu benennen) findet sich in einen Artikel der „Zeit“: Urs Willmann: Als der Krieg in die Welt kam. Ist Gewalt angeboren oder erlernt? Und wann begann das organisierte Töten? in: Die Zeit, Nr. 50, 28. Nov. 2024, S.31
- 4) Zitat aus: W. I. Lenin: Über den Staat. Vorlesung an der Swerdlow-Universität, 11. Juli 1919. / Textabschnitt von mir zitiert nach: W.I. Lenin. Marx-Engels-Marxismus. Grundsätzliches aus Schriften und Reden. Berlin: Dietz Verl, 7. Aufl., 1971. S.467
- 5) Ein Aspekt der aktuellen Diskussion, Uwe Ebbinghaus: Die steinernen Rätsel der ersten Monumentalbauten. In der Südosttürkei nahe der syrischen Grenze werden seit Jahren faszinierende Ruinen aus der Jungsteinzeit ausgegraben. Ein Ausflug zur Baukunst der letzten Jäger und Sammler. in: FAZ, 13. Dez. 2024, S.13
- 6) Ich stütze mich hier auf die Arbeiten: H. Klengel: Einige Erwägungen zur Staatsentstehung in Mesopotamien. in: J. Herrmann u. I. Sellnow (Hrsg.): Beiträge zur Entstehung des Staates. Berlin: Akademie-Verlag, 1973, S. 36 - 55. / H. Klengel: Städte, Staaten, Großreiche - Mesopotamien und Kleinasien (bis 539 v. Chr.). (1997) in: Frühe Hochkulturen. Stuttgart: Theiss, 2003. S.124 - 225. / Eine aktualisierte Faktenübersicht (aus nichtmarxistischer Feder) zur „frühdynastischen Periode“ siehe: Gebhard J. Selz: Sumerer und Akkader. Geschichte, Gesellschaft, Kultur. München: C. H. Beck, 4. aktual. Aufl., 2022. // - Anmerkung: Horst Klengel (1933 - 2019) gehörte zu den innovativsten marxistisch denkenden Althistorikern im Bereich Alter Orient; er hat sowohl in der DDR wie nach der Wiedervereinigung in Westdeutschland akademisch gearbeitet und publiziert.
- 7) W. I. Lenin, zitiert nach: Horst Dieter / Rigobert Günther: Römische Geschichte bis 476. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1990, 3. Aufl., S.6

Diskussion zu „Der deutsche Rassenstaat“ (VSA 2025)

Brief an Heiner Karuscheit (Wilhelm Langthaler)

1) Auch aus anderen Schriften von Dir kenne ich deinen rigorosen Umgang mit verkrusteten (marxistischen) Kategorien. Diese müssen überprüft, seziert und neu zusammengesetzt werden und damit wieder Konkretion zurückzugewinnen. Diesen methodischen Ansatz schätze ich.

2) Deine Grundthese, dass 1918 die demokratische Revolution als Movens im Vordergrund stand, überzeugt. Genauso wie die Kritik an KPD und Vorläufern, das nicht begriffen und damit eine historische Chance verspielt zu haben.

3) Was weniger explizit drinnen ist und vielleicht nur eine Unterstellung aber doch anklingt, ist die starke Abtrennung der demokratischen von den sozialistischen Aufgaben. Mir schwebt da das russische Beispiel vor, dass eine praktisch rein demokratische Revolution von den Klassenkräften her schnell mit der Notwendigkeit des Übergangs zur Herrschaft des Proletariats hin zum Sozialismus konfrontiert wird, trotz des enormen demographischen Übergewichts der Bauernschaft. Noch viel stärker und schneller wäre man in der Weimarer Republik mit der Erledigung der demokratischen Revolution an diese Frage gestoßen. Selbst in Griechenland 2015 wäre es so gewesen, wenn die Regierung den Mut gefasst hätte, sich mit der EU anzulegen.

Durch den Sieg in Russland lag der Übergang zum Sozialismus bei Freund und Feind in der Luft. Und sei es nur als abstrakte Vorstellung.

4) Das ist in dem Buch nicht so drinnen, aber mir ist es anderswo aufgefallen: die "rechte" Linie des Kremls gegenüber Deutschland nach dem 2. Weltkrieg ist überzeugend, aber bei dir scheint mir das manchmal eine Generallinie zu sein. Für Griechenland, Jugoslawien aber auch Italien bin ich für die "linke" Linie, die aber nicht gleichbedeutend damit ist, die demokratischen Aufgaben geringzuschätzen. Die rechte Linie hat historisch einmalige revolutionäre Chancen verspielt. Aber das nur so nebenher. Wichtig, das ist je nach Land zu bestimmen.

5) Was mir abgeht, ist die Behandlung der für mich doch plausiblen These, dass eine der spezifischen Eigenheiten des Nationalsozialismus und Faschismus die Bereitschaft zur Massengewalt außerhalb der traditionellen Repressionsapparate ist, also die Charakterisierung als Bürgerkriegsarmee. Das behandelst du gar nicht.

6) Du betonst die Eigenständigkeit des Phänomens Nationalsozialismus. Gut. Und das konstitutive Moment des Rassismus mehr als des Nationalismus. Auch wenn ich da keinen unmittelbaren Einwand habe, muss man aufpassen, dass diese Eigenständigkeit nicht zu weit geht. So politisch entmachtete die Bourgeoisie war, so hat sie das in Ermangelung von Alternativen akzeptiert. Darum scheint mir der Begriff des "Rassenstaates" zu weit zu gehen, insbesondere wenn wir unser gegenwärtiges gesellschaftliches Umfeld sehen, das die Machtstruktur des Nationalsozialismus und die Verantwortung der Eliten verschleiern will.

Willi Langthaler, Wien, 15. März 2025

Besprechung von Heiner Karuscheit: Der deutsche Rassenstaat (G.T.)

Dies ist, im Wortsinn der AzD, eine solidarische Kritik an dem letzten Buch von Heiner Karuscheit „Der deutsche Rassenstaat“.

Es ist nicht in meinem Sinn, das Buch oder gar den Autor zu verunglimpfen. Es sei nochmals hervorgehoben, dies ist die beste Schrift zu der Thematik, die bislang im deutschsprachigen Raum erschienen ist, gerade weil es eben im Sinn der AzD Kritik möglich macht und nicht Schwachstellen hinter einem Anmerkungsapparat oder einer „Wissenschaftlichkeit“ versteckt.

Es handelt sich hier sowohl um Kritikpunkte als auch um Anmerkungen, aber auch um ernst gemeinte Fragen, die ich im Zuge der Veröffentlichung natürlich ebenso an den verständigen Leser richte.

Ich richte mich mit den Zitaten nach dem Manuskript: „NS Gesamt“, welches mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde.

1. „...außenpolitisches Hauptziel zu verwirklichen, die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten“ (S 3)

Und damit ein Programm formulieren konnte, dem sich Junker als auch Montan- und die neuen Industrien anschließen konnten, da dieses Programm immer ein Kriegsprogramm war, von dem sich alle drei rivalisierenden Gruppen Gewinn und Machtzuwachs versprachen.

2. „...industriell entwickeltsten Land Europas,“ (S 3)

Fraglos hat sich Deutschland im Zuge der bismarckschen Reichseinigung zu einer Industrienation entwickelt. Es aber als das industriell entwickeltste Land zu bezeichnen geht doch etwas über die realen Verhältnisse hinaus. Große Teile der Nationalökonomie waren noch bis weit in die 1920 Jahre agrarisch geprägt und auch dort nicht als Agrarindustrie.

Auf der anderen Seite gab es zwar seit dem 19. Jahrhundert eine sehr fortschrittliche Montan- und im weiteren Verlauf der Geschichte eine sehr innovative Chemie- und Elektroindustrie, aber bis weit in die 1920er hinein war die durchschnittliche deutsche pro-Kopf-Produktivität der beinahe aller anderen Industriestaaten weit unterlegen.

3. „Doch wie lässt sich die rassistisch begründete, millionenfache Tötung von Arbeitskräften durch den NS-Staat mit dem Marxschen „Kapital“ vereinbaren, dem zufolge die Vernutzung lebendiger Arbeit das Lebenselixier des Kapitals ist?“ (S 4)

Es lässt sich aus diesem natürlich nicht direkt ableiten, da es sich dort um eine politische Aktion handelt, die in dem Fall, nicht einmal eine direkte Reaktion auf politische Bedürfnisse ist, sondern präventiv, sich aus der Notwendigkeit eines zu führenden Krieges ableitet.

Die Herstellung von Kriegstüchtigkeit ist eine politische Aufgabe, wie eben auch der Krieg selbst eine politische Lösung ökonomisch bedingter gesellschaftlicher Probleme darstellt. Ökonomisch bedingt insofern, dass natürlich hinter den jeweils wirkenden

Klassenkräften ökonomische Konstellationen sich verbergen.

Kriegstüchtigkeit wiederum bedingt die unbedingte Verlässlichkeit (Staatstreue) der gesellschaftlichen Massen. Fünf Millionen Juden, aber auch Sinti und Roma, die vergleichbar heutiger arabischer Kommunitäten, zum Beispiel eine eigene Gerichtsbarkeit etabliert hatten, sind für eine wirkliche Kriegstüchtigkeit verheerend.

4. „...sondern kann auch nicht erklären, warum hochentwickelte kapitalistische Länder wie die USA, Frankreich oder Großbritannien bis heute nicht dem Faschismus anheimgefallen sind.“ (S 4)

Hier wäre zu problematisieren, ob überhaupt eine allgemeine Regierungsform existiert, die sich als Faschismus abstrahieren lässt.

Welche Gemeinsamkeiten hat der deutsche mit dem italienischen, dem griechischen, dem chilenischen, dem spanischen, dem argentinischen usw. Faschismus? Oder wenn man Thalheimer heranzieht, hat dann nicht zumindest auch Frankreich seinen „Faschismus“ erlebt?

Als historischer Materialist andererseits ist man natürlich auch mit der Notwendigkeit konfrontiert, nicht nur die jeweils aktuellen Klassenverhältnisse miteinander zu vergleichen, sondern die historisch, ökonomischen Bedingungen zu analysieren, die diese Klassenverhältnisse stützen bzw. sie hervorgebracht haben. Dass die Definition der Komintern wenig weiterhilft, ist denke ich Konsens. Damit fehlt allerdings weiterhin eine tragfähige Definition, wenn überhaupt Faschismus als eine besondere Regierungsform konstatiert werden soll.

Die Unterscheidung zwischen Faschismus als Bewegung bzw. als Regierungsform schafft dabei, meines Erachtens, eher Verwirrung. Selbstverständlich ist jede Regierungsform vor ihrer jeweiligen Durchsetzung immer von ihrer Konstituierung unterschieden.

5. „...begriff die deutsche Sozialdemokratie den Marxismus nicht als Theorie von Klassen und ihren Kämpfen, sondern als ökonomische Theorie.“ (S 9)

Dies völlig korrekt und wird von mir geteilt, ist aber etwas verkürzt; richtiger wäre es davon zu sprechen, dass die SPD über keinen marxistischen Klassenbegriff verfügte und deshalb der blinden ökonomischen Bewegung einen Automatismus unterstellte.

Ersteres allerdings lässt sich nicht davon trennen, dass die real existierende Arbeiterklasse im deutschen Reich sich noch zu großen Teilen in einem sehr frühem Entwicklungsstadium befand. Weitgehend war man vor allem noch zunftmäßigen Verhältnissen verhaftet. Man war nicht primär Arbeiter, sondern etwa Sattler oder Dachdecker.

6. „Im Kommunistischen Manifest hatten Marx und Engels 1847 das baldige Verschwinden der kleinen Warenproduzenten, sprich der Hauptmasse der alten Gesellschaft, durch den Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise vorhergesagt.“ (S 10)

Was allerdings in diesem Zusammenhang „bald“ bedeutet, ist umstritten. Dass seinerzeit ob der revolutionären Stimmung einige Entwicklungsbedingungen außer Acht gelassen wurden, kann sicher kritisiert werden, doch dass diese damals noch sehr junge Bewegung noch wenig Verständnis für die Zeiträume hatte, in denen sich gesellschaftliche Umwälzungen vollziehen, kann ihr kaum vorgeworfen werden, wenn man bedenkt, wie noch heute von vielen „Linken“ mit derartigen Zeiträumen umgegangen wird. Wie oft schon stand der Untergang des Kapitalismus auf der aktuellen Tagesordnung.

Diskussion zu „Der deutsche Rassenstaat“

7. *„Ihre Anhänger wiesen die Ziele und Werte der bürgerlichen Revolution als ‚undeutsch‘ zurück und strebten einen artreinen deutschen ‚Rassestaat‘ an.“ (S 11)*

Derartige krude Theorien, die in der Regel dazu dienten, gemeinsame Interessen zu suggerieren, wo diese real nicht, oder unterschiedliche, wo die gemeinsamen vorhanden sind, finden sich in verschiedensten Bewegungen der Neuzeit, nicht nur bei Deutschen und Juden, sondern auch in der nordamerikanischen Geschichte, um etwa die Ausrottung der indianischen Bevölkerung oder die Versklavung schwarzer Bevölkerungsteile zu legitimieren. Aber auch etwa bei der Konstituierung des Staates Griechenland wurden durch die Briten Theorien in die Welt gesetzt, die suggerieren sollten, dass die peloponnesische Bevölkerung sich auf die antiken Griechen zurückführen ließe.

Interessant wäre hier herauszuarbeiten, ob und wie bewusst derartiges von welchen gesellschaftlichen Kräften benutzt wird, um ihre oftmals wesentlich greifbareren politischen und auch ökonomischen Interessen zu verschleiern und durchzusetzen.

Dass derartige Arbeiten heute größtenteils von „Thinktanks“, „sozialen Netzwerken“ oder „NGOs“ übernommen werden, hat sich, denke ich spätestens mit dem „arabischen Frühling“ herumgesprochen.

Ob und wie weit dies, zu damaligen Zeiten, von der „Wissenschaft“ und dem akademischen Betrieb geleistet wurde, ist ein noch immer zu wenig bearbeiteter Umstand.

8. *„Drei Jahre später (1914) trieben Militäradel und Bourgeoisie Bethmann Hollweg gemeinsam in einen Krieg, und dem doppelten Druck konnte der zögerliche Reichskanzler nicht standhalten.“ (S 15-16)*

Hier findet sich die Blaupause für die dann ab Mitte der zwanziger einsetzende Bewegung, um Junker und Bourgeois noch ein letztes Mal zu einigen. Wobei im Folgenden meines Erachtens zu wenig Wert auf den Umstand gelegt wird, dass sich der Krieg für die deutsche Montan- als auch die aufstrebende Großindustrie als ein Hebel der Profitmaximierung darstellte.

9. *„Neu gegenüber 1848/49 war die Forderung nach Sozialisierung der Schwerindustrie, die der industriellen Entwicklung entsprach. Sie hätte den Ansatzpunkt für einen späteren Übergang zum Sozialismus für die im Besitz der Staatsgewalt befindliche Arbeitermacht bilden können.“ (S 19)*

Letzteres erscheint mir allerdings als eine in der „Linken“ weit verbreitete Illusion, die weder das unterentwickelte Klassenbewusstsein noch die seiner Zeit ökonomische Unreife der deutschen Verhältnisse berücksichtigt.

Vielleicht hätte es ja zu so etwas führen können wie dem umgangssprachlichen Sozialismus, oder etwas, das später dann reales Dingsbums genannt wurde, aber nie zu etwas, was der Diktatur des Proletariats, wie sie Marx in der Kritik des Erfurter Programms skizziert hat, auch nur ähnlich werden könnte.

10. *„Während sich Junkertum und Montanbourgeoisie daran machten, den Weimarer Parlamentarismus wieder zu beseitigen und ihre vorherige Machtstellung zurückzuerobern, war es insbesondere das Kleinbürgertum, das nach der Kriegsniederlage, dem Untergang des Kaiserreichs und dem Fehlschlag eines gesellschaftlichen Neuanfangs nach einer neuen Perspektive suchte und diese schließlich im Nationalsozialismus fand.“ (S 25)*

Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass das Programm der NSDAP mehr oder

minder bewusst mit „Krieg um Lebensraum“ (und Rohstoffen) ein Angebot sowohl für die Junker als auch die verschiedenen Kapitale beinhaltete.

11. *„Besondere Resonanz fand das völkische Ideengut in den Freikorps, die im Auftrag der SPD-geführten Regierung von Offizieren des alten Heeres aufgestellt worden waren. Ein Großteil der Freikorps war vom Hass gegen die „Vaterlandsverräter“ beseelt.“ (S 29)*

Dazu fehlen nicht nur für die jüngeren Leser, sondern auch mir weitere Ausführungen. Welcher Beelzebub reitet eine SPD, derartige Vereine ins Leben zu rufen und sie dann noch, als schon erkennbar ist, welche ideologische Ausrichtung sie haben, zu unterstützen?

12. *„Außerdem sprach es sich gegen „Söldnertruppen“ aus, d.h. gegen das aus Berufssoldaten bestehende 100.000-Mann-Heer der Weimarer Republik, und forderte den Aufbau eines Volksheers.“ (S 29)*

Umgekehrt hier, auch dies bedarf einiger Erläuterung, warum sind es ausgerechnet Kleinbürger, die eine originäre Forderung der Arbeiterklasse formulieren und nicht die beiden „Arbeiterparteien“ SPD und KPD?

13. *„So ließ er nach der Machtübernahme auch den Bau eines preiswerten „Volkswagens“ vorantreiben, der für die breite Masse erschwinglich sein sollte.“ (S.42)*

Dass es angesichts der US-Autoproduktion, der großen britischen und französischen PKW-Produktion und, verbunden damit, der aufstrebenden deutschen Autoproduktion (z.B. Opel, wenn auch in amerikanischer Hand), unter Umständen vielleicht ökonomische Gründe gegeben haben könnte, eine deutsche PKW-Produktion zu installieren, sollte zumindest eine Überlegung wert sein.

Da zudem die größte folgende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – ausgerechnet der Straßenbau, der entgegen aller Gerüchte militärisch unerheblich war, von den Nazis initiiert wurde, weist vielleicht darauf hin, dass diesen ein Wirtschaftsmodell vorschwebte, welches nicht mehr die Montanindustrie als Zentrum kapitalistischer Ökonomie sah.

14. *„Mit genügend Landfläche und Rohstoffen erfüllte der Osten alle Anforderungen des künftigen Lebensraums.“ (S 44)*

Hier endlich der wesentliche Grund des Überfalls auf die SU. Nicht zufällig der, der auch heute noch das Herz des deutschen Bürgertums höher schlagen lässt.

Eine kapitalistische Nationalökonomie ohne den ungehinderten Zugriff auf wesentliche Rohstoffe aufzubauen, ist ein abenteuerliches Unterfangen. Es ist zwar, wie Japan und Deutschland nach dem Kriege bewiesen haben, nicht gänzlich zum Scheitern verurteilt, bedingt aber doch Abstriche an der Souveränität, die linke Sozialdemokraten bis heute umtreibt, aber auch von den Grünen genutzt wird, um ihre wirtschaftlich nicht tragfähige Ausstiegssagenda wenigstens politisch zu begründen.

Ein wesentlicher Rohstoff kapitalistischer Produktion war seinerzeit Öl, etwas, über das die meisten wichtigen kapitalistischen Nationen NL, GB, FR, USA und selbst Italien verfügten, nur eben Deutschland und Japan nicht. Den anderen kapitalistischen Nationen die Verfügung über diesen Stoff streitig zu machen war illusionär. Rommels Afrika-Feldzug galt auch seinerzeit in deutschen Militärkreisen eher als Abenteuer. Einzig die russischen Vorkommen schienen für Deutschland erreichbar. Was dann aber den

Diskussion zu „Der deutsche Rassenstaat“

damaligen Krieg um „Lebensraum“ sehr nahe an die aktuelle Osterweiterung heranrückt.

15. *„Besiedelung Nordamerikas durch europäische Siedler, denn auch dies sei nur durch die Ausrottung der Indianer möglich gewesen“ (S 44)*

Ebenso die „Besiedelung“ Australiens, Südafrikas, Neuseelands etc. Ein durchaus übliches Vorgehen der damals aufstrebenden kapitalistischen Nationen, dessen Selbstverständlichkeit heute leider etwas in Vergessenheit gerät. Die Deutschen haben, als Verspätete, dies nur auf die Spitze getrieben. Trotzdem gilt noch heute hier in vielen Kreisen der Slave, der Russe, als Untermensch, wie in den USA der Schwarze.

Dies hätte etwas mehr behandelt werden können, um vielleicht dem Märchen der Einzigartigkeit des deutschen Vernichtungskrieges etwas entgegen zu setzen und damit, unter Umständen, in die Diskussion etwas Rationalität hinein zu bekommen. Keine der großen kapitalistischen Nationen, bis auf Russland und China, hat seine Nationalökonomie ohne die massenhafte Vernichtung „fremder“ Völker aufgebaut.

16. *„Russland selber schätzte er als schwach ein, da es von jüdisch-bolschewistischen Kräften übernommen worden war: „Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch.“ (S 45)*

Nicht nur er, sondern alle führenden Politiker der großen kapitalistischen Nationen teilten diese Einschätzung, weshalb eben von keinem der reale Kriegsausgang vorhergesehen wurde.

Diese Fehleinschätzung durchzieht die westliche Geschichte von Napoleon bis heute. Sie beruht auf einem Unverständnis russischer Gesellschaftlichkeit und Geschichte und einer westlichen Überheblichkeit, gegen die bis heute kein Kraut gewachsen zu sein scheint.

17. *„...er besaß auch einen scharfen politischen Verstand, der ihn dazu befähigte, auf Basis einer Einschätzung der Republik von Weimar und der maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte eine politische Programmatik zu entwickeln, die eine Antwort auf die Krise von Staat und Gesellschaft gab und die Nationalsozialisten binnen weniger Jahre zu einer gewaltigen Massenbewegung werden ließ.“ (S 46)*

Wesentlicher dabei allerdings, dass die NSDAP, mit ihrem Programm eines Krieges für Lebensraum und Rohstoffe sowohl die alten als auch die jungen aufstrebenden, deutschen Großkapitale hinter sich vereinigen konnte. Allein mit der Unterstützung der Junker und der „Volksmassen“, die eine Bodenpolitik befürworteten, hätte auch schon damals eine Partei diesen derartigen Siegeszug nicht vollbringen können.

Ob dies einem „scharfen politischen Verstand“ geschuldet war oder eher einer Kleingangstermentalität, wie sie ihm von Brecht in Arturo Ui unterstellt wird, ist dabei durchaus diskussionswürdig.

18. *„Das bedeutete, die Schwerindustrie für den Nationalsozialismus zu gewinnen oder, wenn das nicht möglich war, zumindest ein Verhältnis wohlwollender Neutralität herzustellen.“ (S 54)*

Der Begriff Schwerindustrie ist in diesem Zusammenhang etwas unklar. In Deutschland gibt es um diese Zeit die alte Stahl- und Kohle-Industrie und eine weitgefächerte aufstrebende Industrie aus Chemie, Elektronik, Optik und Maschinenbau. Letztere befindet sich zum einen in Konkurrenz zu den alten Industrien, teilt aber durchaus einige ihrer Interessen. Sie verspricht sich wie diese durch einen Krieg ein Wachstum ihrer Profite. Dies ist

erkennbar daran, dass spätestens ab Mitte der zwanziger Jahre, also weit vor den Volksmassen, weite Teile auch dieser, weiß Gott nicht reaktionären, Industrieführer, bis auf wenige Ausnahmen (Bosch, Rosenthal), der NSDAP sehr aufgeschlossen gegenüberstehen. Allerdings erst in den dreißiger Jahren rechnet ein Herr Abs vor, dass mit der Einnahme Moskaus sich die Kosten des Krieges amortisiert hätten. Eben diese Kapitalfraktion ist es, die, auch wenn Moskau nicht eingenommen wurde, als Gewinner aus diesem Krieg hervorging.

Letztere sind es auch, die nach 1945 unangefochten in der BRD ihre Aktivitäten weiter ausbauen. Vertreten durch die nun überkonfessionelle CDU wird dann auch, nach einer kurzen Anstandspause, die Ostexpansion als Kampf gegen die SU wieder zur Maßgabe der Politik. Etwas, was nur in abgewandelter Form „Wandel durch Handel“ nun auch von der SPD mitgetragen wird.

Ob dies eine Fortsetzung alter Politik oder rein zufällige Korrelation, mit an wesentlichen Stellen gleichem Personal, ist eine Frage die, so wie du argumentierst, leider offen bleibt.

19. *„Wie die Schaffung eines Einheitsstaats war auch die Beseitigung des Einflusses der Kirchen durch Trennung von Staat und Kirche eine Forderung der bürgerlichen Revolution gewesen. Jetzt ging wiederum der Nationalsozialismus an die Realisierung dieser Forderung.“ (S 60)*

Was auch so gedeutet werden könnte, dass die NSDAP nun endlich die bürgerliche Revolution vollendete. Etwas, was implizit den gesamten Text durchzieht, leider ohne dass es je offen benannt wird. Schade!

20. *„Durch die Auflösung der bürgerlichen Parteien verfügte sie nun auch über keine politische Repräsentanz mehr, um in organisierter Form auf die Staatsgeschäfte Einfluss zu nehmen. Das heißt, in ihrer Gestalt als Inhaberin des Kapitals war sie zwar wirtschaftlich, aber nicht politisch formiert – sie war eine Klasse an sich, aber nicht für sich.“ (S 68)*

Wenn also das „Kapital“ nicht qua personem im Staatsapparat vertreten ist, verfügt es über keine politische Macht?

Die Politik der NSDAP hat, nicht zufällig, zu einem Aufschwung der deutschen Industrie geführt. Zwar hat die deutsche Industrie nach dem verlorenen Krieg erfolgreich das Gerücht in die Welt gesetzt, ihr sei an diesem nicht gelegen oder sie sei gar ein Gegner dieser Kriegspolitik gewesen, doch ist dies glaubhaft?

Auch heutige Politiker entstammen, in überwältigender Mehrheit, dem Kleinbürgertum und nur die wenigsten steigen ins Bürgertum auf, ist dies ein Indiz dafür, dass das Bürgertum nicht die Politik bestimmt?

Es sind nicht umsonst vor allem Juristen, der Berufsstand des Vertreters (Rechtsvertreter), die sich in bundesdeutschen Parlamenten tummeln. Es würde doch eher seltsam anmuten, wenn Personen wie Nathalie von Siemens oder Anton Piëch im Kabinett ihre unterschiedlichen Positionen diskutierten.

Eben die Klasse, die zwar auch im Parlament, aber vor allem im machtpolitisch relevanteren Militär verankert war, war die Feudalaristokratie. Eben dies hat sie allerdings nicht vor dem Untergang gerettet.

Könnte angesichts dessen nicht umgekehrt argumentiert werden, die NSDAP verheizt die Feudalaristokratie in einem Krieg, der nur vordergründig um deren Interessen geführt

Diskussion zu „Der deutsche Rassenstaat“

wird, während sich das Bürgertum schadlos hält, und somit die kleinbürgerliche NSDAP die Politik des aufstrebenden Bürgertums vollstreckt, welches nach dem verlorenen Krieg nun die ungeteilte Macht übernimmt?

21. *„Die unproduktive, weit überproportionale Verausgabung gesellschaftlicher Mittel für Rüstungsgüter musste den Kreislauf des Kapitals je länger desto gravierender deformieren. Allein aus ökonomischen Gründen war deshalb der Übergang zu einem Krieg unausweichlich, um dem sonst drohenden Kollaps zu entgehen.“* (S 71)

Hier sei die Frage gestattet, ob nicht Rüstung und in Folge davon Krieg ein integraler Bestandteil kapitalistischer Reproduktion sind?

Rüstungsproduktion, als unproduktive Verausgabung gesellschaftlicher Mittel, ist ein durch die Friedensbewegung propagierter Unsinn. Ein schlagkräftiges Militär ist im Sinne nationalstaatlicher Konkurrenz notwendiger Bestandteil kapitalistischer Nationalökonomie. Ohne die Fähigkeit, staatliche Interessen mit Gewalt oder der Drohung mit selbiger durchzusetzen, ist jede kapitalistische Nationalökonomie zum Scheitern verurteilt.

Dass Rüstung und in der Konsequenz Krieg eine Form der Kapitalvernichtung darstellt, steht außer Frage. Diese ist allerdings, wie auch Marx an verschiedenen Stellen ausführt, eine notwendige Erscheinung kapitalistischer Reproduktion.

In dem hier beschriebenen Zusammenhang ist allerdings schon programmatisch, durch die „Lebensraum“-Forderung, eine krieglerische Auseinandersetzung explizit geplant. Jedem, sowohl den Bevölkerungsmassen, als auch dem Adel oder dem Bürgertum war bewusst, dass diese einen Krieg impliziert.

Das nach dem verlorenen Krieg das Gerücht verbreitet wurde keinem wäre dies bewusst gewesen, ist doch zumindest für unsere Generation, die noch mit Zeitzeugen sprechen konnten, als Lüge bekannt.

22. *„Dabei ging Hitler im Verhältnis zu den umgebenden Staaten mit einer beispiellosen Flexibilität vor und spielte sie gegeneinander aus, um eine Mächtekonstellation herzustellen, die einen Krieg gegen die Sowjetunion so risikoarm wie möglich machen würde.“* (S 73)

Die bekannte Gegenthese lautet, die führenden kapitalistischen Staaten hätten alles dafür getan, Deutschland in einen Krieg gegen die SU zu hetzen in der Hoffnung, dass beide sich dabei zerfleischen, oder zumindest die SU dies nicht überlebt. Sollte darauf in diesem Zusammenhang nicht zumindest kurz eingegangen werden?

23. *„Damit war das (japanische) Kaiserreich angesichts seiner totalen Abhängigkeit von den Ölimporten faktisch vor die Alternative einer politischen Kapitulation vor Amerika oder aber eines gewaltsamen Griffs nach den Rohstoffen in Südostasien gestellt, d. h. eines Angriffskrieges gegen die USA und ihre Verbündeten.“* (S 86)

Auf welche seinerzeit nennenswerten ölproduzierenden Länder konnte Japan durch militärische Auseinandersetzung die Hoffnung haben, zuzugreifen?

Im Indopazifischen Raum waren seinerzeit nur die Niederländer und die Briten mit recht bescheidenen Explorationsquellen tätig. Wahrscheinlicher ist, dass Japan der geostrategischen Ausweitung der USA im Indopazifik etwas entgegensetzen wollte. Zudem bot sich natürlich dieser Schlag gegen die US-Flotte regelrecht an. Wie auf einem Silbertablett hatte die NAVY den Japanern einen nicht unmaßgeblichen Teil ihrer Pazifikflotte

vor der Haustür, erreichbar durch die japanische Luftwaffe, kredenz. Welcher Militär kann da nein sagen.

24. *„Diesen Sätzen zufolge war der Faschismus-Nationalsozialismus also ein Niedergangsprodukt des verfallenden Kapitalismus; er war die letzte Karte der Bourgeoisie, dazu gedacht, der Revolution zu entgehen, die jedoch allen Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz immer näher rückte.“ (S 98)*

Entgegen dieser Idee, die stark der seinerseits verbreitet idealistischen Herangehensweise verhaftet war, würde heute nicht nur der deutsche Faschismus, sondern auch der griechische, der spanische, der portugiesische, der chilenische, der argentinische usw. Faschismus als Geburtshelfer des bürgerlichen Staates eher einen Sinn ergeben. Dabei bliebe natürlich die Frage zu klären, welche vergleichbaren Regierungsformen in den ursprünglichen bürgerlichen Demokratien dessen Funktion übernommen haben könnten, oder meinethalben, warum in diesen kein derartiger Geburtshelfer notwendig war.

25. *„...außerdem waren die imperialistischen Großmächte Großbritannien und Frankreich nicht nur durch den Krieg geschwächt, sondern mussten ihre Kolonialreiche Schritt für Schritt vor dem Ansturm antiimperialistischer Befreiungsbewegungen aufgeben.“ (S 99)*

Aus ökonomistischer Sicht handelt es sich dabei eher endlich um die Herstellung des viel beschworenen freien Weltmarktes. Vor allem im Interesse des seinerzeitigen mit Abstand größten Warenproduzenten USA, für den sich anfänglich viele dieser „Befreiungsbewegungen“ funktionalisieren ließen.

Warum diese später zuweilen über das Ziel hinausschossen und damit auf Unterstützung der SU oder Chinas angewiesen waren, ist im Einzelfall zu klären.

26. *„Nur durch die Brille des Ökonomismus betrachtet, konnte man diese Bourgeoisie als „Kapital“ ihrer wirtschaftlichen Stärke wegen zur herrschenden Klasse machen.“ (S 102)*

Ohne unseren alten Streit wieder aufzuwärmen zu wollen, natürlich ist das Kapital keine Klasse und kann somit auch keine herrschende Klasse sein, Doch die, denen du hier Ökonomismus vorwirfst, sind für mich natürlich Idealisten reinsten Wassers, denen jedes tiefere Verständnis kapitalistischer Ökonomie, oder gar der Dialektik von Ökonomie und Staat, von Basis und Überbau völlig abgeht. Die eben in dem Sinn, wie du anmerkst, „die Geschichte aus dem Begriff ... konstruieren“.

Dass nichtsdestotrotz hier schon absehbar ist, dass die aufstrebende Bourgeoisie, ob ihrer wirtschaftlichen Stärke, eben zur politisch führenden Kraft in Deutschland wird, zeigt der weitere Verlauf der Geschichte.

27. *„August Thalheimer, neben Heinrich Brandler der führende Kopf der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO), verfocht eine andere Definition des Faschismus als (später) die Komintern, indem er sich auf die 1852 veröffentlichte Schrift von Karl Marx „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ berief.“ (S. 102)*

Dazu natürlich vom mir die Frage, inwieweit du es als zielführend einschätzt, auf der Grundlage des „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, eine allgemeine Theorie des Faschismus zu erarbeiten.

Sicherlich ist diese Schrift eher als Glosse verfasst und keine theoretische Abhandlung,

Diskussion zu „Der deutsche Rassenstaat“

außerdem wird dort das Phänomen als Einzellerscheinung betrachtet, dennoch scheint es mir eine Überlegung wert.

28. *„Die aus den Befreiungskriegen gegen Napoleon hervorgehende deutsche Nationalbewegung strebte die Vereinigung aller Deutschen in einem demokratischen Nationalstaat an. Sie machte keinen Unterschied zwischen den Angehörigen der Nation, gleich welcher Glaubensrichtung sie angehörten, ob sie nun Katholiken oder Juden, Protestanten oder Atheisten waren.“ (S 105)*

Hier zum einen auf meine Bemerkung 6. verwiesen; politische Richtungen als Bewegungen unterscheiden sich immer von der dann konstituierten. Speziell in Deutschland, galt es ja, eine kapitalistische Nationalökonomie erst einmal aufzubauen.

Deine Argumentation, oder die dahinterstehende Einschätzung, abstrahiert, meines Erachtens ungerechtfertigt, von den staatspolitischen Orientierungen auf die Ethnien, die in einem Staat beheimatet sind und damit nur vordergründig, konfessioneller Zugehörigkeit, innerhalb einer Nationalbevölkerung, für den bürgerlichen Nationalstaat.

Insbesondere im deutschen Reich war die Nationenbildung noch lange nicht abgeschlossen. Wenn Wilhelm II vor den ersten Weltkrieg verkündete, er kenne keine Klassen mehr, sondern nur noch Deutsche, war zumindest der zweite Halbsatz, von einem preußischen König formuliert, blanker Euphemismus. Der Mann wusste so gut wie seine Zuhörer, dass es sich um Bayern, Badener, Rheinländer, Westfalen, aber eben auch Juden, Polen usw. handelte, die sich weiß Gott mehrheitlich primär nicht als Deutsche definierten. Aber auch nach dem 1. Weltkrieg konnte in Deutschland noch nicht von einer nach innen durchgesetzten Nation gesprochen werden. Vor allem die aus dem polnischen Raum zugewanderte jüdische Bevölkerung war nur zu geringem Teil in heutigem Sinn assimiliert. Wenn eine große Volksgruppe innerhalb einer Nation existiert, die in weit stärkerem Maße als z. B. heutige arabische Gemeinschaften eine eigene Gerichtsbarkeit praktizieren oder zu einem nicht unmaßgeblichen Teil nicht einmal die deutsche Sprache nutzt, bedeutet dies im Kriegsfall ein kaum zu kalkulierendes Risiko.

Eben dieser Kriegsfall war aber für die NSDAP programmatisch geplant. Ähnlich verhielt es sich übrigens mit Sinti und Roma, die in diesem Zusammenhang oft unterschlagen werden.

Dass eben diese Problematik, aufgrund der ökonomisch notwendigen Einwanderungspolitik, auch heute wieder ein Problem darstellt, zeigt sich überdeutlich in der momentanen Debatte zu einer deutschen „Kriegstüchtigkeit“, die nicht zufällig zeitgleich mit einer Migrationsdebatte geführt wird.

Viele heute hier lebende Menschen, die häufig ethnisch Syrer, Türken, Pakistaner usw. sind, sind diesem Staat glücklicherweise nicht so weit verbunden, dass sie für diesen in einem Krieg ihr Leben riskieren würden.

Auch der faschistische Putsch in der Ukraine war darauf angewiesen, die ethnischen Russen zu eliminieren, ehe er in einen Krieg gegen Russland eintritt, was glücklicherweise vereitelt werden konnte.

Insbesondere den USA ist im Vietnamkrieg dieser Umstand dermaßen auf die Füße gefallen, dass sie sich seit dem, bezüglich des Einsatzes von Bodentruppen, in ihren diversen Kriegen doch sehr zurückhalten.

29. *„Die im August 1789 von der französischen Nationalversammlung verabschiedete*

„Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ verkündete diese Freiheit und Gleichheit als allgemeingültiges Gesetz.“ (S 106)

Auch dieses „allgemeingültige Gesetz“ erfuhr natürlich in der Praxis überall seine Einschränkungen. Weder in den USA galt dies für alle Menschen, noch für spanisch oder portugiesisch Amerika, oder die französische Karibik. Geschweige denn in Afrika oder Indonesien. Insofern ist der deutsche Umgang nur in der heutigen Propaganda ein Zivilisationsbruch.

30. *„Die „Singularität“ dieses Staates resultierte nicht erst aus dem industrialisierten Massenmord an den europäischen Juden, sie wurzelte in seinem Wesen als Rassenstaat“ (S 107)*

Die vielbeschworene „Singularität“ dieses Staates scheint mir, in nicht unerheblichem Maße, Propaganda. Bei dieser wird offensichtlich versucht zu verschleiern, was von anderen „zivilisierten“ Staaten in Afrika, Indien, China oder auf dem amerikanischen Doppelkontinent veranstaltet wurde.

31. *„Zugleich setzten die USA auf dem Boden des Parlamentarismus einen Flügel der Bourgeoisie aus der Zentrumsparterie an die Regierung, der bis dato nur eine Nebenrolle gespielt hatte.“ (S 108)*

Richtiger: Eine Bourgeoisie, die bis dato, oder auch bis 33, politisch nur eine Nebenrolle gespielt hatte. Die aber schon und gerade unter dem Nationalsozialismus ökonomisch immer größeres Gewicht gewonnen hatte. Insofern sei die Frage erlaubt, inwieweit die NSDAP nicht auch ein Geburtshelfer der bundesrepublikanischen Industriestruktur gewesen ist.

Ob dieses politische Gewicht einzig auf die USA zurückzuführen ist, oder ob nicht dieser Flügel der Bourgeoisie politisch die Stellung einforderte, die ihm ob seines ökonomischen Gewichts zustand, ist zumindest ein Umstand, der in Betracht gezogen werden sollte.

32. *„Nicht nur verschwand die Klasse der junkerlichen Großgrundbesitzer,“ (S 108)*

Dies erscheint hier an dieser Stelle recht unvermittelt und lässt schon die Frage aufscheinen, wohin und vor allem warum sie verschwunden sind. Eine Klasse, die eben noch die herrschende Klasse war, mit der sich die NSDAP arrangieren musste um an die Macht zu kommen, ist 12 Jahre später plötzlich verschwunden und, was hier nicht einmal erwähnt wird, ihrer ökonomischen Basis beraubt.

Hatten die Nazis einen Anteil an dem Verschwinden? War dies einzig das Werk der roten Armee? Oder waren es gar die USA, die ja für so vieles verantwortlich sind? Was war da geschehen?

33. *„Für die Wiederkehr eines neuen, wie immer gearteten ‚Faschismus‘ fehlen sowohl sozial als auch historisch-politisch alle maßgeblichen Voraussetzungen.“ (S 108)*

Eine Einschätzung, die ich teile, aber, und dies bleibt bei dir leider im Dunkel, es fehlt die politökonomische Notwendigkeit eines erneuten Faschismus. Dies bleibt bei dir im Dunkel, weil bei dir selbiger eben keinen Bezug zur Ökonomie hat und er somit, wie auch in der bürgerlichen Propaganda, als rein politisches Phänomen und damit als Singularität erscheint.

G.T., Mai 2025

Rezensionen

Domenico Losurdo: **Der Kommunismus - Geschichte, Erbe und Zukunft**; PapyRossa-Verlag 2024, 258 S., 24 €

Domenico Losurdo (1941-2018) studierte Philosophie und Geschichte in Urbino/Italien und Tübingen/Deutschland; er lebte und arbeitete in der Provinz Pesaro und Urbino, verheiratet mit der deutschen Psychologin Erdmute Brielmayer (die viele seiner Bücher ins Deutsche übersetzte). Er war, gemeinsam mit Hans Heinz Holz, der Herausgeber der Zeitschrift 'Topos – Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie', Präsident der 'Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken', Mitglied der 'Kommunistischen Partei Italiens'. Er lehrte bis zu seiner Emeritierung an der Universität Urbino und veröffentlichte zahlreiche Bücher - z.B. über Kant, Fichte, Hegel, Nietzsche, Heidegger, Gramsci, Stalin sowie zeitgeschichtliche Themen.

Dieses posthum erschienene Losurdo-Buch bildet, laut dem italienischen Herausgeber und Losurdo-Schüler Giorgio Grimaldi, ein Diptychon, womit, wie Grimaldi in seiner Einleitung schreibt, "nun der Gesamtrahmen, der mit dem *Westlichen Marxismus* eröffnet wurde, vervollständigt" wird.

Der deutsche Titel ist irreführend, er suggeriert: hier werde eine neue kommunistische Theorie vorgelegt. Das ist überhaupt nicht der Fall, und entspricht gar nicht Losurdos Intention. Der von ihm selbst verfaßte Originaltitel lautet treffender: 'Die kommunistische Frage'.

Die kommunistische Frage

Ist der Kommunismus überhaupt ein erstrebenswertes Ziel? Losurdo sieht sich einige antikommunistische Argumente genauer an.

Der Kommunismus sei ein Totalitarismus, der, wie nachfolgend der Faschismus, jede liberal-demokratische Gesellschaft bedrohe. Abgesehen von der absurden Gleichung Kommunismus=Faschismus, die, wie Losurdo sagt, Kolonialismus und Antikolonialismus austauschbar machen (218), ist, wie er belegt, bereits der zaristische Polizeistaat ein Totalitarismus, was zu dem unerwarteten Ergebnis führt: man muß "nicht von der Oktoberrevolution ausgehen, sondern von dem durch sie gestürzten alten Regime." (42)

Der Kommunismus beruhe auf einer unrealistischen und zum Scheitern verurteilten Utopie. Losurdo weist darauf hin, dass in vergangenen Zeiten vieles als unveränderlicher Status Quo betrachtet wurde und oft jeder Gedanke an Veränderung als Utopie. So konnte sich etwa der amerikanische Präsident Thomas Jefferson, selber ein Eigentümer von Sklaven, eine Abschaffung der Sklaverei bestenfalls in ferner Zukunft vorstellen, aber "auf diese Maßnahme hätte die Deportation der ehemaligen Sklaven nach Afrika folgen müssen. Undenkbar war ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Schwarzen und Weißen. Es hätte sonst eine verwegene Missachtung der Natur und der natürlichen

Unterschiede bedeutet" (56f.) In diesen wie in anderen Fällen - und egal, ob die jeweilige Änderung, z.B. politische Rechte für Frauen oder was auch immer, als "fantastische Utopie" oder "abstoßende Dystopie" angesehen wird - verwandelte sich immer angeblich Unrealistisches zur gültigen Realität.

Der Kommunismus setze ebenso wie der Kapitalismus auf ein - ökologisch katastrophales - unbegrenztes ökonomisches Wachstum. Losurdo zitiert den französischen Soziologen Alain Caillé, der das 'Manifest der Kommunistischen Partei' umdichtete: "Ein Gespenst geht um in der Welt, das ihres nahen Endes" (76) - um die Welt zu retten, müssen Produktion und Konsum verringert werden (*Degrowth* / degrowth.info/de/degrowth-de) - und der 'Das konvivialistische Manifest' initiierte (con-vivere = zusammenleben / www.diekonvivialisten.de); kein Aufruf zum Klassenkampf, vielmehr eine populistische Moralpredigt. Losurdo entgegnet: Mit derartiger 'Postwachstumsökonomie' sei es unmöglich, Menschen aus bitterster Armut zu befreien (wie es z.B. China tat). Und verweist darauf, daß Marx in seiner 'Kritik des Gothaer Programms' den Zusammenhang Mensch-Natur gerade betont: "Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte ... als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft." (MEW 19, S. 15)

Liberalsozialismus und Kommunismus

Das Missverständnis des Liberalsozialismus liegt laut Losurdo darin begründet, daß er "glaubte, die angebliche Taubheit des Kommunismus für das Ideal der Freiheit auszugleichen, indem er eine Synthese zwischen Liberalismus und Sozialismus vorschlug und den ersten (apologetisch) mit der Sache der Freiheit identifizierte und den zweiten (reduktionistisch) mit der Sache der sozialen Gerechtigkeit." (116) Soziale Gerechtigkeit heißt Gleichheit, doch mit dem Versuch einer harmonischen Verbindung verschwinden die dialektischen Widersprüche, genauer gesagt: die Wahrnehmung derselben. Der bürgerliche Begriff der Freiheit, den in den Augen Losurdos Liberalismus wie Liberalsozialismus meinen, basiert auf Freiheitsberaubung anderer, im klassischen Sinne der Sklaven, der Knechte - wollen die Unterdrückten und Beraubten ebenfalls Freiheit, gibt es einen Konflikt der Freiheiten.

Jünger von Fourier und Saint Simon planten die Gründung sozialistischer Gemeinschaften in Algerien, auf jenem Land, das den Arabern in einem völkermörderischen Krieg (1830-1847) geraubt wurde; die französische Herrschaft wurde nicht infrage gestellt. Sie beabsichtigten also "von kolonialen Eroberungen zu profitieren, um sich von Proletariern zu Eigentümern zu entwickeln, aber zu Eigentümern, die das den Arabern entrissene Land kollektiv besitzen." (98) Losurdo bezeichnet das als "Herrenvolk-Sozialismus". Ein aktuelleres Beispiel sind die zionistischen Kibbuzim, mit denen Israel weiterhin Land in Palästina besiedelt - sozialistische Eigentumsformen in einer jüdischen Kolchose auf Ländereien, "die einem Kolonialvolk geraubt wurden, das dadurch zur Deportation oder Marginalisierung verurteilt wurde." (100)

Der sogenannte Liberalsozialismus ändert nicht die Herrschaftsverhältnisse, sondern arrangiert sich mit ihnen, Kommunisten dagegen erklären: "dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." ('Manifest der Kommunistischen Partei', MEW 4, S. 493) Kommunisten haben somit in

kolonialen Raub-Herrschaften Partei zu ergreifen für die Unterdrückten und Beraubten - heute z.B. sollen sie nicht die zionistisch-kolonialistische Siedlungspolitik Israels verteidigen, mit ihren liberalsozialistischen Kibbuzim, sondern die Sache der okkupierten Palästinenser.

Populismus

Zwar komme, schreibt Losurdo, der liberalen Tradition das Verdienst zu, Bedürfnisse und Wünsche unterdrückter Klassen zum Ausdruck gebracht zu haben, doch konnten sich deren Anhänger nicht immer von der Enge und den Grenzen befreien, wie sie Mangel und Elend zueigen ist, Bedingungen also, die privilegierten politischen Liberalen fremd sind. Zum daraus entstehenden Moralsystem des Populismus zitiert er eine Stelle aus 'Der Wohlstand der Nationen' von Adam Smith als Zeugnis:

"In jedem entwickelten Land, in jedem Staatswesen, in dem sich ein Standesunterschied einmal ausgeprägt hat, gab es zur gleichen Zeit stets zwei verschiedene Moralsysteme. Das eine mag man das nüchterne oder strenge, das andere das freie oder, so man will, das lockere System nennen. Das niedere Volk bewundert und verehrt durchweg den Glauben des ersten, während die sogenannten Leute von Rang die Lehren des zweiten schätzen und übernehmen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden gegensätzlichen Ordnungen oder Systemen scheint in dem Grad der Missbilligung zu liegen, mit der wir eigentlich die Untugenden des Leichtsinns brandmarken sollten, Verfehlungen, die gerne aus großem Wohlstand und aus einem Übermaß an Ausgelassenheit und Laune entstehen. Im freien oder lockeren Moralsystem werden Luxus, leichtsinnige und gar ausschweifende Fröhlichkeit, Vergnügungssucht, bis zu einem gewissen Grade Unmäßigkeit und Verletzung der Keuschheit, wenigstens bei einem der beiden Geschlechter, sofern alles nicht mit grober Unanständigkeit verbunden ist oder zu Falschheit oder Ungerechtigkeit führt, in der Regel recht nachsichtig behandelt, und man entschuldigt sie leichter Hand oder verzeiht sie gänzlich. Im strengen Moralsystem dagegen werden diese Übersteigerungen mit größter Abscheu und Unwillen verurteilt. Die Laster des Leichtsinns sind für das einfache Volk stets verderblich, und oft genügen schon Unbesonnenheit und Zerstreuung einer einzigen Woche, um einen armen Arbeiter auf immer zugrunde zu richten und ihn in eine solch verzweifelte Lage zu bringen, dass er ganz entsetzliche Verbrechen begeht. Die Klügeren und Vernünftigeren im gewöhnlichen Volk haben stets höchsten Abscheu und Widerwillen gegenüber solchen Ausschweifungen, weil sie einfach ihre Erfahrung lehrt, dass sie Leute ihres Standes unmittelbar ins Verderben stürzen. Demgegenüber werden Unregelmäßigkeit und Ausschweifung einen Mann der Oberschicht nicht immer ruinieren, selbst wenn sie jahrelang andauern, und die Leute besserer Herkunft sind daher durchaus geneigt, es für einen Vorzug ihres größeren Vermögens und für ein Vorrecht ihres Ranges zu halten, dass sie sich einen gewissen Grad an Ausschweifung ohne Vorwurf und Tadel erlauben können. Angehörigen ihres Standes gegenüber missbilligen sie daher solche Ausschweifungen kaum oder tadeln sie entweder nur leicht oder gar nicht." (Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen, 5. Buch, 1. Kapitel, 3. Abschnitt)

Losurdo merkt dazu an, dass in den untergeordneten Klassen das strenge Moralsystem dazu neigt, sich in ein Ideal zu verwandeln: "das Opfer und der Verzicht auf Luxusgüter

und sexuelle Befriedigung werden am Ende zu unverzichtbaren Werten verklärt, der Mangel und die Mühe stellen sich als Ort moralischer Vollkommenheit dar, von der *per definitionem* die Privilegierten ausgeschlossen sind, und damit jene, die den Überfluss und die Bequemlichkeit genießen können. ... Traditionell haben die Verurteilung der gesellschaftlichen Polarisierung und eine Stellungnahme zugunsten der Armen Motive bemüht, die dem Populismus entnommen sind, welcher als Synonym der Verklärung der strengen Moral begriffen werden kann." (153)

Populismus und Messianismus

Losurdo schreibt: "Häufig ist Populismus mit Messianismus verbunden. Die subalternen Klassen, die seit undenklichen Zeiten Ausbeutung und Unterdrückung erfahren und die beobachten konnten, wie sich soziale Klassen und politische Schichten an der Macht abwechselten, die zwar untereinander verschieden waren, aber geeint in dem Willen, das Herrschaftsverhältnis aufrechtzuerhalten, haben die Neigung, sich die Emanzipation als eine vollkommene Negation vorzustellen, die nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung, sondern sämtlichen möglichen Instrumenten von Ausbeutung und Unterdrückung ein für allemal ein Ende bereitet." (168) Beispielhaft zitiert er aus einem Bebelbuch von 1879:

"Mit dem Staat verschwinden seine Repräsentanten: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte, Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort: der ganze politische Apparat. Kasernen und sonstige Militärbauten, Justiz- und Verwaltungspaläste, Gefängnisse usw. harren jetzt einer besseren Bestimmung. Zehntausende von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen werden Makulatur, sie besitzen nur noch historischen Wert. Die großen und doch so kleinlichen parlamentarischen Kämpfe, bei denen die Männer der Zunge sich einbilden, durch ihre Reden die Welt zu beherrschen und zu lenken, sind verschwunden, sie haben Verwaltungskollegien und Verwaltungsdelegationen Platz gemacht, die sich mit der besten Einrichtung der Produktion, der Distribution, der Festsetzung der Höhe der notwendigen Vorräte, der Einführung und Verwendung zweckentsprechender Neuerungen in der Kunst, dem Bildungswesen, dem Verkehrswesen, dem Produktionsprozess usw. in Industrie und Landwirtschaft zu befassen haben. Das sind alles praktische, sichtbare und greifbare Dinge, denen jeder objektiv gegenübersteht, weil für ihn kein der Gesellschaft feindliches persönliches Interesse vorhanden ist. Keiner hat ein anderes Interesse als die Allgemeinheit, das darin besteht, alles aufs beste, zweckmäßigste und vorteilhafteste einzurichten und herzustellen. ... Die Diebe sind verschwunden, weil das Privateigentum verschwunden ist und jeder in der neuen Gesellschaft leicht und bequem seine Bedürfnisse durch Arbeit befriedigen kann. ... Mord? Weshalb? Keiner kann am anderen sich bereichern, auch der Mord aus Hass oder Rache hängt direkt oder indirekt mit dem Sozialzustand der Gesellschaft zusammen. Meineid, Urkundenfälschung, Betrug, Erbschleicherei, betrügerischer Bankrott? Das Privateigentum fehlt, an dem und gegen das diese Verbrechen begangen werden konnten. Brandstiftung? Wer soll daran Freude oder Befriedigung suchen, da die Gesellschaft ihm jede Möglichkeit zum Hasse nimmt. ... So werden alle Fundamente der heutigen "Ordnung" zur Mythe. Die Eltern erzählen später den Kindern davon wie aus alten märchenhaften Zeiten. Und die Erzählungen von den Hetzereien und Verfolgungen, womit man einst die Männer der neuen Ideen überschüttete, werden ihnen genauso klingen, als wenn wir von Ketzer- und Hexenverbrennungen

hören. Alle die Namen der "großen" Männer, die mit ihren Verfolgungen gegen die neuen Ideen sich hervortaten und dafür von ihren beschränkten Zeitgenossen mit Beifall überschüttet wurden, sind vergessen und stoßen höchstens dem Geschichtsforscher auf, wenn er in alten Werken blättert. Leider leben wir noch nicht in den glücklichen Zeiten, in welchen die Menschheit frei atmen darf." (August Bebel: Die Frau und der Sozialismus / Dreiundzwanzigstes Kapitel: Aufhebung des Staates, Berlin 1954, S. 531ff.)

Aber Bebel bleibt beileibe nicht der Einzige, der so denkt. Im Mai 1917 begrüßt Ernst Bloch emphatisch die russische Revolution, in der Erstfassung seines Buches 'Geist der Utopie' (nomen est omen!): "Aber nun ist die russische Revolution losgebrochen. ... nun entstand der Arbeiter- und Soldatenrat, fern und fremd aller Privatwirtschaft ... das Nein, das Veto, das Zerreißen der Geldwirtschaft, der alles Böseste im Menschen preiskrönenden Kaufmannsmoral - schon im bloßen Und des Arbeiter- und Soldatenrats, dieses sonst stets erwartbar gewesenen Gegensatzes aller früheren Revolutionen, ein Umbruch der Macht zur Liebe." (Ernst Bloch, Werkausgabe Band 16, Frankfurt a.M. 1985, S. 297f.) Und Domenico Losurdo merkt an: "Zumindest in diesem Fall beruft er sich ausdrücklich auf die Tradition des jüdischen Messianismus" (170)

Ein neueres Beispiel ist noch hinzuzufügen, das Buch 'Empire' von Hardt&Negri endet mit den Worten: "In Opposition zum aufkommenden Kapitalismus verweigerte sich Franz von Assisi jeglicher instrumentellen Disziplin, und der Abtötung des Fleisches (in Armut und in der konstruierten Ordnung) setzte er ein glückliches Leben entgegen, das alles Sein und die gesamte Natur, die Tiere, Schwester Mond, Bruder Sonne, die Vögel auf dem Felde, die armen und ausgebeuteten Menschen zusammenschloss gegen den Willen der Macht und die Korruption. In der Postmoderne befinden wir uns wieder in der gleichen Situation wie Franz von Assisi, und wir setzen dem Elend der Macht die Freude am Sein entgegen. Diese Revolution wird keine Macht kontrollieren können - weil Biomacht und Kommunismus, Kooperation und Revolution in Liebe, Einfachheit und auch in Unschuld vereint bleiben. Darin zeigen sich die nicht zu unterdrückende Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein." (Michael Hardt/Antonio Negri: Empire, Frankfurt a.M. 2003, S. 420) Auch hier, sagt Losurdo, wird eine kommunistische Gesellschaft beschworen, ohne jeglichen Konflikt und Widerspruch in den menschlichen Beziehungen, ja sogar in der Welt der Tiere. "Es ist die *Apokatastase* [Wiederherstellung], die *restitutio omnium* [Wiederherstellung von allen], die Wiederherstellung und die Wiederaussöhnung aller Geschöpfe, von denen die Apostelgeschichte spricht (3,21)", ein Bereuen und Umdenken wird gefordert (*Metanoia*). "Wenn bei Bebel die Männer und Frauen ein für allemal von den Gefühlen des "Hasses" und der "Rache" befreit waren, bei Bloch von der "alles Böseste im Menschen preiskrönenden Kaufmannsmoral", so befreien sich nun nicht nicht nur die Männer und Frauen, sondern die gesamte Schöpfung, "die Tiere, Schwester Mond, Bruder Sonne, die Vögel auf dem Felde, die armen und ausgebeuteten Menschen", alle zusammen vom "Willen zur Macht", von der "Korruption", vom "Elend der Macht", um "in Liebe, Einfachheit und Unschuld" zu leben: die *Apokatastasis* erstrahlt hier im vollem Glanz." (170f.)

Kommunismus - ein Kapitel der Religionsgeschichte?

Ein typischer Vertreter solcher Auffassung ist der Philosoph Karl Löwith: "Der historische Materialismus ist Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie. Was eine wissenschaftliche Entdeckung zu sein scheint ... ist vom ersten bis zum letzten Satz von einem eschatologischen Glauben erfüllt, der seinerseits die ganze Wucht und Reichweite aller Einzelfeststellungen bedingt." (Karl Löwith: *Weltgeschichte und Heilsgeschehen* [1953], Stuttgart 2004, S. 54) Wie oft der Fall, war hier *der Wunsch der Vater des Gedankens* [Shakespeare: Heinrich IV, Teil 2, 4. Akt/4. Szene] bzw. es ist "ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.", wie es Marx im berühmten Vorwort 'Zur Kritik der Politischen Ökonomie' formuliert (MEW 13, S. 9); aus anderer Gesinnung bzw. Parteinahme schreibt Engels umgekehrt über die Bauernkriege: "Unter dem Reich Gottes verstand Münzer aber nichts anderes als einen Gesellschaftszustand, in dem keine Klassenunterschiede, kein Privateigentum und keine den Gesellschaftsmitgliedern gegenüber selbständige, fremde Staatsgewalt mehr bestehen." (MEW 7, S. 354) So diagnostiziert Losurdo bei den "Exegeten" (wie er sie spöttisch nennt) vom Schlage eines Löwith eine weiterhin unterschwellig vorhandene religiöse Gläubigkeit als bestimmenden Faktor der Interpretation bzw. Verwerfung eines *falschen* Glaubens. "Wenn für Engels das Streben nach dem Reich Gottes nichts anderes war als der Ausdruck vager kommunistischer Forderungen bestimmter sozialer Schichten, so drücken für die Exegeten die sozialistischen und kommunistischen Losungen, von denen wir hier reden, nichts anderes aus als das traditionelle religiöse Streben nach dem Himmelreich in oberflächlich laisierten Form." (173)

Doch hält Losurdo seinerseits ein 'Absterben des Staates' für unglaubwürdig und eine Propagierung dieser These für Kirchenpolitik. "In der Sowjetunion ist die Partei, die an der Macht war, bis zum Vorabend des Zusammenbruchs, fortgefahren, gebetsmühlenartig und mit einer Glaubwürdigkeit, die gegen Null ging, den Katechismus der Abschaffung des Staates, der Nation, der Religion usw. zu predigen." (177) Er meint, Engels Argumentation zur 'Notwendigkeit einer Autorität' bringe "die These von der Abschaffung des Staates ins Wanken", doch beachtet er nicht, dass Engels an dieser Stelle wohlweislich zwischen Autorität und Staat sowie zwischen allmählichem Verschwinden und plötzlicher Abschaffung unterscheidet (vergl. Friedrich Engels: *Von der Autorität* / MEW 18, S. 305ff.).

Rebellen und Dissidenten

Es geht um die scheinbaren Rebellen und Dissidenten, die Losurdo hier als Gegenbild zu den wirklichen Revolutionären definiert.

Der Rebell ist "in erster Linie darauf bedacht, seine Überlegenheit in Bezug auf jeden politischen Inhalt zu behaupten. Indem er sich so verhält, bekennt er sich zum Antidogmatismus; in Wirklichkeit wird der gefürchtete und ordinäre Dogmatismus des Objekts durch einen offensichtlichen und koketten Dogmatismus des Subjekts ersetzt.", doch in seiner Polemik, beispielsweise gegen den Neoliberalismus, scheut er "den Vorwurf oder den Verdacht, einen Kompromiss mit der Staatsmacht einzugehen, und erweist sich daher als unfähig, einen ideologisch und unmittelbar politisch konsequenten Kampf gegen den Abbau des Sozialstaates zu führen." (210) Es ist jener, der nur schöne Reden halten kann,

aber vor wirklichen Taten zurückschreckt. Er kann sich jederzeit in einen braven Staatsbürger verwandeln, wenn er nicht schon einer ist. Losurdo zitiert in diesem Zusammenhang eine Notiz von Hegel aus den Berliner Schriften: "Der Mut besteht heute nicht mehr darin, die Regierungen anzugreifen, sondern sie zu verteidigen." (213) - das klingt, auf unser Heute bezogen, amüsant, doch muss man dabei wissen, dass Hegel, der Staatsverteidiger Nummer 1, das ohne eine Spur von Ironie sagt.

Der Dissident: "Bei Bedarf stellt ihn die herrschende Ideologie als unerschrockenen Kämpfer dar, der jede Befleckung mit der Macht vermeidet und der obendrein nicht zögert, sie herauszufordern; es wird hingegen die Tatsache verschwiegen, dass der 'Dissident' eine Staatsmacht ins Visier nehmen kann – und aufgehetzt wird, dies zu tun -, die ihrerseits 'dissident' gegenüber einer weitaus mächtigeren und beunruhigenderen weltweiten Macht ist." (216) Aktuelles Paradebeispiel dazu ist die Ukraine, jene dissidenten Proteste, "die, beginnend mit der paramilitärischen Besetzung des Maidan in Kiew im Februar 2014, zu jenem *regime change* in der Ukraine führen, erwünscht und gefördert von den USA und der Europäischen Union, die auch physisch mit Politikern ersten Ranges vor Ort sind, welche einerseits die rechtmäßige Regierung einschüchtern und ihr mit schweren politischen und wirtschaftlichen Sanktionen drohen und andererseits die Randalierer ermutigen und aufhetzen." (221f.)

Die direkte Kriegssituation in der Ukraine hat Losurdo nicht mehr miterlebt, aber sein Standpunkt sollte klar sein in Anbetracht seines Urteils zum *regime change* 2014: "Es handelt sich um Bewegungen, die auf der Straße stark präsent und auch im Parlament gut vertreten sind, deren "Wurzeln jedoch bis in den Zweiten Weltkrieg zurückreichen, als sich ukrainische Nationalisten und [deutsche] Nazis auf der gemeinsamen Grundlage von Antikommunismus und Antisemitismus trafen"; eine Zusammenarbeit, die zu "Massakern" und der Aufstellung einer "SS-Division" führte, der bis heute gehuldigt wird ([Bernardo] Valli 2014 [in "einer angesehenen italienischen Tageszeitung"]). Dank des *regime changes* oder auch Staatsstreichs, der von der Europäischen Union (wie auch von den USA) unterstützt, ja gefördert wurde, konnte diese eindeutig neonazistische Bewegung zu einer wichtigen Kraft in der neuen Regierung werden." (38)

Schlussfolgerung

Wie immer man zu Losurdos politischen Perspektiven stehen mag, seine gedanklichen Exkursionen sind allemal eine anregende und diskussionswürdige Lektüre. Zweifellos will er ernsthaft und ehrlich eine Wiederbelebung der kommunistischen Bewegung. Er kritisiert primär die Verbürgerlichung von mehr oder weniger bekannten aktuellen, teilweise kommunistischen Intellektuellen; es fällt nicht schwer, hierzu spezifische deutsche Beispiele zu assoziieren. Prinzipiell wird bei Losurdo der revolutionäre Klassenkampf auf die elementare Formel heruntergebrochen: die bestehende Gesellschaftsordnung umzustürzen. Ist ein revolutionärer Umsturz nicht in Sicht, gilt es für Kommunisten: sich wenigstens in soziale Kämpfe einzumischen, gegen krieglerische Eroberungspläne aufzutreten. In antikolonialen Widerstandskämpfen sieht Losurdo revolutionäres Potential, sei es in Palästina oder in afrikanischen Staaten, erfolgreich und vorbildhaft in China.

Seine Ausführungen zu China sind nur marginal (es wird vermutet, er plante noch ein eigenes Buch dazu), aber optimistisch, er scheint China für befähigt zu halten, die Leerstelle nach dem Zusammenbruch der Zweiten Welt (der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt) auszufüllen, um der Ersten Welt (Kapitalistischer Westen/Nato) im Interesse der ehemaligen Dritten Welt (der blockfreien Staaten) Paroli zu bieten.

Das Wichtigste ist ihm wohl, nicht verträumt stehenzubleiben, sondern gegenwärtige Möglichkeiten revolutionären Kampfes zu erkennen und sich dafür einzusetzen. Falls nicht vorher ein bereits vor der Tür stehender Dritter Weltkrieg, von der aggressiven USA-Politik verursacht, die bestehende Weltordnung in Schutt und Asche legt (was immerhin, zumindest theoretisch, ebenfalls einen sozialistischen Neuanfang ermöglichen könnte). Sein Fazit lautet:

"Die Kommunisten sind aufgerufen, eine Wahrheit anzuerkennen, so schmerzhaft sie auch sein mag: Auch das Ideal des Kommunismus kann sich als Mittel der Flucht, ja als Religion der Flucht darstellen. Hinsichtlich der strahlenden Zukunft bzw. des Paradieses der Gläubigen scheinen die konkreten Kämpfe, die von Zeit zu Zeit durch die objektiven Entwicklungen des Klassenkampfes und die einzelnen Etappen des Emanzipationsprozesses aufgezwungen werden, integraler Bestandteil eines Tales der Tränen, gänzlich ohne Wert, zu sein. ... Vernachlässigt man die "*wirklichen* Kämpfe" oder, um es mit dem *Manifest der Kommunistischen Partei* zu sagen, einer "unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung", verwandelt sich der Kämpfer und Theoretiker der Revolution schließlich in einen "Weltverbesserer" (ebd., 4, S. 474f.). ... Wie begrenzt und kleinlich erscheinen die heutigen Kämpfe im Vergleich zur so beschworenen leuchtenden Zukunft doch! In dieser Hinsicht ist der Kommunismus ein Mittel zur Flucht aus der Realität, wie jede andere Religion auch. / Gerade um dieser Gefahr zu begegnen, gibt uns die *Deutsche Ideologie*, in der es eine emphatische Vision der kommunistischen Zukunft gibt, gleichzeitig eine ganz andere Definition des Kommunismus: Es ist nicht "ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal* wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird", sondern "die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" (ebd., 3, S. 35). Es wäre verheerend, wenn die erhabene Schönheit der kommunistischen Zukunft die Aufmerksamkeit von den sich in der Gegenwart aufdrängenden Kämpfen ablenken würde." (238ff.)

Anmerkung: Bezüglich Druckfehler-Korrektur ist das PapyRossa-Verlagslektorat noch verbesserungsfähig. Das "Dyptichon" auf Seite 12 ist dabei noch harmlos, kitzlicher ist z.B. ein Fehler auf Seite 43: "Nach dem Kriegausbruch wurde die Kritik an dieser Herrschaftsform ein wesentliches Element der ideologischen Vorbereitung der Oktoberrevolution. Unmittelbar vor dem Krieg prangerte Lenin in *Staat und Revolution* die verhängnisvollen Folgen des Krieges für die politische Ordnung an" - 'Staat und Revolution' wurde bekanntlich nicht vor, sondern während des Ersten Weltkriegs geschrieben, auch kann schwerlich, jedenfalls nicht konkret, über die Folgen eines Krieges gesprochen werden, der noch gar nicht stattfindet. Richtig muss es hier heißen: "Unmittelbar vor der Revolution [1917] prangerte Lenin usw.....".

Tamar Amar-Dahl: **Der Siegeszug des Neozionismus. Israel im neuen Millenium**, Pro-media 2023, 224 S., 22 €

Aktuelle Anmerkung des Rezensenten: Die folgende Buchbesprechung wurde März/April 2024 geschrieben, Tamar Amar-Dahls 'Der Siegeszug des Neozionismus' erschien im Frühjahr 2023 - in einem Artikel vom Februar 2024 ('Die Sinnkrise der israelischen Linken') ergänzt die Autorin: die israelische Linke mache zwar Netanjahu verantwortlich für den Hamas-Überraschungsangriff am 7. Oktober (2023), unterstütze aber trotzdem den neuen Gaza-Krieg. (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=111065>) Inzwischen ist wieder ein Jahr vergangen und die Lage der Palästinenser hat sich verschlimmert. Nicht nur in Gaza, in der immer noch die übrig gebliebene Zivilbevölkerung gejagt und bombardiert wird; die israelische Armee unterstützt mittlerweile auch massiv die Vertreibung und Zerstörung palästinensisch verwalteter Wohngebiete im Westjordanland (Westbank). (<https://www.jungewelt.de/artikel/500033.krieg-gegen-gaza-bis-zum-ende.html?sstr=Gaza>) Hinzu kommen militärische Interventionen im Libanon bis hin nach Syrien. Der faschistische Premier Netanjahu scheint sich als persönliches Lebenswerk die Wiederherstellung eines Großisrael (from River to the Sea) vorgenommen zu haben, ein biblisches heiliges Land nur für Juden, ohne Palästinenser - das Eretz Israel! Und die hemmungslose politische und militärische Unterstützung seitens der USA und Deutschland macht es möglich.

Peter Miso / Mai 2025

"Ungeheurer Enthusiasmus strömte mit jüdischer Jugend in die Bebauung der alten Erde, agrarische Kommunen haben sich gebildet, der Intention nach mit den Owens oder Cabets in Nordamerika verwandt, ja streckenweise versuchte Kolchosen; sehr fern jedenfalls von Tel Aviv, dem zeitgenössischen Realausdruck der Bourgeoisie und Spekulation. Doch all das hat nur befördert, dass der Staat Israel, durch die Flucht vor dem Faschismus bevölkert, selber ein faschistischer geworden ist. Und an diesem bitteren Ende, dem auch bei Herzl noch nicht an der Wiege gesungenen, wurde Israel sogar der – nicht einmal gut gehaltene – Köter des amerikanischen Imperialismus in Vorderasien." (Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Nr. 36 / 'Programm des Zionismus')

Tamar Amar-Dahl, eine israelisch-deutsche Historikerin, 1968 in Nahariya (Israel) geboren, studierte Geschichte und Philosophie in Tel Aviv, Hamburg und München. Sie lebt und arbeitet derzeit in Berlin. Nach 'Shimon Peres' (2010) und 'Das zionistische Israel' (2012) ist 'Der Siegeszug des Neozionismus' ihre dritte Buchveröffentlichung zu Israels Geschichte und Politik.

Sie betrauert das Scheitern des Friedensprozesses in Israel und die Formierung einer rechtsradikalen Regierung, der nur noch Krieg als politisches Mittel im Palästinakonflikt gilt. Die Anerkennung und Unterstützung seitens der USA und Europa, ohne nennenswerte Kritik an der israelischen Kriegspolitik, ist ihres Erachtens äußerst schädlich für die friedlicher gesinnte inner-israelische Opposition.

Amar-Dahl ermöglicht einen interessanten Einblick in das, was in Israel selbst zur Palästina-Problematik gedacht und getan wird. Es ist mehr eine Reportage als eine historische Abhandlung, doch m.E. ein gutes Antidot zum unkritisch israel-verherrlichenden Mainstream in deutschen Medien. Leider lässt sie einiges, was ihr, vertraut mit Sprache und Leben in Israel, selbstverständlich ist, unerklärt. Und es gibt in diesem Buch keinerlei Anhang, kein Glossar, kein Register mit Bibliographie und Personen, keine Karten und Tafeln, nicht einmal ein ausführliches Inhaltsverzeichnis.

Premier	Partei	Regierungszeit
Yitzak Shamir	Likud (Einigung)	1986 - 1992
Yitzhak Rabin	HaAvoda (Die Arbeit)	1992 - 1995
Shimon Peres	HaAvoda (Die Arbeit)	1995 - 1996
Benjamin Netanjahu	Likud (Einigung)	1996 - 1999
Ehud Barak	HaAvoda (Die Arbeit)	1999 - 2001
Ariel Sharon	Likud (Einigung)	2001 - 2006
Ehud Olmert	Likud (Einigung)	2006 - 2009
Benjamin Netanjahu	Likud (Einigung)	2009 - 2021
Naftali Bennett	Yamina (Nach Rechts)	2021 - 2022
Benjamin Netanjahu	Likud (Einigung)	2022 bis dato

Intifada	= Abschüttlung Die Besatzungsmacht abschütteln.	
Erste Intifada	Intifada der Steine	1987-1992
Zweite Intifada	<i>Al-Aqsa</i> - Selbstmord-Attentäter als Waffe	2000-2005
[Dritte Intifada]	Intifada der Messer	2015-2016

Krieg und Frieden

Die Friedensgespräche in Oslo, infolge der ersten Intifada - "Die Militärs erkannten nach dem fünfjährigen palästinensischen Aufstand ihre eigenen Grenzen und drängten die Politik zum Handeln." (28) -, waren zuerst Geheimverhandlungen, wegen dem seit 1985 geltenden Verbot direkter Gespräche mit PLO-Vertretern. Der Friedensplan hatte eine Zweistaatenlösung zum Inhalt, mit gegenseitiger Anerkennung (in den Grenzen von 1967, vor dem Juni-Krieg, gemäß der UN-Resolution 242 v. 22.11.1967). Doch wurde dieser Friedensprozess unterminiert durch neue Gewalt-Eskalationen nach dem Hebron-Massaker im Februar 1994 (ein jüdischer Siedler tötete 29 Muslime in einer Moschee) (29ff.), und schließlich beendet mit dem Tod des Premiers Rabin (am 4. November 1995 ermordet von einem rechtsradikalen jüdischen Jurastudenten).

Premier Barak, Hoffnungsträger der Arbeitspartei, der Linken (sprich Linkszionismus), der den Friedensprozess vollenden sollte, wurde derjenige, der binnen eines Jahres dem Friedenslager den Todesstoß verpasste (37). In den von US-Präsident Clinton initiierten Camp-David-Verhandlungen (Juli 2000) schaffte Barak "einen Übergang vom Friedensdiskurs zum Kriegsmodus" (42), indem er nicht einmal den Minimalforderungen der PLO entgegenkam, ihr aber die Schuld zusprach für das Scheitern der Gespräche. "Baraks Narrativ lautete, dass Israel einen höchst großzügigen historischen Friedensvorschlag vorgelegt hätte, doch die palästinensische Delegation unter der Führung Jassir Arafats ihn abgelehnt habe. Sein Fazit, dass "Israel keinen palästinensischen Partner für den Frieden hat", wird Geschichte schreiben." (ebd.) Baraks stupides Narrativ verursachte die zweite Intifada und einen brutalen militärischen Gegenschlag Israels im Westjordanland. Fatah und Hamas einigten sich auf Selbstmord-Attentate als Waffe (81), der israelische Geheimdienst *Schin Bet* betrieb eine Politik der gezielten Tötung, bei der auch der nunmehr als Terrorist deklarierte PLO-Führer Arafat als Planziel im Gespräch war (102). Mit Ehud Barak driftete also die israelische Linke nach rechts ab, was den Neozionismus begründete, eine von Links- und Rechtszionismus gleichermaßen gestützte Politik eines rein jüdischen *Eretz Israel* (dem Heiligen Land Israel), ein Großisrael vom Jordan bis zum Mittelmeer.

Eine Militarisierung der Zivilgesellschaft brachte Israels Bevölkerung dazu, in Krisenzeiten dem militärischen Weg blind zu vertrauen. "Politik und Zivilgesellschaft erkennen die Autorität des Militärs als Sicherheitsinstitution an und übertragen ihm die Sicherheitspolitik. Im israelischen Zivilmilitarismus wird der Krieg somit nicht nur als legitimes Instrument der Politik verstanden, sondern gar als Garant der nationalen Sicherheit und damit der nationalstaatlichen Existenz verinnerlicht." (73)

Protest, Verweigerung, Boykott

Trotz gesellschaftlicher Militarisierung gab und gibt es weiterhin in Israel oppositionellen Protest gegen die Kriegspolitik der Regierung, sogar Kriegsdienstverweigerung und Boykott-Bewegungen, aber nur als kleine Minderheiten. Viele werden durch Propaganda-Einrichtungen wie der *Hasbara* [=Erklärung] mittels verleumderischer Argumentation zum Schweigen gebracht. Man kennt diese Öffentlichkeitsarbeit hierzulande z.B. unter der Bezeichnung 'Faktenchecker', nur dass Israel in der besonderen Situation ist, sich ebenfalls den ausländischen (westlichen) Mächten gegenüber *erklären* zu müssen, so dass die Aufgabe der *Hasbara* internationalen Charakter bekommt (was man in der PR-Sprache *Public Affairs* nennt).

Wie das vor sich geht, kann beispielhaft am Umgang mit der international bekannten palästinensischen Boykott-Bewegung BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) verfolgt werden. "Während sich frühere Boykottinitiativen explizit auf die Besatzung, also auf Israels Politik in den Palästinensergebieten, bezogen hatten, sah die BDS im Staat Israel den unmittelbar Verantwortlichen für die Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser. Darum sollte dem Staat nicht nur mit kulturellem und akademischem Boykott, sondern auch mit nachhaltigen Desinvestitionen und Sanktionen begegnet werden. Die BDS wurde kurz vor der Räumung des Gazastreifens [2005] ins Leben gerufen und von Israel anfangs kaum wahrgenommen. Doch dies sollte sich in den folgenden Jahren

ändern, da die BDS einen nennenswerten Zulauf verzeichnen und einige Erfolge verbuchen konnte, was Israel wiederum zu neuen *Hasbara*-Strategien bewegte." (119f.)

Aufgrund der Tatsache, dass sämtliche internationale Interventionen und Friedensbestrebungen nicht in der Lage waren, Israel zu überzeugen oder zu zwingen, den Konventionen des Humanitären Rechts genüge zu leisten, die grundlegenden Menschenrechte anzuerkennen und die Besatzung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung zu beenden ...

Rufen wir, RepräsentantInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, weitgreifend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid. ...

Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen müssen solange aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

- 1) Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- 2) Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt;

Angelika Timm: 100 Dokumente aus 100 Jahren, Berlin 2017, S. 627f. (vergl. bds-kampagne.de)

Wenn z.B. die palästinensische Schriftstellerin Adania Shibli, die im Oktober 2023 in Deutschland für ihren Roman 'Eine Nebensache' auf der Frankfurter Buchmesse einen Preis bekommen sollte, plötzlich medial als Antisemitin diffamiert und von einer sogenannten freien Enzyklopädie namens WIKIPEDIA an den Pranger gestellt wird, u.a. wegen angeblichen Kontakten mit der selbstverständlich ebenfalls antisemitischen BDS - dann hat hier *Hasbara* gute (Öffentlichkeits-)Arbeit geleistet.

Das Nationalstaatsgesetz

Neben dem *Staatsbürgerschaftsgesetz*, das, als Notstandsverordnung seit 2003 Jahr um Jahr verlängert, eine palästinensische Familienzusammenführung im Kernland Israel verwehrt (165), erregte vor allem das *Nationalstaatsgesetz*, das neue israelische Grundgesetz, Aufsehen und Streit, da darin, im Gegensatz zur *Unabhängigkeitserklärung* vom 14. Mai 1948, arabisch-israelische Staatsbürger diskriminiert und die israelische Demokratie diskreditiert wird (178).

Grundgesetz: Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes [Übersetzung: Tamar Amar-Dahl]

1 - Grundlegende Prinzipien

- A. Das Land Israel ist das historische Heimatland des jüdischen Volkes, in dem der Staat Israel gegründet wurde.
- B. Der Staat Israel ist die nationale Heimat des jüdischen Volkes, in der es sein natürliches, kulturelles, religiöses und historisches Recht auf Selbstbestimmung wahrnimmt.
- C. Das Recht auf Ausübung der nationalen Selbstbestimmung im Staat Israel ist ein einzigartiges Recht des jüdischen Volkes.

(Vgl. <https://main.knesset.gov.il/EN/activity/Documents/BasicLawsPDF/BasicLawNationState.pdf>)

Aus: **Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel** vom 14. Mai 1948

"Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben." (<https://www.hagalil.com/israel/independence/az-mauth.htm>)

"Am 19. Juli 2018 ... verabschiedete die *Knesset* [das Parlament] das *Grundgesetz: Israel als jüdischer Nationalstaat* mit einer knappen Mehrheit von 62 zu 55 Stimmen." (176) Am 8. Juli 2021 hat dann das Jerusalemer Oberste Gericht alle Klagen dagegen zurückgewiesen (188).

Was hier (in beiden Gesetzen) verleugnet wird (und in einem psychologischen Sinne vollständig verdrängt, als ob es das nicht gäbe): "das über Jahrzehnte hinweg etablierte Besatzungsregime, für das eben der Staat und seine Apparate - inklusive des Obersten Gerichts selbst - mitverantwortlich sind." (168) Erstaunlicherweise kann dieses aggressive Augen-zu-machen vor einer offensichtlichen Tatsache heute genauso in Deutschland - in (Regierungs-) Politik und (Leit-)Medien - beobachtet werden.

Benjamin Netanjahu

Seine "turbulente Politbiografie ist eng verbunden mit Israels strukturimmanent krisenhafter politischer Ordnung, die wiederum den Nährboden für solch einen präzedenzlosen, geradezu skrupellosen 'starken Führer' bereitet hat." (191) 1949 in Tel Aviv geboren, wächst er in Jerusalem auf (bei Amar-Dahl ist fälschlich Jerusalem als Geburtsort angegeben), verbringt aber seine Jugend- und Studentenzeit in den USA, wohin die Familie zieht, bricht dann das Studium ab, um fünf Jahre in einer israelischen Elite-Einheit zu dienen (*Sajeret Matcal*); seine politische Laufbahn beginnt in den USA als Vertreter

Israels in der UN (1984-1988), danach kehrt er nach Israel zurück und macht eine steile Karriere in der Likud-Partei. Er bedient sich einer Rhetorik der Angst und Hetze, schreibt Amar-Dahl, vor allem gegen die linkszionistische Friedenspolitik - nach der Ermordung Rabins (1995) soll er ernsthaft über einen politischen Rücktritt nachgedacht haben, "doch ließ er sich von seinen Beratern überzeugen, sich [stattdessen] gänzlich von dem Mord zu distanzieren, käme ein Rücktritt doch einem Schuldeingeständnis gleich." (195)

Netanjahu konnte geschickt die Randgruppen der Nationalreligiösen und Orthodoxen (*Ashkenazi* und *Mizrahi*) als Machtbasis vereinnahmen. (200) Vor allem änderte er in seiner Regierungszeit seit 2009 die Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konflikts als politischen Diskurs, entpolitisierte ihn. (205) "Im Jahr 2015 war die Palästina-Frage mit seiner erneuten Wiederwahl und der Bildung einer rechtsradikalen Regierung in Jerusalem gänzlich vom Tisch. Diese Regierung verabschiedete sich nun ganz offen und mit erstarktem neozionistischem Selbstbewusstsein von der Friedensideologie. ... Als der Konflikt immer wieder eskalierte (2012 und 2014 in Gaza, 2015-2016 in Jerusalem, 2018, 2019 und 2021 wieder in Gaza), wurde das Militär ganz im Sinne des Zivilmilitarismus mit dessen Austragung betraut. Das Hauptaugenmerk lag dabei ausschließlich auf den israelischen Verlusten." (208)

Israels Kriege		
15.05.1948– 15.01.1949	Unabhängigkeitskrieg Ägypten Irak Jordani- en Libanon Syrien vs. Israel	Landgewinn für Israel / Nakba ([Vertreibungs-]Ka- tastrophe)
29.10.1956– 05.11.1956	Sinai-Krieg - Israel vs. Ägypten	Zeitweilige Besetzung von Sinai
05. - 10.06.1967	Sechstagekrieg - Israel vs. Ägypten Jordanien Syrien	Landgewinn für Israel / Naksa (Rückschlag)
06. - 26.10.1973	Jom-Kippur-Krieg - Ägypten Syrien vs. Israel	
14. - 21.03.1978	Operation Litani - Israel vs. PLO	Landbesetzung südlich vom Fluß Litani
06.06.1982-05.06.1985	Libanonkrieg - Israel vs. PLO Syrien	Landbesetzung / Gründung der Hisbollah (1982) / Grün- dung der Hamas (1987)
März - Mai 2002	Operation 'Schutz- schild'	Neu-Besetzung im Westjor- danland
12.06.2006-14.08.2006	Zweiter Libanonkrieg - Israel vs. Hisbollah	

Israels Gaza-Kriege	
27.12.2008-18.01.2009	Operation 'Gegossenes Blei'
09. - 14.03.2012	Operation 'Returning Echo'
14. - 21.11.2012	Operation 'Wolkensäule'
08.07.2014-26.08.2014	Operation 'Schutzlinie'
2018 und 2019	Palästinensische Proteste am Grenzzaun / Israelische Angriffe
10. - 21.05.2021	Operation 'Guardian of the Walls'
07.10.2023 -	Operation 'Eiserne Schwerter'

Eiserne Schwerter

Der Vorfall des Hamas-Ausbruchs am 7. Oktober 2023 aus dem "größten Freiluftgefängnis der Welt", wie der Gazastreifen im letzten Jahrhundert unter PLO-Sympathisanten hieß, ist nicht mehr Thema dieses Buches, das (in erster Auflage) Anfang des Jahres 2023 erschien. Noch am selben Tag begann ein erneuter israelischer Rachefeldzug, ohne Rücksicht auf gefangene Geiseln. Die Operation 'Eiserne Schwerter' ist die bisher blutigste im Gazastreifen, das Vorgehen der israelischen Armee (*Israel Defence Forces* - IDF) einem Genozid vergleichbar. Jedoch blieb ein diesbezügliches erstes Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, auf Völkermordklage durch Südafrika, das zwar die Gefahr eines Völkermordes in Gaza bestätigt, letztlich so harmlos formuliert, dass es den Kriegsherrn Netanjahu nicht beeindrucken konnte.

(<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf>)

Benjamin Netanjahus Kriegsziel in Gaza geht in Richtung einer vollständigen Übernahme des Gazastreifens (möglichst ohne Palästinenser – "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.") – die Siedler, die im August 2005 (unter Premier Ariel Sharon) zähneknirschend den Gaza-Streifen räumten, stehen jetzt schon bereit: 'zurückzukehren'. (<https://www.fr.de/politik/gazastreifen-israel-siedler-gaza-westjordanland-krieg-92901294.html>)

Peter Miso